

COMPACT Spezial

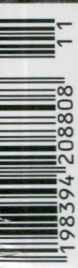
 MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT Sonder-Ausgabe Nr. 11 | 8,80 EUR (D) · spezial.compact-online.de

Heil Hillary!

Kandidatin des
US-Faschismus



9,90 Euro (A), 13 sfr (CH)



Kampf ums Weiße Haus: Fakten, Fälscher und Finanziere
Trump ist Trumpf: Mit Patriotismus für Frieden und sichere Grenzen
Schattenregierung: Wall Street, Pentagon und Geheimdienste
Hillary ist Killary: Präsidentin für Weltkrieg und Masseneinwanderung

**Nur Ihr
Abo macht
uns stark!**

Mut zur Wahrheit
COMPACT C

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist,
- jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten ein Buch oder eine DVD ihrer Wahl gratis!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen bis zu € 60,- am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de



*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

Der neue Faschismus

Ist der Faschismus heutzutage nicht mehr braun, sondern rot? Die Linken aller Couleur bestreiten das wutentbrannt. Das ist logisch, denn andernfalls dürften sie nicht länger gegen AfD-Veranstaltungen randalieren, sondern müssten die Scheiben ihrer eigenen Büros einschmeißen. Aber ein nüchterner Blick in die Geschichtsbücher sollte sie eines Besseren belehren. Benito Mussolini, der den fascismo erfand, war bis zum Ersten Weltkrieg ein bekannter Politiker der Sozialistischen Partei und stand sogar auf deren radikalem Flügel. Adolf Hitler marschierte 1919 für die Münchner Räterepublik. Joseph Goebbels träumte von einem «deutschen Lenin».

Zwei bekannten Linken ist selbst aufgefallen, dass ihre Bewegung ein Janusgesicht hat. Der eine ist der britische Schriftsteller George Orwell. Begeistert kämpfte er im Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939) gegen Franco – bis er und seine trotzkistischen Freunde von Stalins Geheimpolizei verfolgt wurden. In der *Animal Farm* beschrieb er einen diktatorischen Schweinestall, wo einige Genossen gleicher als alle anderen sind. Seine Dystopie 1984 entstand 1948, als die Regierung in London von der Labour Party übernommen worden war. Der totale Überwachungsstaat firmiert unter dem Etikett Engsoz – englischer Sozialismus. Der andere Kronzeuge ist der italienische Romancier Ignazio Silone, ein Anhänger der Kommunisten, von dem sein Gesprächspartner, der Schweizer Journalist François Bondy, den Satz überliefert hat: «Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.»

Interessanterweise wird ein ähnliches Zitat – in unterschiedlichen Fassungen – auch von dem amerikanischen Senator Huebert Pierce Long übermittelt. Den Mann kennt hierzulande kaum jemand – in den USA ist er aber so bedeutend, dass ihm Hollywood 2006 einen großen Spielfilm (deutsch: *Das Spiel mit der Macht*) mit Sean Penn widmete. Long war Anfang der 1930er Jahre einer der populärsten Politiker der Demokratischen Partei und unterstützte Franklin D. Roosevelt bei dessen erfolgreichem Kampf um das Weiße Haus. Aber der Widerspruch zwischen beiden hätte nicht größer sein können: Hier der Vertreter einer alten Geldaristokratie – dort der Selfmademan aus kleinsten Verhältnissen. Long war eine Mischung aus Bernie Sanders und Donald Trump, aus Sozialismus und Populismus, und avancierte dadurch zum Hauptfeind der Eliten. 1935 wurde er bei einem Attentat ermordet.

In der Linken, auch in Deutschland, wurde der Faschismus-Vorwurf vorwiegend gegen republika-



nische Präsidenten gerichtet: Truman, Nixon, Reagan und die beiden Bushs waren in ihrer Geschichtserzählung Schurken, während ihnen Roosevelt, Kennedy, Clinton und Obama als Lichtgestalten oder zumindest kleinere Übel erschienen. Dieses Schema war schon immer zu simpel – immerhin führten die vermeintlich Progressiven mehr Kriege als die bösen Reaktionäre.

Chefredakteur Jürgen Elsässer.
Foto: Jörg Gründler

Heute sieht man klarer: Der Kapitalismus wurde nach 1945 in allen westlichen Ländern von einer breiten Mehrheit getragen, denn sein Gewaltpotential richtete sich nur gegen Randgruppen und andere Kontinente. Konzentrationslager und Parteienverbote waren völlig unnötig. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus aber hat das System begonnen, sich selbst aufzufressen, und genau jenen braven Bürgern den Krieg erklärt, die ihm immer die Treue hielten: Im weltweiten Konkurrenzkampf sollen einheimische Arbeiter durch billige Zuwanderer ersetzt und die Sparguthaben des Mittelstandes geplündert werden. In ihrer Verzweiflung wenden sich die Menschen an die Einzigen, die eine Rückkehr zur guten alten Zeit versprechen: Le Pen, Strache, Trump – und die AfD. Wenn die Mehrheit zum Feind und die Demokratie zum Risiko wird – bleibt dem System dann etwas anderes als der Faschismus, am besten rot lackiert?

M. Klumpp

COMPACT Spezial

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 10 | 8,80 EUR (D) · spezial.compact-online.de

Islam

Gefahr für Europa



9,90 Euro (A), 13 sFr (CH)

Grundwissen: Koran, Scharia und Dschihad als akute Bedrohung unserer Freiheit
Geschichte: Raubzüge und Kolonisierung unter der grünen Fahne des Propheten
Gegenwart: Warum der Islam mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist
Zukunft: Wie wir das Abendland und unsere Werte verteidigen können

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
abo@compact-magazin.com · shop.compact-magazin.com

Wer COMPACT-Magazin jetzt abonniert, kann COMPACT-Spezial «Zensur in der BRD» als Gratis-Prämie dazubestellen.



Schicksalswahl für Deutschland



Die demokratische Fassade



Die Schattenregierung



Die Kandidatin des Imperiums



Der Patriot

- 6 Die Blutspur des Imperiums
- 8 Zitate

Schicksalswahl für Deutschland

- 12 Nitro und Glycerin
von Jürgen Elsässer
- 15 Er ist wieder da
von Martin Müller-Mertens

Die demokratische Fassade

- 18 Die totalitäre Demokratie
von Tino Perlick
- 21 The show must go on
von Tino Perlick
- 24 Abgekartetes Spiel
von Max Z. Kowalsky
- 26 Wer auszählt, gewinnt
von Michael Parenti
- 29 Einsame Entscheidungen
von Tino Perlick

Die Schattenregierung

- 34 Anatomie des Tiefen Staates
von Mike Lofgren
- 38 Das Netz der Dulles-Brüder
von Karel Meissner
- 40 Mister X packt aus
von Jürgen Elsässer
- 44 Bruderkrieg der Neocons
von Jürgen Elsässer
- 45 «Rockefeller kann nie verlieren»
Interview mit Ron Paul
- 46 Die beste Demokratie,
die man kaufen kann
von Marc Dassen

Die Kandidatin des Imperiums

- 50 Die gefährlichste Frau der Welt
von Tino Perlick
- 54 Fahrplan ins Chaos
von Tino Perlick
- 57 Geld stinkt nicht
von Max Z. Kowalsky
- 58 Die Patin des Dschihad
von Norman Hanert
- 60 Sturm über Teheran
von Max Z. Kowalsky

- 61 «Europa sollte sich vor Amerika retten»
Interview mit Diana Johnstone
- 64 O-Ton: «Angela brachte Leben in die Bude»
von Hillary Clinton

Der Patriot

- 66 Schlacht der Milliardäre
von Tino Perlick
- 70 Donald, der Gewinnertyp
von Marc Dassen
- 73 Die Trump-Revolution
von Tino Perlick
- 76 O-Ton: «Wir streben Freundschaft
mit Russland an»
von Donald Trump
- 79 Nur Nationalismus stoppt Imperialismus
von Aidan O'Brien
- 82 O-Ton: «Sie lügt!»
von Donald Trump

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH

Geschäftsführer Kai Homilius

Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

E-Mail verlag@compact-magazin.com

Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611

Fax 03327-5698617

E-Mail vertrieb@compact-magazin.com

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BIC: WELADED1PMB

IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

Redaktion

E-Mail redaktion@compact-magazin.com

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Cover Iris Fischer

Fotoquelle Cover picture alliance / AP Images

Illustrationen Iris Fischer

Layout/Bild Steffen Jordan

COMPACT-Online Arne Fischer

E-Mail fischer@compact-magazin.com

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-magazin.com

Gedruckt in Deutschland



Redaktionsschluss
3.9.2016

Erscheinungsdatum
der nächsten Ausgabe:
Samstag, den 28.12.2016



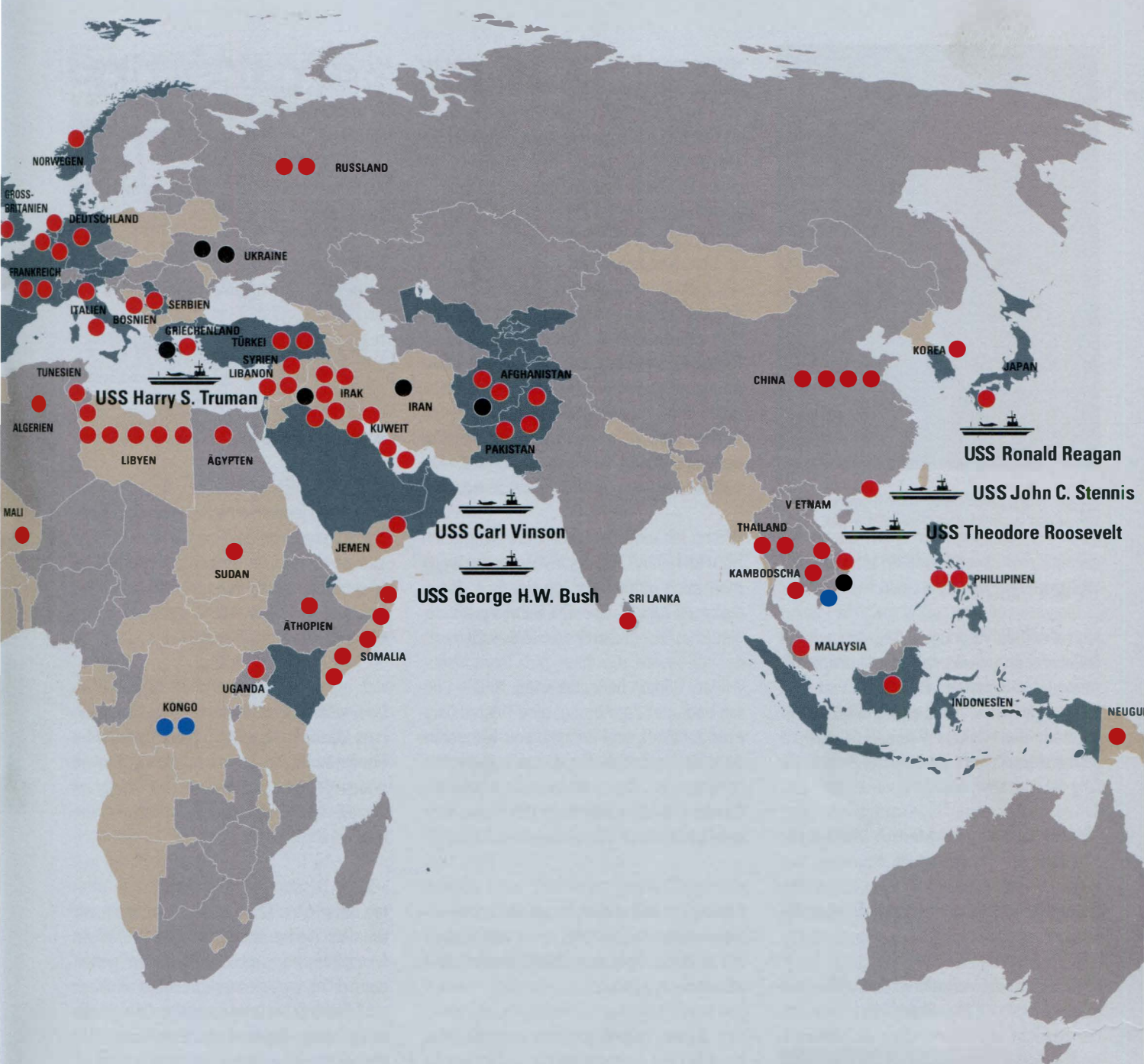
Seit über 150 Jahren erweitern die USA ihren Einflussbereich mit Bombengewalt. Zum Schutz von Geschäftsinteressen und zur Sicherung ihrer Vormachtstellung ließen Präsidenten außerhalb ihres Staatsgebiets dutzendfach militärisch eingreifen. Geheimdienste töteten aufmüpfige Einzelpersonen gezielt. Souveräne Regierungen wurden gestürzt. Eine Auswahl:

2016 Libyen – Luftangriffe
 2014 Jemen – Navy-Seal-Einsatz
 2014–heute Syrien und Irak – Luftangriffe
 2014 Putsch in der Ukraine
 2013 Somalia – Navy-Seal-Einsatz
 Mali – Luftunterstützung
 2011–heute Uganda – Training
 Somalia – Drohnenoperation
 2011 Libyen – Luftangriffe, Umsturz, Ermordung Muammar al-Gaddafi, Exekution Osama Bin-Ladens
 2007 Somalia – Luftangriffe
 Gründung AFRICOM, US-Kommando für Afrika (Hauptquartier: Stuttgart)
 2006–heute Pakistan – Verdeckte Operationen

2004–heute Pakistan – Drohnenoperation
 2004 Putsch in Haiti und in der Ukraine / Georgien, Ojibouti, Kenia, Äthiopien, Jemen, Eritrea – Antiterroroperationen
 2003 Irak – Invasion, Umsturz
 Exekution: Saddam Hussein
 2002–heute Jemen – Drohnenoperation
 2001 Afghanistan – Invasion, Umsturz
 2001–heute Somalia – verdeckte Operationen
 1999 Jugoslawien – Luftangriffe
 1998–2000 Irak – Luftangriffe
 1998 Afghanistan – Luftangriffe
 Sudan – Luftangriffe
 1996 Kuwait – Luftangriffe
 1995 Bosnien-Herzegowina – Luftangriffe

1994 Putsch in Haiti
 1992–1995 Somalia – Intervention
 1992–2003 Irak – Kontrolle der Flugverbotszone
 1991 Golfkrieg: Kuwait, Irak
 1989 Panama – Bodengefechte, Umsturz / Libyen – Luftangriffe
 1988 Persischer Golf – Abschuss iranischer Passagiermaschine
 1987–88 Persischer Golf – Marinegefechte
 1985 Libyen – Marine- und Luftangriffe
 1984 Persischer Golf – Luftangriffe
 1983 Grenada – Invasion, Umsturz / Attentat auf den Außenminister von Nicaragua Miguel O'Escoto / Gründung CENTCOM, US-Kommando

für den Nahen Osten, Ostafrika und Zentral-Asien
 1981 Libyen – Luftgefechte
 1981 Attentat auf Panamas Präsident Omar Torrijos
 1980–92 El Salvador – Aufrüstung des Querte-Regimes
 1976–88 Aufrüstung der Contra-Rebellen in Nicaragua
 1976 Attentat auf den Premierminister Jamaicas, Michael Manley
 1975 Attentat auf den Präsidenten von Zaire, Mobutu Sese Seko
 1973 Putsch in Chile
 1970 Kambodscha – Invasion / Attentat auf den Oberkommandierenden Chiles, Rene Schneider



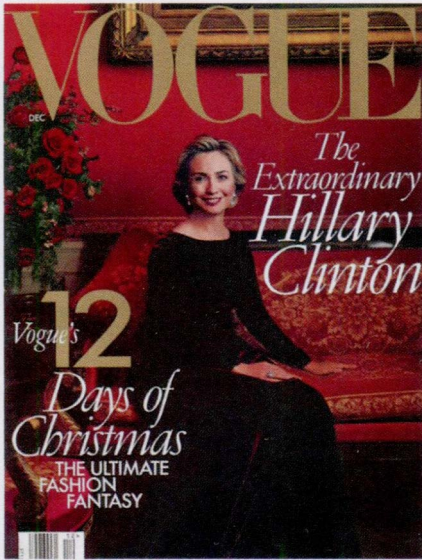
1968 Kambodscha und Laos – Bombardierungen
 1967 Exekution Che Guevaras / Putsch in Griechenland
 1965 Dominikanische Republik – Intervention
 1964–75 Vietnamkrieg
 1963 Gründung SDUTHCOM, Südliches US-Kommando
 1963 Putsch in Südvietnam, Exekution des Präsidenten Ngo Dinh Diem
 1962 Thailand – Intervention
 1961 Kuba – Invasion in der Schweinebucht / Attentat auf den Präsidenten der Dominikanischen Republik Rafael Trujillo / Attentat auf den Präsidenten Zaires, Patrice Lumumba

1958 Libanon – Intervention
 1954 Putsch in Guatemala
 1953 Putsch im Iran
 1950–53 Koreakrieg
 1950 Puerto Rico – Intervention
 1952 Putsch in Kuba / Gründung EUCOM
 US-Kommando für Europa, Hauptquartier: Stuttgart
 1947 Gründung PACOM, US-Kommando für den Pazifik
 1946 Griechenland – Intervention
 1945–1960 China – Geheimdienstoperationen
 1941 Eintritt: Zweiter Weltkrieg
 1941 Niederländisch-Guayana – Intervention
 1926–33 Nicaragua – Intervention

1925 Panama, Honduras – Intervention
 1922 Türkei – Intervention
 1920–22 Russland – Intervention
 1920 Guatemala – Intervention
 1919 Türkei – Intervention
 1918–20 Russland – Intervention
 1918–19 Mexiko – Intervention
 1917–22 Kuba – Intervention
 1917 Eintritt: Erster Weltkrieg
 1916–24 Dominikanische Republik – Intervention, Besetzung
 1915–34 Haiti – Intervention, Besetzung
 1914–17 Mexiko – Invasion, Umsturz
 1912–41 China – Interventionen
 1911 Honduras – Intervention
 1909 Nicaragua – Umsturz
 1906 Kuba – Intervention

1904 Dominikanische Republik – Intervention
 1903–1914 Panama – Besetzung
 1903 Äthiopien, Syrien, Honduras – Interventionen
 1901 Kolumbien – Intervention
 1900 China – Intervention
 1899–1902 Philippinen – Invasion, Besetzung
 1898 Kolonialkrieg gegen Spanien
 1893 Haiti – Umsturz
 1848–1848 Territorialkrieg gegen Mexiko

Grafik: COMPACT



Königin Hillary: Die Modezeitschrift Vogue zeigte die Demokratin fast in royalem Glanz. Foto: Vogue

Die Unterstützer

«Es ist mir ein Vergnügen, Außenministerin Hillary Clinton in Jerusalem willkommen zu heißen. Willkommen, Hillary. Du bist eine großartige Freundin und eine großartige Verfechterin des Friedens.» (*Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer Presseerklärung, 31.10.2009*)

«Ich kenne Hillary als Mensch. Als ein persönlicher Freund würde ich sagen, ja, sie wäre eine gute Präsidentin.» (*Ex-Außenminister und Bilderberger Henry Kissinger, National Public Radio, 8.9.2014*)

«Sie ist eine tolle Vertreterin für Amerika, mit so einer Art Rock Star-Status. Hat mehr Länder besucht als jeder andere Außenminister.» (*Neocon-Strategie John McCain, MSNBC, 19.11.2014*)

«Ich werde für Hillary Clinton stimmen, in der Hoffnung, dass sie die Amerikaner zusammenbringen kann, um die notwendigen Dinge zu tun, unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und unsere Position in der Welt zu stärken. An meine republikanischen Freunde: Ich weiß, ich stehe nicht allein da.» (*Ex-Goldman Sachs-Vorstand und US-Finanzminister Hank Paulson, Washington Post, 24.6.2016*)

«Für mich, diesen ehemaligen Republikaner, und vielleicht auch für andere, wird die einzige Chance sein, für Hillary Clinton zu stimmen. Die Partei kann nicht gerettet werden, aber das Land.» (*Neocon-Strategie Robert Kagan, Washington Post, 25.2.2016*)

«Ich begeistere mich für Hillary Clinton unter anderem deshalb, weil ich zwei kleine Mädchen habe (...) Ich erkenne, wie heftig stark es für sie wäre zu sehen, dass eine Frau Präsident der Vereinigten Staaten ist.» (*Schauspieler Ben Affleck, Cosmopolitan, 22.11.2014*)

Die Kritiker

«Es gibt keinen Zweifel, dass Hillary die Kandidatin der Wall Street und, noch gefährlicher, die Kandidatin des Militärisch-Industriellen-Komplexes ist. (...) Hillary ist eine eiserne Neokonservative, deren Bilanz, amerikanische Kriegsabenteuer zu begünstigen, vieles an unserer derzeitigen Sicherheitslage erklärt.» (*Ökonom und UNO-Sonderberater Jeffrey Sachs, Huffington Post, 5.2.2016*)

«Wenn ich ein US-Bürger wäre, würde ich nicht für Hillary Clinton stimmen, selbst wenn man mich dafür bezahlen würde.» (*Brexit-Frontmann Nigel Farage während eines Auftritts mit Donald Trump, Zeit Online, 25.8.2016*)

«Hillary Clinton bedeutet Krieg, Hillary Clinton bedeutet Zerstörung, eine Destabilisierung der Welt, eine für mein Volk verheerende Wirtschaftspolitik, geostrategische Entscheidungen, die zu weltweiten Konflikten führen würden.» (*Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National, Spiegel Online, 1.9.2016*)

«[Hillary Clinton] behandelt mich absichtlich wie Dreck und beantwortet keine einzige meiner Fragen.» (*Pat Smith, Mutter eines 2011 in Bengasi getöteten US-Diplomaten, Breitbart News, 4.8.2016*)

«Ich denke, das Wichtigste an Hillary ist, dass sie vor nichts zurückschreckt, um ihr Ziel zu erreichen, und dass sie die Öffentlichkeit als Pöbel betrachtet, den sie einfach dazu verführen kann, ihren Standpunkt zu übernehmen.» (*Linda Tripp, ehemalige Angestellte des Weißen Hauses, Daily Mail, 9.6.2016*)

«Für [die Clintons] waren wir wie Möbelstücke.» (*Ex-Secret Service-Officer Gary J. Byrne, Crisis of Character, 2016*)

«Die Grundhaltung der Clintons in Sachen Nationaler Sicherheit machte es uns unmöglich, unsere Pflichten erfolgreich zu erfüllen. Ihr Versagen, Bedrohungen ordentlich einzuschätzen, und ihr Widerwille einzugestehen, dass sie kaum was über Nationale Sicherheit wussten, war ein Weg in die Katastrophe.» (*Gary Aldrich, FBI-Verbindungsmann*

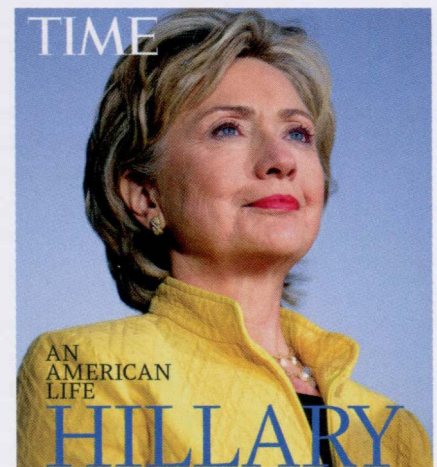
zum Weißen Haus unter George H.W. Bush und Bill Clinton, *Washington Times*, 30.10.2012)

«[FBI-Direktor James] Comey tadelte Mrs. Clintons Gebrauch privater E-Mail-Adressen und Server als "extrem achtlos". Er warf Fragen über ihr Urteilsvermögen und ihre widersprüchlichen Stellungnahmen über ihre E-Mail-Gewohnheiten auf. Er sagte, es sei möglich, dass feindliche Regierungen Zugang auf ihr Konto hätten, und erklärte, dass einer noch von der Regierung angestellten Person – 2013 hatte Mrs. Clinton das State Department verlassen – für das, was sie tat, ein Disziplinarverfahren drohen könnte.» (*New York Times, 5.7.2016*)

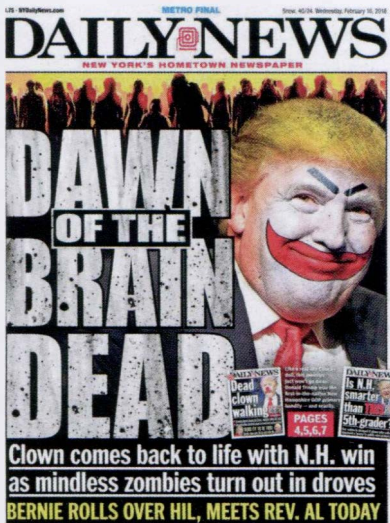
«Ich kann mich nicht daran erinnern, dass schon mal jemand eine Sicherheitsfreigabe erhalten hat, von dem man wusste, dass er extrem achtlos im Umgang mit sensiblem Material ist. Das wäre unmöglich.» (*C. Boyden Gray, ehemaliger Rechtsberater des Weißen Hauses, Washington Free Beacon, 6.7.2016*)

«Ich glaube, sie wird unsere Außenpolitik in eine Richtung steuern, die unsere nationale Unabhängigkeit erodieren und unsere Souveränität an internationale Kräfte abgeben würde.» (*US-Senator Jim DeMint gegen die Ernennung Clintons zur Außenministerin, 21.1.2009*)

«Es ist besser, nicht mit Frauen zu streiten, aber Mrs. Clintons Ausführungen waren noch nie besonders elegant. (...) Wenn Menschen zu weit über Grenzen gehen, dann nicht, weil sie stark, sondern schwach sind. Doch Schwäche ist vielleicht nicht die schlechteste Eigenschaft einer Frau.» (*Wladimir Putin, Radio Europe, 4.6.2014*)



Schaut sie schon mal nach dem nächsten Kriegsziel? Foto: Time



Daily News-Chef Mortimer Zuckermann ist langjähriger Unterstützer der Demokraten.

Foto: Daily News

Die Unterstützer

«Ich will Trumps Vizekandidat sein. Vizepräsident Hogan!» (*Wrestling-Legende Hulk Hogan, Spiegel Online, 26.3.2016*)

«Donald Trump ist wirklich eine kluge und talentierte Person, ohne jeden Zweifel. (...) Er sagt, dass er zu einer (...) tieferen Beziehung mit Russland kommen will. Wie können wir das nicht begrüßen?» (*Wladimir Putin anlässlich des St. Petersburg Economic Forum, 16.–18.6.2016*)

«Ich bete dafür, dass Donald J. Trump der nächste Oberbefehlshaber wird, weil wir einen Präsidenten brauchen, der auf unserer Seite steht – im ganzen Land und unzweideutig. Wir wissen, dass wir das von Mrs. Bill Clinton nicht bekommen werden. Für den Gesetzesvollzug wird der traurigste Tag der sein, an dem sie Präsidentin der Vereinigten Staaten würde.» (*David Clarke, afroamerikanischer Bezirkssheriff des Milwaukee County in Wisconsin, Fox News, 8.7.2016*)

«Donald Trump ist all das, was Hillary Clinton nicht ist. Er ist offen, direkt und stark. Er sagt seine Meinung und spricht von Herzen.» (*Pat Smith, Mutter eines in Bengasi getöteten US-Diplomaten, Rede auf dem Parteitag der Republikaner, 18.7.2016*)

«Ich bin stolz darauf, schwul zu sein. Ich bin stolz darauf, Republikaner zu sein. Doch am allermeisten bin ich stolz, Amerikaner zu sein. Ich tue nicht so, als wäre ich mit allem in unserer Partei einverstanden. Doch künstliche Kulturkriege lenken uns nur vom

wirtschaftlichen Abstieg ab. Niemand in diesem Rennen versteht das besser als Donald Trump.» (*PayPal-Gründer Peter Thiel, Rede auf dem Parteitag der Republikaner, 21.7.2016*)

«Trump ist da etwas auf der Spur, denn insgeheim haben alle die Nase voll von politischer Korrektheit (...). Wir sind wirklich eine Pussy-Generation. Alle laufen wie auf Eierschalen. Menschen werden beschuldigt, rassistisch zu sein und das ganze Zeug. Als ich groß wurde, nannten wir diese Dinge nicht rassistisch.» (*Hollywood-Legende Clint Eastwood, newsweek.com, 4.8.2016*)

«Wir müssen Amerika wie ein Business führen. Yeah! Ich mag Trump.» (*Ex-Schwerge-wichtsweltmeister Mike Tyson, Huffington Post, 10.8.2016*)

Die Kritiker

«Was erlaubt sich Donald Trump? (...) Sein Reichtum ist seine Frechheit. Reich sein macht nicht klug, reich sein macht dumm.» (*F.J. Wagner, Bild Online, 10.8.2015*)

«Donald Trump ist ein Rassist und ein Demagoge.» (*Deutsche Welle Online, 8.12.2015*)

«Donald Trump ist ein Irrer. Ein Mussolini.» (*Pulitzer-Preisträger Richard Ford, Welt Online, 26.1.2016*)

«In den USA Donald Trump, bei uns Frauke Petry – das sind pathologische Symptome. Die liberale Demokratie liegt ermattet darnieder. Leute wie Trump und Petry sind die Dämonen, die ihr Schlaf gebiert.» (*Jakob Augstein, Spiegel Online, 1.2.2016*)

«Pöbelt sich Trump ins Weiße Haus?» (*Bild Online, 10.2.2016*)

«Wie viel Hitler steckt in Donald Trump?» (*Handelsblatt Online, 8.3.2016*)

«Trump könnte der Armee befehlen, ISIS mit Atombomben anzugreifen – oder Mexiko, wenn sie sich weigern, für die Mauer zu bezahlen.» (*thedailybeast.com, 8.6.2016*)

«Ich denke, dass der Kandidat der Republikaner ungeeignet ist, als Präsident zu dienen.» (*Barack Obama, New York Times Online, 2.8.2016*)

«Donald Trump: ein Brandstifter, der die Wähler für dumm hält.» (*derwesten.de, 25.7.2016*)

«Die "Exzesse" des US-Präsidenschaftskandidaten erzeugten "ein Gefühl von Brechreiz".» (*Der französische Staatspräsident Francois Hollande über Trump, Spiegel Online, 3.8.2016*)

«Ob das die Hassprediger sind, wie Donald Trump im Augenblick in den USA. Was sie alle eint: Sie spielen mit den Ängsten der Menschen, sie machen mit Angst Politik.» (*Außenminister Frank-Walter Steinmeier, SPD, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 4.8.2016*)

«Im Geheimdienstgeschäft würden wir sagen, dass Herr Trump von Herrn Putin unwissentlich als Agent der Russischen Föderation rekrutiert wurde.» (*Ex-CIA-Chef Michael J. Morell, New York Times, 5. 8.2016*)

«Aus einem außenpolitischen Blickwinkel ist Donald Trump nicht geeignet, Präsident und Oberster Befehlshaber zu sein. Tatsächlich sind wir überzeugt, dass er ein gefährlicher Präsident wäre und die nationale Sicherheit und das Wohl unseres Landes auf Spiel setzen würde.» (*Auszug aus einem Anti-Trump-Brief von 50 hochrangigen Republikanern, 8.8.2016*)

«Trump ist im Grunde ein Psychopath, der für das Präsidentenamt kandidiert. (...) Auf ihn passt die klinische Definition.» (*David Plouffe, ehemaliger Wahlkampfberater von Barack Obama, thehill.com, 28.8.2016*)

«Donald Trump gilt außerhalb der eingeschworenen Reihen seiner Fans als Großmaul, der gegen alles und jeden wütet und seine Positionen öfter wechselt als seine Hemden.» (*Welt Online, 31.8.2016*)



Das US-Magazin Time zeigt Trump Ende August als gesichtsloses Großmaul – Lügenpresse am Schmelzpunkt? Foto: Time



Verschwörung der Einäugigen: Das Große Siegel der USA auf der Ein-Dollar-Note kündigt die «Neue Ordnung der Zeitalter» an. Foto: US-Notenbank

«Krieg ist die Mutter von Armeen. Aus ihnen gehen Schulden und Steuern hervor. Und Armeen und Schulden und Steuern sind die bekannten Instrumente, um die Mehrheit unter die Vorherrschaft der Wenigen zu bringen (...) Keine Nation könnte inmitten fortlaufender Kriegsführung ihre Freiheit bewahren.» (James Madison, Gründervater und 4. US-Präsident, *Political Observations*, 1795)

«[Amerika] sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann (...). Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.» (Der 6. US-Präsident John Quincy Adams, 4.7.1821)

«Da läuft was verkehrt in diesem Land. Die Netze der Justiz sind darauf eingestellt, kleine Fische zu fangen und die Wale durchflutschen zu lassen.» (Eugene V. Debs, fünfter Präsidentenwahlkandidat der Sozialistischen Partei Amerikas, Rede in Indiana, 23.11.1895)

«Die Vielen dürfen wählen, nachdem die Wenigen nominiert haben.» (Journalist Walter Lippman, *Public Opinion*, 1922)

«50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung.» (Geschäftsmann und Patriarch Joseph Kennedy, *New York Times*, 26.7.1936)

«Die erste Wahrheit ist, dass die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus – der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.» (Der 32. US-Präsident Franklin D. Roosevelt, Rede im Kongress, 29.4.1938)

«Jede hergestellte Waffe, jedes zu Wasser gelassene Kriegsschiff und jede abgefeuerte Rakete signalisieren, im letztendlichen

Sinne, einen Diebstahl an denen, die hungern und nicht ernährt werden, denen kalt ist und die nicht bekleidet werden.» (Der 34. US-Präsident Dwight D. Eisenhower, Abschiedsrede, 1961)

«Wir haben es mit einer monolithischen und ruchlosen weltweiten Verschwörung zu tun, die ihren Einfluss mit verdeckten Mitteln ausbreitet: mit Infiltration statt Invasion, mit Umsturz statt Wahlen, mit Einschüchterung statt Selbstbestimmung, mit Guerillakämpfen bei Nacht statt Armeen am Tag.» (Der 35. US-Präsident John F. Kennedy, Rede vor der American Newspaper Publishers Association, 27. April 1961)

«[Nach dem Zweiten Weltkrieg] regierte der Präsident die Vereinigten Staaten mit der Hilfe und Kooperation von Schlüsselindividuen und Gruppen in der Exekutive, der Bundesbürokratie, dem Kongress sowie den wichtigen Unternehmen, Banken, Rechtsfirmen, Stiftungen und Medien, welche zusammen das private Establishment bildeten.» (Trilaterale Kommission, *The Crisis of Democracy*, 1975)



Wappen der US-Spezialeinheit Green Berets. Quelle: US Army

«Sie wollen mir erzählen, der Erfolg meines Wirtschaftsprogramms und meine Wiederwahl hingen von der Federal Reserve und einem Haufen beschissener Anleihehändler ab?» (Der 42. US-Präsident Bill Clinton, zitiert von Bob Woodward in *The Agenda. Inside the Clinton White House*, 1994)

«Manche nennen Sie die Elite. Ich nenne Sie meine Basis.» (Der damalige Präsidentschaftsbewerber George W. Bush vor Wahlkampfspendern beim Al-Smith-Memorial-Dinner in New York, 19.10.2000)

«So funktioniert die Welt nicht mehr», fuhr [der hochrangige Berater George W. Bushs] fort. «Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren – so umsichtig wie Sie wollen – schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen. Wir sind die Akteure der Geschichte (...), und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun.» (*New York Times*, 17.10.2004)

«Ich weiß, dass ich mich infolge meines Sammelns von Spendengeldern den reichen Sponsoren, mit denen ich mich traf, annäherte – in dem Sinne, dass ich immer mehr meiner Zeit entfernt vom Schlachtengetümmel verbrachte, außerhalb der Welt unmittelbaren Hungers, von Enttäuschungen, Furcht, Irrationalität und häufiger Not der anderen 99 Prozent der Bevölkerung – also der Menschen, deretwegen ich in den Staatsdienst eingetreten war.» (Barack Obama, *Hoffnung*, 2006)

«Konzerne sind Menschen, mein Freund.» (Der republikanische Präsidentschaftsbewerber Mitt Romney bei einer Wahlkampfveranstaltung in Iowa, 11.8.2011)

«Amerika hat keine funktionierende Demokratie mehr.» (Der 39. US-Präsident Jimmy Carter während einer Veranstaltung der Atlantik-Brücke, *Spiegel Online*, 17.7.2013)

«Laut einer Studie aus dem letzten Jahr ist die Lebenserwartung in vielen amerikanischen Landkreisen, insbesondere in den Südstaaten, niedriger als in Algerien, Nicaragua oder Bangladesch. (...) Die USA haben eine Kindersterblichkeit, die vergleichbare Nationen in den Schatten stellt.» (*Rolling Stone*, 5.3.2014)

«Ich bin hier, Herr Premierminister [Netanjahu], um Ihnen zu sagen, dass der Kongress Ihrem Beispiel folgen wird (...) Wir werden Ihrem Rat und Ihren Vorschlägen folgen.» (Lindsey Graham, republikanischer Senator, bei einer Audienz in Jerusalem, *gretawire.foxnewsinsider.com*, 27.12.2014)



Schicksalswahl für Deutschland

Für die Bundesrepublik steht viel auf dem Spiel. Ein Präsident Donald Trump könnte die Karten in unserem Verhältnis zu Amerika neu mischen. Mit Hillary Clinton im Weißen Haus würden wir dagegen in neue Kriege gehetzt – und weiter von Einwanderern überflutet.



Nitro und Glyzerin

— von Jürgen Elsässer

Hillary Clinton und Angela Merkel sind Busenfreundinnen. Schon 1994 wurde die junge deutsche Politikerin von der First Lady entdeckt – und geht seither für amerikanische Interessen durch Dick und Dünn. Was wird wohl passieren, wenn die Zwei gleichzeitig an der Spitze der wichtigsten westlichen Nationen stehen?

Die amerikanische Kanzlerin bedankt sich im US-Kapitol Anfang November 2009 artig für die deutsche Wiedervereinigung und bekommt stehende Ovationen.

Foto: picture-alliance/dpa

«Wunderbarer Sinn für Humor».

Clinton über Merkel

Frank Walter Steinmeier ist die geborene Schlaf-tablette. Wie kaum ein Zweiter versteht er es, sein Publikum zu narkotisieren, indem er Nullitäten zwischen seinen schmalen Lippen hervorpresst. Egal, ob es um die Ukraine, um Syrien oder um den Brexit geht: Er beherrscht die Kunst, mit vielen Worten nichts zu sagen. Vor allem gegenüber Amerika vermeidet er jedes laute Wort. Doch gegenüber Donald Trump kam der Langweiler groß raus und trumpfte auf. «Das ist doch grotesk», schimpfte Steinmeier Ende Juli 2016. Einerseits wolle der Republikaner Amerika stark machen. «Aber mit demselben Brustton der Überzeugung sagt er, dass sich Amerika aus den Konflikten dieser Welt heraushalten solle. Wie das eine mit dem anderen zusammengeht, kann ich mir jedenfalls nicht erklären.» Moment mal: Waren es nicht immer sozialdemokratische Kanzler gewesen, die die Supermacht zu mehr Zurückhaltung vor allem in der Militärpolitik aufforderten? Ist der Russland-freundliche Kurs, den Trump im Wahl-

kampf andeutete, nicht die Entsprechung der Entspannungspolitik, für die die SPD immer geworben hatte? Man muss allerdings zugeben: Steinmeier tritt dieses Erbe schon seit mindestens drei Jahren mit Füßen – seit er in der Ukraine-Krise den US-finanzierten Putsch stützte. Aber Skrupel sind dem Karrierediplomaten fremd. Anfang August polterte er weiter, bezeichnete Trump als «Hassprediger» und warnte vor dem «Ungeheuer des Nationalismus». Was würde wohl Willy Brandt dazu sagen, der mit dem Slogan «Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land» 1972 das historisch beste Wahlergebnis der SPD einfuhr? 45,8 Prozent waren es damals; heute ist die Partei froh, wenn sie sich über der 20-Prozent-Marke halten kann.

Ziemlich beste Freundinnen

Während der Außenminister Trump dämonisiert, lässt sich die Kanzlerin von Hillary Clinton vereinnahmen. «Der mächtigste Staatschef Europas war eine Frau», schreibt die Präsidentschaftskandidatin in ihrer Biografie *Entscheidungen* über die Christdemokratin. «Während meiner Zeit als Außenministerin wuchs meine Bewunderung für diese entschlossene, kluge und ehrliche Frau, die mir gegenüber nie verhehlte, was sie dachte.»



Clinton bescheinigt Merkel auch einen «wunderbaren Sinn für Humor» – eine Eigenschaft, die die Deutschen an der verkniffenen Rautenfrau noch nicht bemerken durften. Im Juni 2011 brachte die Bundeskanzlerin bei einem Besuch in Washington als Gastgeschenk eine gerahmte Titelseite der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit, auf der sie und die US-Außenministerin zu sehen sind – ohne Köpfe, in ähnlichen Hosenanzügen und mit gleicher Handhaltung. «Wer ist Merkel, wer bin ich?», zitiert Clinton die Bildunterschrift der FAZ. Sinnlos fröhlich sieht man sie neben Merkel auf einem in der Autobiografie abgedruckten Foto. Das FAZ-Mitbringsel habe sie in ihrem Büro aufgehängt, schreibt Hillary.

Wie sich die Busenfreundschaft mit «Angela» – beide nennen sich beim Vornamen – entwickelt hat, erzählt Clinton ebenfalls in ihrem Buch. Demnach wurde Merkel der First Lady schon 1994 bei einem Staatsbesuch des damaligen Präsidenten Bill Clinton in Berlin vorgestellt. «Eine junge Frau, die es noch weit bringen wird,» habe man ihr gesagt.

Ob «Kohls Mädchen» damals schon von den Amerikanern unter ihre Fittiche genommen wurde? So würde sich jedenfalls erklären, warum die Wahl-Mecklenburgerin, die über keinerlei innerparteiliche Lobby verfügte, 1998 mit Hilfe der ebenfalls Amerika-orientierten *Bild-Zeitung* Helmut Kohl als CDU-Vorsitzenden stürzen und sein Amt übernehmen konnte. Für Washington hat sich der Wechsel an der CDU-Spitze jedenfalls ausgezahlt.

Von Adenauer bis Schröder

Seit der Gründung des westdeutschen Teilstaates 1949 war das Verhältnis zur stärksten Besatzungsmacht zwar eng gewesen – aber es war niemals eine Beziehung auf Augenhöhe. Die Amerikaner waren mit einer unerbittlichen Botschaft in den Zweiten Weltkrieg eingetreten. «Dem deutschen Volk als Ganzes muss beigebracht werden, dass die gesamte Nation in eine rechtlose Verschwörung gegen die Würde der modernen Zivilisation verstrickt» gewesen sei, postulierten Präsident Franklin D. Roosevelt und sein Finanzminister Henry Morgenthau. Letzterer forderte, das besetzte Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln. Doch Deindustrialisierung und Kollektivschuldthese wurden von der Siegermacht ad acta gelegt, als man die Westdeutschen im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion brauchte. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1963) ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und opferte die Wiedervereinigung, die vom Sowjetführer Josef Stalin 1953 angeboten worden war, der Festigung seiner Separatrepublik als Frontstaat der NATO. Doch der «Alte aus Rhöndorf» ließ es sich auch nicht nehmen, mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle eine Sonderbeziehung aufzubauen und dadurch den Atlantismus auszubalancieren. Präsident John F. Kennedy bezeichnete er als «Schaumschläger».

In das Intermezzo der Kanzlerschaften von Ludwig Erhard (1963–1966) und Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) fallen die Spannungen um den Atomwaffensperrvertrag, den die BRD als «neues Versailles, und zwar von kosmischen Ausmaßen» (Franz Josef Strauß) ablehnte und erst nach jahrelangem Druck unterzeichnete. Die erstmalige Regierungsübernahme durch einen Sozialdemokraten wurde



COMPACT 9/2013. Foto: COMPACT

«Hassprediger». Steinmeier über Trump

7. Juni 2011: US-Präsident Barack Obama verleiht Kanzlerin Merkel die Freiheitsmedaille – die höchste zivile Auszeichnung der Vereinigten Staaten. Foto: Pete Souza/white-house.gov



Deutscher Masochismus



Auch nachdem bekannt wurde, dass die NSA das Handy der Kanzlerin abgehört hatte, ging die Wühlarbeit der US-Geheimdienste munter weiter. Anfang Juli 2014 wurden zwei US-Agenten enttarnt, einer im Verteidigungsministerium, einer im Umfeld des NSA-Untersuchungsausschusses. Von Barack Obama kam kein Wort des Bedauerns, geschweige denn eine Zusage auf künftige Besserung. «Warum wir die Deutschen ausspionieren müssen», war etwa zur gleichen Zeit ein Essay des US-Journalisten James Kirckick überliefert. Frech postuliert er: «Die Amerikaner müssen sich nicht dafür entschuldigen, in Deutschland spionierte zu haben. Im Gegenteil: Nach den Enthüllungen in dieser Woche sollten die Deutschen tief in sich gehen und sich fragen, warum Washington nicht das Bedürfnis hatte, es viel früher zu tun.» Die Deutschen sind selbst schuld, dass die US-Dienste sie abhören müssen...

Vorsicht, NSA hört mit! Foto: picture alliance / dpa

jenseits des Großen Teichs sehr kritisch gesehen. Willy Brandt (1969–1974) begann ohne viel Rücksprache mit Washington die Entspannungspolitik mit den Staaten des Ostblocks. «Ihr müsst Euch jetzt daran gewöhnen, dass wir etwas unbequemer werden», stichelte sein Berater Egon Bahr gegen die Vereinigten Staaten. 1973 kam es zum Eklat: Als die USA während des sogenannten Jom-Kipur-Krieges Israel mit Waffen belieferte und diese auch über deutsche Nordseehäfen verschifft, drohte Brandt Präsident Richard Nixon mit einem Verladeverbot. Das mag zum Sturz des populären Sozialdemokraten beigetragen haben. Mit seinem Nachfolger Helmut Schmidt (1974–1982) gingen die Querelen weiter: Er verweigerte die Stützung des schwächelnden Dollars. Helmut Kohl (1982–1998) harmonierte zwar sowohl mit Ronald Reagan wie mit Bush Senior gut – letzterer unterstützte gegen den Widerstand von Großbritannien und Frankreich die Wiedervereinigung –, wurde aber wegen der Abstinenz beim ersten Irakkrieg 1991 kritisiert. Gerhard Schröder (1998–2005) begann seine Amtszeit ganz nach dem Geschmack der Amerikaner durch die Teilnahme an der völkerrechtswidrigen Bombardierung Jugoslawiens (1999). Er fiel aber umso tiefer in Ungnade wegen seiner lautstarken Kritik am Feldzug gegen den Irak (2003), die er – was die Sache in den Augen von Bush Junior umso schlimmer machte – auch noch in demonstrativem Schulterchluss mit Paris und Moskau vortrug.

Die amerikanische Kanzlerin

In dieser Eiszeit der Beziehungen empfahl sich Angela Merkel – damals Oppositionsführerin im Bundestag – als Alternative zu Schröder. Bedenkenlos übernahm sie die Lügenpropaganda des Pentagon. «Auch die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein ist real, nicht

fiktiv. (...) Europa muss bereit sein, sich an militärischen Maßnahmen als Ultima Ratio zu beteiligen», warb sie für die Teilnahme am Irakkrieg – in bemerkenswertem Kontrast zum damaligen CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 führte sie die Union knapp vor der SPD über die Ziellinie – mit dem Rückenwind der von Henry Kissinger und David Rockefeller kontrollierten Bilderberg-Gruppe.

Das Lob von Hillary Clinton hat sie sich redlich verdient. Anders als bei ihren Amtsvorgängern war von ihr keine Kritik an der Supermacht zu hören: nicht bei den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran, nicht bei der durch die Wall Street provozierten Weltwirtschaftskrise, nicht bei den von Barack Obama unterstützten Attacken auf Opel und VW – nicht einmal beim NSA-Skandal, der auch das Abhören ihres eigenen Handys einschloss. Auch das aggressive Vorgehen gegen Wladimir Putin und Baschar al-Assad trug sie immer mit, und zum Knebelungsabkommen TTIP steht sie trotz massiver Kritik selbst des befreundeten Frankreich. Einzig die Abstinenz beim Libyenkrieg fällt aus dieser Reihe heraus, dürfte aber eher auf den damaligen Koalitionspartner FDP und Außenminister Guido Westerwelle zurückgehen.

«Hillary Clinton will Amerikas Angela Merkel werden.»

Donald Trump

Trump warnt: «Hillary Clinton will Amerikas Angela Merkel werden.» Diese Aussicht ist schon für die Menschen zwischen New York und Los Angeles erschreckend. Aber die Auswirkungen auf Deutschland wären nicht minder katastrophal, und zwar in drei Punkten. Zum Ersten steht Clinton für das Paktieren mit dem Dschihadismus in Syrien und anderswo – das würde die Terrorgefahr vor allem in Europa erhöhen. Zum Zweiten und im Zusammenhang damit: Clinton würde die Politik der forcierten Masseneinwanderung aus islamischen Ländern zum westlichen Standard machen und jede Opposition dagegen unterdrücken, auch bei uns. Zum Dritten sieht sie Putin als den neuen Hitler; daraus folgt zwingend ein verstärkter Aufmarsch an der Ostfront – wohin Merkel die Bundeswehr bereits als NATO-Speerspitze abkommandiert hat. Die beiden sind wie Nitro und Glycerin – wehe uns, wenn sie zusammenkommen. ■

Auch mit George W. Bush konnte Merkel richtig gut. Hier 2006 bei einem Besuch im Weißen Haus. Foto: Eric Draper/whitehouse.gov





Er ist wieder da

_von Martin Müller-Mertens

Die Hitler-Karte sticht auch gegen Donald Trump – für die deutsche Lügenpresse ist er der gefährlichste Mann der Welt. In «Bild» wurde er als Vorgänger eines Affen bezeichnet, in der FAZ im Falle seines Wahlsieges ein Militärputsch gefordert.

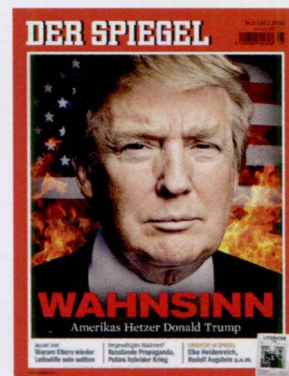
Auf ihrem Kreuzzug gegen Donald Trump sind die selbsternannten Edelfedern der deutschen Journalaille mit geradezu missionarischem Eifer bei der Sache. Bereits nach seiner Kandidatur für die Vorwahl im Sommer 2015 ereiferten sie sich über das «Großmaul» (FAZ) und den «sexistischen Rassist(en)» (*Süddeutsche Zeitung*). Für die *Taz* war Trump «wie ein angetrunkener Kunde einer Sportsbar».

Nach dem unerwarteten Siegeslauf des 70-Jährigen im parteiinternen Wettrennen verschärfte sich der Tonfall. Nun sah die *Frankfurter Allgemeine* in den Unterstützern des Kandidaten schlicht «Trump's Sekte». Das linksliberale Atlantiker-Zentralorgan *Die Zeit* warnte apokalyptisch: «Trump zerstört Amerika». «Donald Trumps schlimmste Sprüche» stellte das *Hamburger Abendblatt* zusammen. Als Trumps früherer Redenschreiber Tony Schwartz den Kandidaten als «Soziopathen» beschimpfte und trompetete, er habe als Ghostwriter diesem «Schwein Lippenstift angemalt», zitierten deutsche Medien regelrecht begierig.

Der böse alte weiße Mann

Seit jeher hegt die linksgrün dominierte Journalille Sympathien für die US-Demokraten. Aber auch hartgesottene Konservative wie der frühere Berater Helmut Kohls, Michael Stürmer, verfallen in Hippie-Slang, wenn es gegen Trump geht. Ende August 2016 prägte er auf *Welt Online* eine Formel, die aus einem rot-grünen Poesiealbum stammen könnte: «Gewissenloser Verführer gegen demokratische Träumer». Dazu passt, dass sich die Journalille lagerübergreifend als Antifa-Verlautbarungsorgan betätigte und die früher nur in autonomen Wohngemeinschaften üblichen Sprechblasen absonderte: Trump sei ein «Brandstifter» (ARD), ein «Rassist und Demagoge» (*Deutsche Welle*), ein «Hassprediger» (FAZ), ein «Mussolini» (*Welt Online*). Das *Handelsblatt* fragte sich: «Wie viel Hitler steckt in Trump?» Und weiter: «Er schreit und er säuselt. (...) Dieser Wolf weiß, wie Kreide schmeckt.» Die *Süddeutsche Zeitung* salbaderte: «Schon das Motto "Amerika zuerst" lässt Experten aufheulen: Der Isolatio-

Na, mal schauen, was das Doktorchen heute wieder hat durchgehen lassen. Foto: picture alliance / United Archives/WHA



Manche Schlagzeilen beschreiben ihre Autoren recht passend. Foto: Der Spiegel

«Überbietungswettbewerb um die herabwürdigendste Charakterisierung.»

«Cicero»

Hitler geht immer



«Wie viel Hitler steckt in Trump?» (*Handelsblatt*, 2016)

«Der schwarze Hitler Afrikas». (*Die Zeit über Idi Amin*, 1977)

«Der Hitler von Bagdad». (*Bild über Saddam Hussein*, 1990)

«Milosevic handelt nicht anders als Hitler.» (*Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt*, 1999)

«Der Balkan-Hitler Radovan Karadzic». (*Turkish Weekly*, 2008)

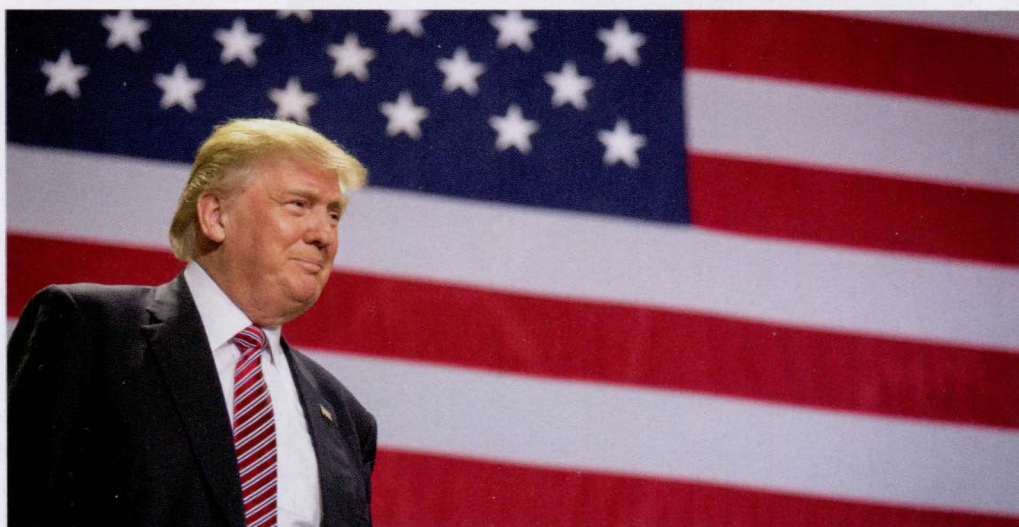
«Der geistige Enkel Hitlers. Wer war Jörg Haider?» (*Die israelische Tageszeitung Jedijot Achronot, zitiert bei n-tv*, 2008)

«In einer Reihe mit Adolf Hitler und Saddam Hussein.» (*US-Außenminister John Kerry über Baschar al-Assad*, 2013)

«Wenn einem das bekannt vorkommt: Es ist das, was Hitler damals in den 30er Jahren tat.» (*Hillary Clinton über Wladimir Putin*, 2014)

Mehr davon finden Sie in COMPACT-Edition *Schwarzbuch Lügenpresse*.

Erhältlich für 9,90 Euro im COMPACT-Shop. Foto: COMPACT



nist Charles Lindbergh versuchte 1940 mit "America First" die US-Bürger samt Präsident Roosevelt zu überzeugen, sich aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten.»

«Was (...) überrascht, ist die Häme, die Trump in Deutschland entgegenschlägt», wunderte sich immerhin das Monatsmagazin *Cicero*. «Gerade auch seriöse Medien scheinen in einer Art Überbietungswettbewerb um die herabwürdigendste Charakterisierung und galligste Kommentierung des extravaganen Unternehmers getreten zu sein.» Trump erscheine als «der böse, alte, weiße Mann, auf den man mit dem üblichen intellektualistischen Gelaber eindreschen kann», analysierte Bettina Roehl im Mai auf dem Blog *Tichys Einblick*.

Die Angst des Establishments

Bei den Attacken auf Trump schien die Regel «zu viel ist nicht genug» ausschlaggebend. «Trumps Hetzphrasen», formuliert eine *Zeit*-Redakteurin empört, «wirken wie Tourette-Ausbrüche». Vertraut sei dem Selbstdarsteller laut der *Welt* lediglich «das Vokabular der Gosse». *Bild*-Kommentator F. J. Wagner markierte den Tiefpunkt der deutschen Kampagne, als er Ende Juli schrieb: «Lieber Donald Trump, wenn Sie der 45. Präsident Amerikas werden, dann wird nach ihnen ein Pferd oder ein Affe Präsident werden.» Barack Obama dagegen, der als der Drohnenkrieg-Präsident in die Geschichte eingehen wird, verehrt Wagner regelrecht. Seine Verteidigung Anfang 2009 hatte er als «Salbung eines Halbgottes» bezeichnet.

Die Wochenzeitung *Die Zeit* will bald das Rätsel geknackt haben, wieso der 70-Jährige sich trotz aller medialen Angriffswellen durchgesetzt hat: «Der Grund für den Erfolg der bizarren Gestalt Donald Trump ist nun aber, dass sie ihrer Wählerschaft ein diabolisch-demagogisches Versprechen macht: Politik als langes Verhandeln von Interessen müsst Ihr

mit mir nicht mehr aushalten.» Trumps Wähler unterstützten ihn demnach nicht aus Überzeugung, sondern weil sie seinem teuflischen Charme erlagen.

Nach allen diesen Hetztiraden könnte man schon fast als konstruktives Argumentieren begrüßen, wenn die Hauspsychologen von der *Süddeutschen* schreiben: «Trump ist kein Mann, der wegen seiner politischen Überzeugungen Präsident werden will, sondern er will Präsident werden, weil er von sich überzeugt ist.» Doch auch das steht auf dem Kopf: Tatsächlich ist der Quereinsteiger gerade wegen seiner originellen Positionen ins Fadenkreuz von Atlantikern wie Multikulti-Globalisten geraten. «Der republikanische Präsidentschaftskandidat will die NATO abschaffen, die Schutzzusagen für Europa revidieren und eine "Sonderbeziehung" zu Putin», echauffierte sich *Die Welt* im April – für das Springer-Blatt kein Lob, sondern der denkbar schärfste Tadel.

«Schon das Motto "Amerika zuerst" lässt Experten aufheulen.»
»Süddeutsche Zeitung«

Auch der Kampf mit Worten reichte irgendwann nicht mehr aus. Selbst vor offenen Gewaltphantasien schreckten die Trump-Hasser in deutschen Redaktionsstuben nicht mehr zurück – wenn auch noch nicht aus der eigenen Feder. Als der US-Journalist James Kirchick – selbst Fellow der neokonservativen Foreign Policy Initiative (FPI) – in der *Los Angeles Times* für den Fall eines Wahlsiegs Trumps einen Putsch ins Gespräch brachte, übernahm die *Frankfurter Allgemeine* die Drohung als Gastkommentar: «Trump ist nicht nur offenkundig ungeeignet für die Präsidentschaft, sondern auch eine Gefahr für Amerika und die Welt. Die Wähler müssen ihn stoppen, bevor es das Militär tun muss.» ■

Bild oben: Ein waschechter Amerikaner: Donald Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in Florida am 11. August 2016. Foto: picture alliance / AP Images



Die demokratische Fassade

Das Land der Freien, die Heimat der Mutigen – so verspricht es die amerikanische Hymne. Doch Korruption, Kriege und Hochfinanz haben die Erde vergiftet, in der der Baum der Freiheit wurzelt. Hinter der demokratischen Maske verbirgt sich ein neuer Totalitarismus.



Die totalitäre Demokratie

— von Tino Perlick

Der globale Frontalangriff auf die Demokratie begann in den Vereinigten Staaten. Staat und Wirtschaft sind dort untrennbar miteinander verwachsen. Volksherrschaft existiert nur als aufwändige Fassade. Dahinter verbirgt sich eine Tyrannei, die ihre freundliche Maske jederzeit ablegen könnte.

Die US-Erfolgsserie House of Cards kommt den tatsächlichen Ränkespielen im Weißen Haus vermutlich recht nahe. Foto: Netflix

Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne dass der Betrug zu offensichtlich wird.

Am Abend des 5. November 2008 verwandelten eine Viertelmillion Amerikaner den Grant Park in Chicago in ein gigantisches, rot-weiß-blaues Fahrenmeer. «Yes, we can», schallte es aus der begeisterten Menschenmasse. Als mit Barack Obama der erste afroamerikanische Präsident in der Geschichte der USA die Bühne betrat, brach die Menge in frenetischen Jubel aus. Die Bürger schienen die acht Jahre der finsternen Bush-Herrschaft schier wegschreien zu wollen. «Lang hat es gedauert», versicherte Obama den Menschen, «doch aufgrund dessen, was wir an diesem Tag, in dieser Wahl, vollbracht haben, ist heute ein Wandel nach Amerika gekommen.»

Die Worte klingen inzwischen wie Hohn. Der Linksinтеллектуelle Dr. Cornel West, ein früherer Unterstützer Obamas, resümierte 2014: «Er stellte sich als fortschrittlich dar und erwies sich als Fälschung. Wir haben am Ende eine Präsidentschaft

der Wall Street bekommen, eine Präsidentschaft der Drohen, eine Präsidentschaft der Nationalen Sicherheit.» Wenn politischer Wandel auf demokratischem Wege nicht länger durchsetzbar ist, muss man fragen, welche Herrschaftsform an die Stelle der Demokratie getreten ist. Aus der Erkenntnis, dass Totalitarismus anpassungsfähig ist, entwickelte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Sheldon Wolin (1922–2015) die These, dass die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Gewalt-herrschaft seien. Hier agiere jedoch ein auf den Kopf gestellter, also ein «invertierter», Totalitarismus.

Putsch in Zeitlupe

In seinem 2008 erschienenen Buch *Democracy Incorporated* (Demokratie als Kapitalgesellschaft) setzt Wolin, früher Professor an der Princeton Universität, diese Staatsform mit dem «Erwachsenwerden der Macht des freien Unternehmertums» gleich. Da der invertierte Totalitarismus die klassischen Elemente absoluter Herrschaft vermeidet, sei er nur schwer zu erkennen. Sowohl die Symbole als auch die Sprache der Demokratie blieben unangetastet. Auch würden deren Kerneigenschaften wie freie Wahlen, eine unabhängige Justiz, freie Medien und die Verfassung nach wie vor

hoch geachtet. Doch all das sei ausgehöhlt worden. Kein plötzlicher Umsturz und keine gewaltsame Machtergreifung gingen dem Systemwechsel voraus. Stattdessen habe ein Putsch in Zeitlupe stattgefunden – vorangetrieben von den Wirkkräften der ungezügelter Wirtschaft. An die Stelle eines charismatischen Demagogen trete im verdeckten Totalitarismus die Anonymität internationaler Kapitalgesellschaften.

Mächtige Großkonzerne, so Wolin, bedienen sich in diesem System zwar weiterhin patriotischer Symbole. Doch operieren sie längst transnational und fühlen sich ihrem Heimatland nicht mehr im Geringsten verpflichtet. Während sich die Monopolmedien um die Propaganda kümmern, sollen die Bürger unpolitisch und passiv sein. Wolin bezeichnet sie als «Patienten» – chronisch leidend. Im Unterschied zu den Diktaturen der Vergangenheit, die in der Regel nur von kurzer Dauer waren – von den großen Gewaltherrschern starb nur Stalin, solange er an der Macht war –, ist der US-Totalitarismus recht widerstandsfähig: «Im invertierten System ist der Anführer ein Produkt des Gefüges», stellt der Professor Emeritus klar, «nicht sein Architekt; es wird ihn überleben.»

Wolins Theorie erhielt 2014 empirische Unterstützung. «Amerikaner dürfen sich durchaus vieler Merkmalen erfreuen, die für Demokratien zentral sind», bilanzieren Forscher der Universitäten Princeton und Northwestern in einer Studie, die den Einfluss von Eliten und Durchschnittsbürgern auf die US-Regierung untersucht, «darunter regelmäßige Wahlen, Rede- und Vereinigungsfreiheit sowie ein umfassendes (wenn auch umstrittenes) Wahlrecht.» Aber, stellt Co-Autor Martin Gillens fest, «gewöhnliche Bürger haben praktisch keinerlei Einfluss auf das, was ihre Regierung in den Vereinigten Staaten tut. Doch ökonomische Eliten und Interessensgruppen, vor allem wenn sie aus der Wirtschaft kommen, haben in substantiellem Maße Einfluss.»

Simulierte Demokratie

Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne dass der Betrug zu offensichtlich wird. «Warum», fragt Wolin, «eine Verfassung aufheben, wie es die Nazis taten, wenn es möglich ist, die Verfassungsordnung mit riesigen Wahlkampfspenden (...) zu manipulieren?» Wolin stellt fest: «Sind die Taktiken auch nicht die der Nazis, so ist das Endresultat das invertierte Äquivalent. Die Opposition ist nicht liquidiert worden, sie wurde nutzlos gemacht.»

Während das Hitler-Regime die Schaffung einer aktiven Volksgemeinschaft förderte («Kraft durch Freude»), ist im neuen Totalitarismus das Ziel umge-

kehrt – die Aufrechterhaltung staatsbürgerlicher Trägheit. Statt Debatten über verfassungswidrige Gesetze und Angelegenheiten von Krieg und Frieden dominieren Skandale und sogenannte Kulturkriege den politisch-medialen Diskurs rund um die Uhr. An die Stelle des mündigen Bürgers ist der Wahlbürger getreten, der nur «während der Wahlkämpfe politisches Leben erlangt». Statt echter Macht darf er nur Meinungen haben, die unentwegt abgefragt werden. Das Wahlvolk konsumiert Politiker genauso wie Marken. Das Werbefachblatt *Advertising Age* erklärte Barack Obama noch vor dessen Wahl zum «Marketer of the year» – vor dem IT-Giganten Apple und dem Sportbekleidungsriesen Nike.

«Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden.»

Wolin

Ins Amt gewählt, fungiert der Präsident als ein Laufbursche und Pressesprecher der Finanz- und Großkonzerne. In seinen zwei Amtszeiten hatte Bill Clinton gegen immensen öffentlichen Widerstand einen gemeinsamen Markt für Kanada, die USA und Mexiko durchgeboxt, die seit 1933 bestehende Trennung von Spar- und Spekulationsbanken aufgehoben und den Telekommunikationsmarkt dereguliert – oder vielmehr: im Sinne der Großkonzerne reguliert. Später strich Clinton für seine Auftritte zusammen 105 Millionen US-Dollar von Unternehmen und Finanzdienstleistern ein. Im Abgeordnetenhaus und im Senat läuft das Spiel genauso.

Im freien Fall

Vertrauen in Präsidenten in Prozent, am Ende ihrer Amtszeit

Eisenhower (1953–1961)

74

Kennedy (1961–1963)

76

Johnson (1963–1969)

62

Nixon (1969–1974)

40

Ford (1974–1977)

35

Carter (1977–1981)

30

Reagan (1981–1989)

41

Bush (1989–1993)

25

Clinton (1993–2001)

44

G.W. Bush (2001–2009)

25

Obama (2009–2016)

19

Quelle: Pew Research Center

Die New Yorker Wall Street ist längst Synonym für die wichtigste US-Börse. Gehandelt werden dort zeitweise über sieben Milliarden Aktien pro Tag. Foto: narvikk/iStock



Verfassung für die Elite

«Die Verfassung entwickelte ein geschicktes System, um die Überlegenheit der elitären Minderheit zu schützen (...). Falls eine Mehrheit (...) im Repräsentantenhaus unliebsame Gesetze in die Wege leiten würde, so müssten diese erst eine Vielzahl anderer Institutionen passieren, die verlässlich von den Eliten kontrolliert werden. Selbst wenn der Senat (...) mit dem Repräsentantenhaus übereinkäme und die Gesetzesvorlage [ebenfalls] verabschiedete, könnte der (...) Präsident ein Veto einlegen. Damit nicht genug: Abgeordnete, Präsidenten und Senatoren dienen für jeweils zwei, vier und sechs Jahre. Mit dieser Eigentümlichkeit sollte erreicht werden, dass sich die Schwierigkeit, diese Institutionen in die gleiche politische Richtung zu bringen, vergrößert.»

Daniel Hellinger und Dennis R. Judd, *The Democratic Facade* (1994).

_ Tino Perlick ist Korrespondent bei COMPACT.

Der Führer der freien Welt liebt große Auftritte – wie hier vor der Berliner Siegessäule am 24. Juli 2008. Foto: picture-alliance/dpa



Die einzige Funktion von Wahlen besteht darin, «biegsame Parlamentarier für die Lobbyisten» zu finden, schreibt Wolin. Echte Sozialdemokratie wird bekämpft, sobald sie mehr «als Lese- und Schreibfähigkeit, Berufsausbildung und andere Grundlagen einer um das Überleben in der globalen Wirtschaft kämpfenden Gesellschaft fordert».

Der kommende Aufstand

Wenn private Macht stärker ist als der demokratische Staat, sagte Franklin D. Roosevelt 1938 in einer Rede an den Kongress, ist das «in seiner Essenz Faschismus». Heute durchdringt der Totalitarismus alle Bereiche. «Man kann auf keine nationale Institution verweisen, die zutreffend als demokratisch bezeichnet werden könnte», sagt Wolin. «Gewiss nicht die hochgradig gemanagten, geldgesättigten Wahlen, nicht der vom Lobbyismus befallene Kongress, nicht die imperiale Präsidentschaft, nicht das klassenbasierte Justiz- und Strafvollzugssystem, am allerwenigsten die Medien.»

Den gekaperten Institutionen steht ein immer mächtigerer, aufgeblähter und durchmilitarisierter Superstaat gegenüber, der seine Bürger total kontrolliert. Doch solange die Manipulation der öffentlichen Meinung gelingt, glaubt Wolin, scheut der invertierte Totalitarismus brutale Kontrollmaßnahmen. Sollte eine hoffnungslose Bevölkerung jedoch irgendwann gegen die Zersetzung ihrer Grundrechte aufbegehren, würde das System so gewalttätig werden wie frühere totalitäre Staaten: «Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden.»

Seit einem historischen Hoch von rund 75 Prozent Mitte der 1960er Jahre sank das Vertrauen in die

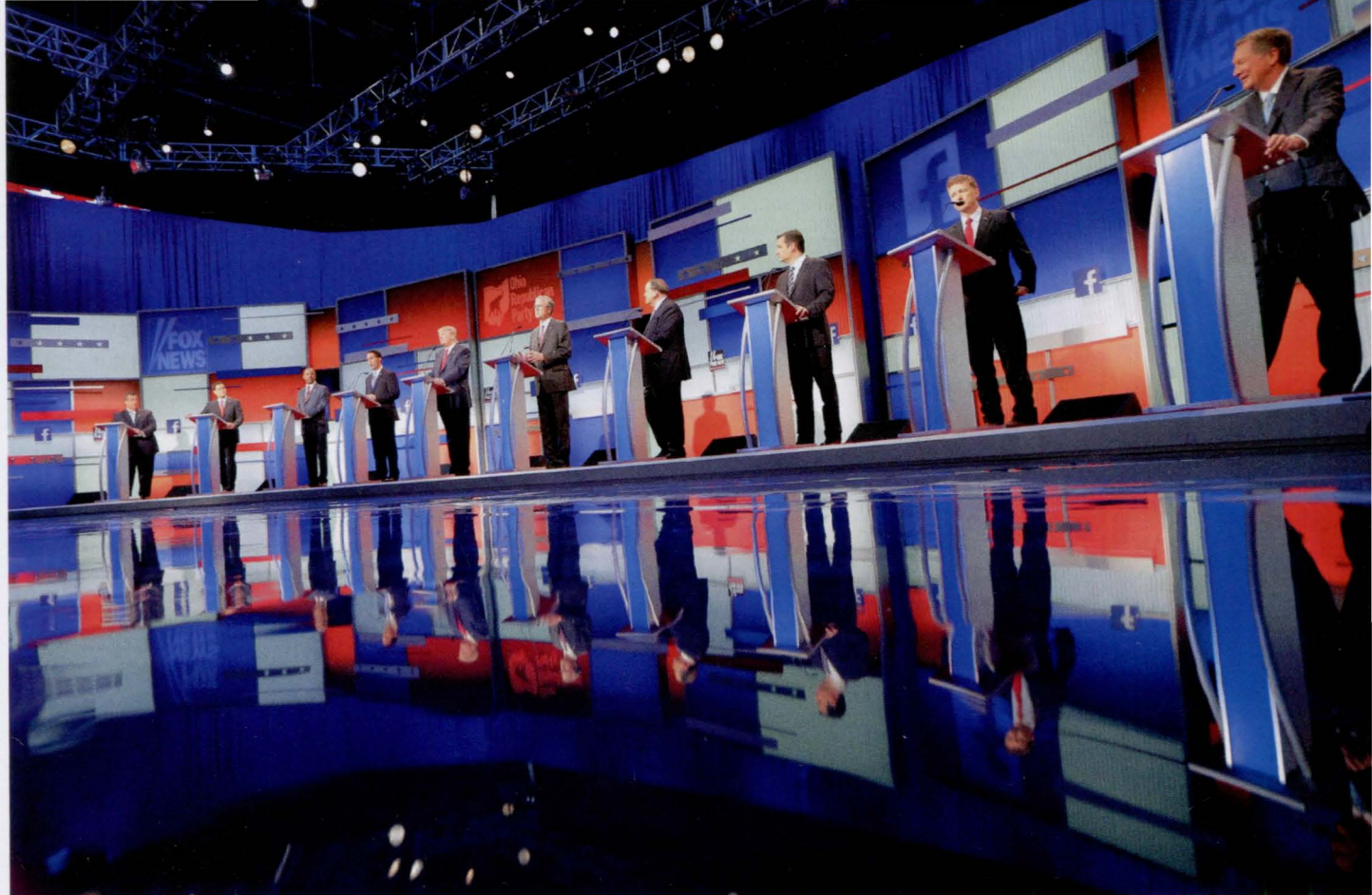
Regierung mehr oder weniger stetig. 2010 misstrauten fast 80 Prozent der Bevölkerung ihren offiziellen Vertretern. In einer Befragung des Umfrageinstituts Public Policy aus dem Jahr 2013 schnitt der Kongress im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken. Der Pulitzer-Preisträger Chris Hedges hat ausgiebig über Wolins Ansichten geschrieben und referiert. Er glaubt, dass das große Aufbegehren vor der Tür steht. «Die Revolte mag rechts sein», schreibt Hedges. «Sie mag den Beigeschmack von Faschismus haben. Sie mag einen furchterregenden Polizeistaat zementieren. Doch dass eine Revolte kommt, ist unbestreitbar.» Der kommende Aufstand wird frühere Unruhen in den Schatten stellen. Zu viele Menschen haben in diesem System nichts mehr zu verlieren.

2013 schnitt der Kongress im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken.

Auf der anderen Seite stehen die Vielen, die vom Regime abhängig sind. «Universitäten, Intellektuelle, Gelehrte und Wissenschaftler sind durch eine Kombination aus Regierungsaufträgen, Unternehmens- und Stiftungsmitteln sowie Gemeinschaftsprojekten aus Hochschulen und wohlhabenden Spendern nahtlos in das System integriert worden.» Das alles gelingt «ohne verbrannte Bücher, ohne einen geflüchteten Einstein», wie Wolin hinzufügt. Kein Wunder, dass die so Korruptierten gegen Querdenker und Aufmüpfige hetzen – wie 2016 gegen Donald Trump. ■



Protest in Philadelphia am 26.7.2016: Am Rande des Parteitags der Demokraten verleiht ein Demonstrant seiner politischen Haltung Ausdruck. Foto: picture alliance / AP Photo



The show must go on

von Tino Perlick

Republikaner und Demokraten sind zwei Flügel ein und derselben Wirtschaftspartei. Wer den Wahlkampf finanziert, hat beide fest im Griff. Unabhängige Kandidaten und Drittparteien werden trotz guter Umfragewerte systematisch totgeschwiegen. Die Fernsehdebatten laufen nach Drehbuch ab.

«Wenn Gott wollte, dass wir wählen, dann hätte er uns Kandidaten geschickt.» 1996 fand man in den USA diesen Spruch auf unzähligen Autohecks. Angesichts der Alternative zwischen einer zweiten Amtszeit Bill Clintons und dem farblosen republikanischen Herausforderer Robert Dole entschied sich in jenem Jahr erstmals die Hälfte aller wahlberechtigten Bürger, dem Urnengang fernzubleiben. Die Frage «Demokraten oder Republikaner?» ist für die meisten Amerikaner eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera.

Kein Wunder: Wer in den USA in ein relevantes Amt gewählt werden will, muss Unsummen an Geld aufreiben. In Schlüsselthemen wie Freihandel oder der Rettung von Banken unterscheiden sich die Großparteien wegen dieser finanziellen Steuerung höchstens noch in Nuancen. Die Ähnlichkeit in wirtschaftspolitischen Themen wird durch Differenzen in kultur- und gesellschaftspolitischen Fragestellungen verdeckt: Immigrationspolitik, das Recht auf Abtreibung oder die Gleichstellung von

Homosexuellen gehören zu den wenigen Bereichen, in denen Demokraten und Republikaner alternative Ansichten bieten.

Wall-Street-Demokraten

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verabschiedeten die Demokraten ein Gesetz nach dem anderen, das vormalig hochgehaltene sozialdemokratische Überzeugungen mit Füßen trat. So schrieb Buchautor William Greider 1992 in *Who Will Tell the People?* (Wer wird es dem Volk erzählen?): «Die Kehrtwende in der Steuerpolitik, als betuchte Eliten anfangen, erstmals groß zu gewinnen, fand 1978 statt, als die Partei der Demokraten in vollem Umfang an der Macht war – lange, bevor Ronald Reagan 1980 ins Weiße Haus einzog. Demokratische Mehrheiten haben die große Verschiebung der Steuerlast bei jedem Schritt mitgetragen.» Als ab 1993 mit Bill Clinton das nächste Mal ein Demokrat im Weißen Haus saß, wucherte das Kapital der 500 wohlhabendsten Unternehmen um 335 Prozent.

Zehn Kandidaten kämpften im US-Wahlkampf 2016 um die Nominierung der Republikanischen Partei und präsentierten sich bei TV-Debatten wie hier in Ohio am 6. August. Von links nach rechts: Chris Christie, Marco Rubio, Ben Carson, Scott Walker, Donald Trump, Jeb Bush, Mike Huckabee, Ted Cruz, Rand Paul und John Kasich. Foto: Reuters

«Die Demokraten sind eine der zwei großen Businessparteien im amerikanischen System.» Lance Selfa



Der 1980 zum US-Präsident gewählte Ronald Reagan spielte bis 1957 in knapp 60 Filmen mit. Die Rolle als Westernheld – wie hier in *Law and Order* (1937) – stand ihm besonders gut. Foto: Pressefoto Kindermann / ullstein bild / Getty Images

Konnte das reichste Hundertstel der Amerikaner in den 1990er Jahren seinen Wohlstand um volle 10,1 Prozent vergrößern, stieg das Einkommen aller anderen in dieser Zeit nur um mickrige 2,4 Prozent.

Seitdem der Oberste US-Gerichtshof im Jahr 2010 die Obergrenze für private Spenden aufhob (Wahlkampfuwendungen seien eine Form freier Meinungsäußerung, so die Mehrzahl der Richter), ist die Demokratie endgültig zu einer Angelegenheit der Finanzmagnaten verkommen. So ließen Barack Obama und sein damaliger Herausforderer Mitt Romney sich den Wahlkampf 2012 jeweils mit über einer Milliarde US-Dollar finanzieren. Allein die drei großen amerikanischen Industriekomplexe Finanzen, Versicherungen und Immobilien gaben knapp 350 Millionen, die Wall Street 144 Millionen Dollar.

Insofern ist es nicht überraschend, dass der erste schwarze Präsident der USA in seinen zwei Amtszeiten vor allem damit beschäftigt war, den Status quo vor den Nachwehen des Finanzcrashs von 2008 zu bewahren. «Obwohl die Obama-Administration nicht der Verursacher der gigantischen Rettungsprogramme für die Wall-Street-Banken und den Versicherungsriesen AIG und seinesgleichen war, wurde sie zum obersten Verteidiger dieser Programme», schreibt der Journalist Lance Selfa in seinem Buch *The Democrats: A Critical History* (Die Demokraten: Eine kritische Geschichte).

Die Wall Street ist noch immer ein Spielcasino: Laut *New York Times* stieg das Durchschnittseinkommen der 100 bestbezahlten Bosse börsennotierter Unternehmen allein von 2012 bis 2013 um neun Prozent auf 13,9 Millionen US-Dollar. Der Durchschnittsamerikaner kann hingegen schon froh sein, wenn sein Einkommen nur stagniert und nicht sinkt. «Die mythologische Rolle der Demokraten als "Partei des Volkes", die sich gegen die "Partei der Reichen", die Republikaner, positioniert», fasst Selfa Obamas Amtszeit zusammen, «ist auf die Realität geprallt, in der die Demokraten eine der zwei großen Businessparteien im amerikanischen System sind.»

Keine Diskussion!

Obwohl sein Einfluss auf die Demokraten gleich Null ist, empfiehlt der Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO seinen Mitgliedern, 2016 Hillary Clinton zu wählen. Das liegt auch daran, dass wirklich progressive Drittparteien im Rennen um das Weiße Haus chancenlos sind. Ob Green Party, Reform Party oder Libertarian Party – Alternativen zu den beiden Großen gibt es genug – doch werden sie systematisch unterdrückt.

Am Beispiel der sogenannten TV-Duelle lässt sich das besonders gut illustrieren. Die Fernsehdebatten sind der politische Super Bowl. Hier können sich die Kandidaten einem Millionenpublikum vorstellen. Bis 1988 waren die TV-Duelle vom unparteiischen Bund Weiblicher Wähler (LWV) veranstaltet worden, der 1980 gegen den ausdrücklichen Wunsch von Jimmy Carter auch den unabhängigen Kandidaten John B. Anderson eingeladen hatte. Als die Wahlkampfteams von Ronald Reagan und Walter Mondale vier Jahre später gegen die vorgeschlagenen Podiumsgäste Einspruch einlegten, warf der LWV den beiden Kandidaten vor, schwierige Fragen ausweichen zu wollen.

Parteilose sind von den TV-Veranstaltungen so gut wie ausgeschlossen.

1988 rissen die beiden Großparteien mit der eigens gegründeten Kommission für Präsidentschaftsdebatten (CPD) die Ausrichtung der TV-Duelle an sich. Der LWV nannte die Änderung einen «Betrug am amerikanischen Wähler», die TV-Duelle würden zur «Wahlkampf-Farce, frei von Inhalt, Spontaneität und ehrlichen Antworten auf schwierige Fragen». So kam es auch. «Die Kommission tut, was man denen sagt», erklärte Scott Reed, der 1996 für Robert Doles Wahlkampf zuständig war.



Austauschbar sind die meisten US-Präsidenten. Titelseite von COMPACT 10/2013. Foto: Quele

Hochrangige ehemalige Parteifunktionäre der Demokraten und Republikaner leiten die CPD. Im Vorstand sitzen ausschließlich Vertreter der zwei großen Parteien. Um Überraschungen zu vermeiden, unterschreiben beide Seiten Geheimverträge, die den Ablauf der Debatten detailliert regeln. 2012 sickerte so ein Vertragsdokument an die Öffentlichkeit durch. Der Moderator darf demnach keine Folgefragen stellen. Die Kandidaten dürfen sich nicht gegenseitig befragen. Wenn ein Zuschauer von seiner genehmigten Frage abweicht, muss der Moderator sofort dazwischengehen. Wenn ein Zuschauer eine nicht abgesprochene Nachfrage stellt, muss sein Mikrofon ausgeschaltet werden.

Seitdem die Großparteien das Ruder in der Hand haben, erkaufen sich Großkonzerne wie Philip Morris und IBM direkten Zugang zu den Veranstaltungen. Im Jahr 2004 sollen laut dem Center of Public Integrity 93 Prozent der Einnahmen der Kommission auf nur sechs Spender zurückzuführen gewesen sein. Der CPD-Vorstand selbst ist eng mit privaten Wirtschaftsinteressen vernetzt. Wie George Farah in seinem Buch *No Debate* (Keine Diskussion) darlegt, sind viele Mitglieder Partner in Firmenanwaltskanzleien oder sind in der Versicherungs- und Pharmaindustrie beschäftigt. CPD-Vorstandschef Frank Fahrenkopf ist registrierter Lobbyist für die Investmentbanken Goldman Sachs und Merrill Lynch und

Auf das Geld kommt es an

Wahlkampfbudgets der US-Präsidentschaftskandidaten seit 1980 in Millionen US-Dollar (ohne Super-PACs)

Republikaner				Demokraten
98,7	Trump	2016	Clinton	374,6
449,9	Romney	2012	Obama	722,4
239,6	McCain	2008	Obama	759,8
367,2	Bush jun.	2004	Kerry	328,5
186,4	Bush jun.	2000	Gore	120,2
66,7	Dole	1996	Clinton	115,3
97,3	Bush sen.	1992	Clinton	107,8
67,5	Bush sen.	1988	Dukakis	77,3
57,7	Reagan	1984	Mondale	66,6
98,7	Reagan	1980	Carter	48,9

Stand: 21. Juli 2016

Quelle: statista

Grafik: COMPACT

war von 1995 bis 2013 der Vorsitzende des mächtigen Amerikanischen Glücksspielbunds. «Das sind die Typen», stellt Farah fest, «die entscheiden, wer am wichtigsten politischen Forum der Vereinigten Staaten von Amerika teilnehmen darf».

Das TV-Monopol

Drittparteikandidaten sowie Parteilose sind von den TV-Veranstaltungen so gut wie ausgeschlossen. Der letzte Präsidentschaftsbewerber, der weder Demokrat noch Republikaner war und dennoch zu einem großen TV-Duell geladen wurde, hieß Ross Perot. 1992 setzte sich der Parteilose unter anderem für eine protektionistische Wirtschaftspolitik und einen ausgeglichenen Haushalt ein. Der IT-Milliardär zog viele Nichtwähler auf seine Seite und erhielt volle 19 Prozent der Stimmen. Danach riegelte sich das schockierte Establishment gänzlich gegen Störenfriede ab.

Zuletzt hatte ein Unabhängiger vor 24 Jahren Aussicht auf das Präsidentenamt.

Um sich für die Teilnahme zu qualifizieren, muss ein Kandidat heute in fünf nationalen Umfragen bereits über 15 Prozent Wählerzuspruch erzielt haben. Ohne vorherige Unterstützung der Medien ist das eine absurd hohe Hürde. «Sie ist ein Instrument der zwei politischen Parteien, um abzusichern, dass die Präsidentschaft zwischen ihnen hin und her gereicht wird», kommentierte der Ex-Republikaner Pat Buchanan, der sich im Jahr 2000 für die Reformpartei um das Präsidentschaftsamt bewarb, die 15-Prozent-Regel.

Im selben Jahr war Ralph Nader, der Kandidat der amerikanischen Grünen, in der Lage, mit seiner Botschaft von sozialer Gerechtigkeit in kürzester Zeit riesige Veranstaltungsorte wie den New Yorker Madison Square Garden bis auf den letzten Platz zu füllen. Zehn Prozent Wählerzuspruch in bundesweiten Umfragen reichten jedoch nicht aus, um ihn die Bühne der nationalen Fernsehdebatten betreten zu lassen. Ein Fan schenkte Nader schließlich ein Zuschauerticket für eines der faden TV-Duelle zwischen dem Republikaner George W. Bush und dem Demokraten Al Gore. Drei Polizisten hinderten Nader sogleich daran, die austragende Universität von Massachusetts auch nur zu betreten. Green-Party-Kandidatin Jill Stein wurde 2012 bei ihrem friedlichen Versuch, einer Debatte zwischen Obama und Romney beizuwohnen, sogar in Handschellen abgeführt. ■

Die politischen Dynastien



Die Adams: John Adams, der zweite Präsident der Vereinigten Staaten, war der Vater des sechsten, John Quincy Adams.

Die Roosevelts: Theodor Roosevelt, der 26. US-Präsident, war der Cousin fünften Grades von Nummer 32, Franklin D. Roosevelt; zwei Söhne des Letzteren wurden Kongressabgeordnete.

Die Kennedys: Im späten 19. Jahrhundert stieg Patrick J. Kennedy als Senator in Massachusetts in die Politik ein. Sein Sohn wurde US-Botschafter in London, sein Enkel John F. Kennedy der 35. Präsident. Dessen Tochter Carolin ist heute Botschafterin in Japan, Neffe Joseph P. Kennedy sitzt im Kongress.

Die Bushs: Prescott Bush war Senator in Washington und in Geschäfte mit dem Dritten Reich verstrickt, sein Sohn George H. W. Bush wurde der 41. und sein Enkel George W. Bush der 43. Präsident. Jeb Bush wiederum ist der bislang einzige Republikaner, der zwei volle Amtszeiten als Gouverneur von Florida amtierte.

Jeb Bush (rechts) gab 2016 nach desaströsen Ergebnissen bei den Vorwahlen in Iowa und South Carolina bereits am 20. Februar auf.

Foto: picture alliance/dpa

... Tino Perlick ist COMPACT-Korrespondent und schreibt regelmäßig über US-Politik. Als Fulbright-Stipendiat verbrachte er ein Jahr seines Aufbaustudiums der Kulturwissenschaften an einem Liberal Arts College in Alabama. Zuvor hatte er unter anderem Amerikanistik und Soziologie in Krakau studiert.

Abgekartetes Spiel

_ von Max Z. Kowalsky

Außenseiter und Querdenker haben im US-Wahlsystem vor allem bei den Demokraten keine Chance: Auf dem Weg zur Präsidentschaftskandidatur werden sie von den Parteibossen regelmäßig sabotiert. Die Lieblinge des Establishments wie Hillary Clinton haben bei den Vorwahlen leichtes Spiel, dafür sorgt das System.



Alles im Griff: Hillary Clinton und ihre Tochter Chelsea auf dem Parteitag der Demokraten in Philadelphia am 28.7.2016.

Foto: picture alliance / dpa

Clinton hat nicht die erforderliche Mehrheit der Wahlmänner aus den Bundesstaaten bekommen.

Die viertägigen Nominierungsparteitage der Republikaner und Demokraten sind krönender Abschluss des Vorwahlkampfes und Start des eigentlichen Rennens um das Weiße Haus. Hier wählen die Delegierten den Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei. Bis zum Finale, wenn tausende rot-weiß-blaue Luftballons von der Decke gelassen werden, sind diese Veranstaltungen so vorhersehbar wie langweilig. Ausnahmen bestätigen die Regel: 2012 überraschte Clint Eastwood Zuschauer des republikanischen Parteikonvents mit einer improvisierten Live-Ansprache. Fast eine viertel Stunde lang plauderte Dirty Harry dabei zu einem leeren Stuhl, der für Barack Obama herhalten musste. Das konservative Urgestein konfrontierte den nicht anwesenden Amtsinhaber mit der Lage in Afghanistan, der Arbeitslosigkeit und der Frage, warum Anwälte besser keine Präsidenten sein sollten. Ein bizarres Schauspiel.

Vier Jahre später kürten die Delegierten am 19. Juli 2016 in Cleveland Donald Trump trotz massiven innerparteilichen Widerstands zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Eine Woche darauf nominierten die Demokraten ihrerseits Hillary Clinton. Im Gegensatz zu Trump war ihre Ernennung beschlossene Sache, bevor der Vorwahlkampf überhaupt losgegangen war.

Die Super-Wahlmänner

Clintons erbittertster Kontrahent, Wall-Street-Schreck Bernie Sanders, war von Anfang an chancenlos. Das zeigt ein Blick auf das Wahlsystem: Um zum Präsidentschaftskandidaten ernannt zu werden, benötigte ein Demokrat in diesem Jahr 2.382 von 4.763 Delegiertenstimmen auf dem Entscheidungsparteitag. Das Problem: Nur etwa 4.000 dieser Wahlmänner sind verpflichtet, für den Sieger der Vorwahl in ihrem jeweiligen Bundesstaat zu votieren. Die 712 sogenannten Superdelegierten sind dagegen in ihrer Entscheidung auf dem Nominierungsparteitag vollkommen frei. Dieser exklusive Partei-Adel kommandiert also rund ein Drittel der für die Nominierung benötigten Stimmen. Mit ihrer Unterstützung kann ein Kandidat auch dann das Rennen machen, wenn er bei den Vorwahlen nicht die Mehrheit in den Bundesstaaten bekommt. Das war bei Hillary Clinton der Fall, und so kam sie schon früh in eine Druckposition gegen Bernie Sanders: Bereits am 28. Oktober 2015 berichtete das Nachrichtenportal *Bloomberg*, dass sie mehr als 500 dieser Supermänner auf ihrer Seite hatte – ganze drei Monate vor der ersten Vorwahl! Clintons Kampagnenmanager Robby Mook prahlte in einem internen Memo: «Schon heute sind mehr Superdelegierte auf Hilarys Seite als ein Drittel aller am Super-Tuesday sowie in Iowa, New Hampshire, Nevada und South Carolina zu gewinnenden Delegierten.»

Die meisten Supermänner sind Parteibonzen mit engen Verbindungen zu den Clintons – wie Tonio Burgos, ein Pharmedlobbyist und Spendensammler Hilarys, oder Jeff Berman, der für die private Gefängnisindustrie und die Keystone XL-Pipeline in Washington Einfluss geltend machte, bevor er Lobbyist für eine internationale Wirtschaftskanzlei wurde. 2.814 Delegierte stimmten beim Parteikonvent in Philadelphia schließlich für die ehemalige First Lady, darunter 570 Superdelegierte. Ohne die Hilfe ihrer Freunde hätte Clinton, wie Sanders, die für die Nominierung notwendige Stimmenanzahl von 2.382 also verfehlt. Die Republikaner haben übrigens kein vergleichbares System.

Das demokratische Establishment hatte Sanders konsequent sabotiert, wie rund 20.000 E-Mails aus der Parteizentrale belegen, die Wikileaks im Juli 2016 veröffentlichte. So schlug der Finanzvorstand des Konvents, Brad Marshall, vor, in den religiösen Bundesstaaten Kentucky und West Virginia gezielt das Gerücht zu streuen, Sanders sei Atheist. Der stellvertretende Kommunikationschef Mark Pausenbach zog in einer E-Mail in Betracht, Journalisten zu überreden, Sanders Wahlkampf als «Schlamassel» zu diskreditieren.

Wall Street entscheidet

Vorwahlen wurden im frühen 20. Jahrhundert nach und nach eingeführt, um die Tauglichkeit eines Kandidaten beim Volk vor der eigentlichen Präsidentschaftswahl testen zu können. Doch zwischen 1912 und 1968 wurden die Gewinner dieser Basisausscheidung trotzdem nur weniger als jedes zweite Mal zum Präsidentschaftskandidaten gekürt. 1924 zum Beispiel gewann der vom Ku-Klux-Klan unterstützte Demokrat William Gibbs McAdoo zwar den Zuspruch von 59 Prozent der demokratischen Wählerschaft. Die Delegierten konnten sich jedoch weder auf ihn noch auf seinen Gegenkandidaten, den New Yorker Gouverneur Al Smith, einigen. Nach 16 Tagen und 102 erfolglosen Abstimmungen warfen schließlich beide Bewerber das Handtuch.

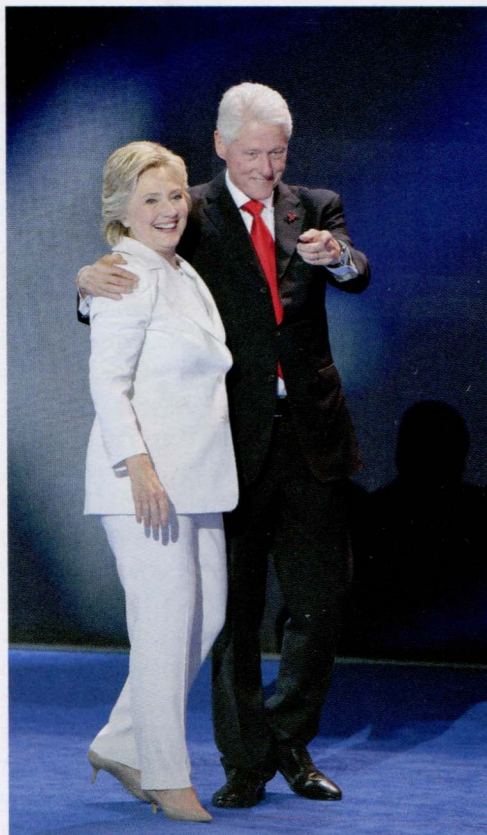
1912 bis 1968 wurden Vorwahlsieger weniger als jedes zweite Mal zu Präsidentschaftskandidaten gekürt.

20 Jahre später endete ein weiterer Parteitag der Demokraten mit einem Eklat. 1944 war es nicht die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten – der stand mit Amtsinhaber Franklin D. Roosevelt bereits fest –, sondern die Bestätigung des Vizepräsidenten, die die Gemüter hochkochen ließ. Dieser Mann, Agrarminister Henry A. Wallace, hatte schon 1940 von Roosevelt nur unter Androhung seines eigenen Rücktritts durchgesetzt werden können – er war nämlich der Wallstreet und ihren Lobbyisten unbequem. «Die demokratische Partei hat versagt», drohte Roosevelt den Delegierten, «wenn sie in die Kontrolle derer geraten ist, die im Sinne von Dollars denken, nicht im Sinne des Wertes eines Menschen.» Im Mai 1942 hielt Wallace eine vielbeachtete Rede: «Das Jahrhundert, welches wir betreten, das Jahrhundert, welches aus diesem Krieg hervortreten wird, kann und muss das Jahrhundert des Einfachen Mannes sein. (...) Es darf

weder militärischen noch ökonomischen Imperialismus geben.» Für Big Business stand danach fest: Wallace durfte nicht wieder Vizepräsident werden – denn das hätte ihm die Chance gegeben, den kranken Roosevelt im Todesfall zu beerben und selbst ins Weiße Haus einzuziehen.

Darum ging es im Machtkampf auf dem Parteikonvent im Juli 1944. Tatsächlich standen einer Gallup-Umfrage zufolge zunächst 65 Prozent der Wähler auf der Seite von Wallace. In ihrem Buch *The Untold History of the United States* (Die nicht erzählte Geschichte der Vereinigten Staaten) zeichnen Regisseur Oliver Stone und der Historiker Peter Kuznick nach, wie die Parteibosse die Mehrheitsverhältnisse doch noch umkehrten – durch Bestechung: «Abkommen wurden geschlossen. Positionen angeboten. Botschafterstellen. Postmeisterpositionen. Auszahlungen in bar. Die Bosse riefen alle Landesvorsitzenden einzeln an und erzählten ihnen, dass Roosevelt den Senator aus Missouri als seinen Vize wünscht.»

Mit dem «Senator aus Missouri» war Harry S. Truman gemeint, der tatsächlich die Position von Wallace übernahm. 82 Tage nach seiner Wiederwahl verstarb Roosevelt, und Truman wurde ins Präsidentenamt eingeschworen – von wo aus er wenig später den Abwurf der Atombomben auf Japan befahl. Heute ist Clinton die Wunschkandidatin der Mächtigen. Im Gegensatz zu Truman eilt ihr der Ruf der Zerstörerinnen bereits voraus. ■



Mogelpackung Bernie Sanders



War überhaupt etwas dran an der Sanders-Revolution? 2002 unterstützte der selbsternannte Sozialist eine Resolution, die Präsident George W. Bush die «uneingeschränkte Unterstützung und Anerkennung der Nation» zusicherte, und er stimmte für mehrere Mittelaufstockungen für die Kriege beziehungsweise für die Fortsetzung der Besatzung im Irak und in Afghanistan. Sanders verteidigte Israels Kriegseinsatz gegen den Gazastreifen im Jahr 2014 und kündigte an, Obamas Drohenprogramm fortzuführen. Seit 1990 schickten die Demokraten im Bundesstaat Vermont, wo Sanders als Unabhängiger für den Sitz im Senat kandidierte, keinen Gegenkandidaten mehr ins Rennen und ermöglichten diesem dadurch, gewählt zu werden. Ein Deal zum beiderseitigen Vorteil: «Unterm Strich votiert Bernie Sanders [im Senat] in 98 Prozent aller Fälle mit den Demokraten.» (Howard Dean, Vorsitzender des Demokratischen Nationalkomitees, 2006)

Bernie Sanders. Foto: Gage Skidmore/CC BY-SA 3.0/Wikimedia Commons

Bill Clintons gequältes Lächeln täuscht ebenso wie die weiße Weste seiner Gattin. Beide haben es faustdick hinter den Ohren. Foto: picture alliance / abaca

Max Z. Kowalsky ist Privatdozent und lebt in Genf. In COMPACT 05/2015 schrieb er über das transatlantische Knebelabkommen TTIP.

Wer auszählt, gewinnt

_ von Michael Parenti

George W. Bush ist durch systematischen Abstimmungsbetrug an die Macht gekommen. Nicht das Volk, sondern der Oberste US-Gerichtshof brachte ihn ins Weiße Haus. Vier Jahre später wurde der Urnengang erneut sabotiert. Eine Schlüsselrolle spielten automatische Wahlmaschinen republikanischer Hersteller.

Vier bis sechs Millionen Stimmen wurden in der 2000er Wahl nicht ausgezählt.

In einem der härtesten Kämpfe in der Geschichte Amerikas hing letztendlich alles vom Bundesstaat Florida ab. Die Rede ist von den Präsidentschaftswahlen zwischen dem demokratischen Vizepräsidenten Al Gore und dem republikanischen Gouverneur von Texas George W. Bush im Jahr 2000. Unabhängige Untersuchungen ergaben schwerwiegende Unregelmäßigkeiten, die sich vor allem gegen ethnische Minderheiten und Bürger mit niedrigem Einkommen richteten – also Menschen, die normalerweise für Demokraten stimmen. Etwa 36.000 Erstwähler wurden in den Wahllokalen abgewiesen, weil Floridas Innenministerin Kathleen Harris ihre Namen nie in die Wählerverzeichnisse hatte eintragen lassen. Harris überwachte den Wahlprozess, obwohl sie aktives Mitglied der landesweiten Wahlkampfkampagne von Bush jr. gewesen war.

Weitere Wähler wurden abgewiesen, weil sie als «verurteilte Straftäter» geführt wurden – fast ausnahmslos fälschlicherweise. In mehreren demokratischen Bezirken schlossen Staatsbeamte die Wahllokale frühzeitig, obwohl Wähler in langen Schlangen noch darauf warteten, ihre Stimme abgeben zu können.



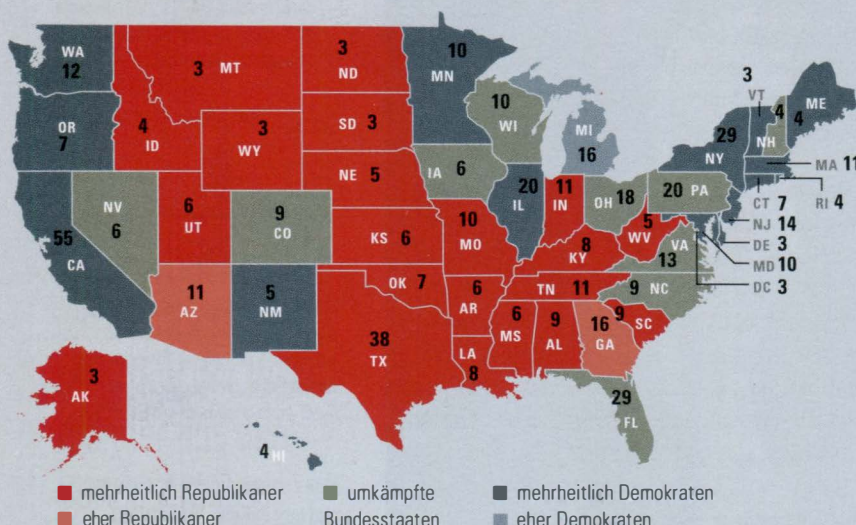
Strahlende Verlierer

Auf Anweisung von George Bushs Bruder, Gouverneur Jeb Bush, durchsuchten State Troopers der Landespolizei Florida stundenlang die Autos mutmaßlicher Wähler, sodass es zu erheblichen Verkehrsverzögerungen in der Nähe der Wahllokale kam. Das Gesetz in Florida erfordert nur einen Bildausweis. Doch in einigen Bezirken wurden zwei Ausweispapiere verlangt, die viele Bürger gar nicht besitzen. Diese kurz vor der Wahl eingeführte Anforderung stellte ein besonderes Problem für Ältere und Wähler mit niedrigem Einkommen dar, die keinen Führerschein oder kein zweites Ausweispapier mit Foto haben.

Zahlreiche Wahlurnen verschwanden ganz oder wurden später an merkwürdigen Orten gefunden. Aus einigen afroamerikanischen Wahlbezirken waren die Stimmzettel gar nicht erst abgeholt worden. Während der notwendigen Neuauszählung ließ die nationale Führungsriege der Republikaner Unruhestifter aus Washington nach Dale County einfliegen. Dort schufen sie eine Atmosphäre der Bedrohung. Sie stürmten das Wahlausschussbüro, schlugen und traten einen der Beamten und schlugen brüllend gegen Bürotüren. Daraufhin unterließ das Komitee die zweite Auszählung und akzeptierte das zweifelhafte Pro-Bush-Ergebnis.

Mit einer konservativen Mehrheit von fünf zu vier entschieden die Richter des Obersten Gerichtshofs fernab jeglicher Logik, dass eine vollständige

Politischer Frontverlauf _ Anzahl der Wahlmänner pro Bundesstaat



Grafik: COMPACT



Neuzählung der Stimmen in Florida eine Verletzung des 14. Zusatzartikels der Verfassung (Gleichheit des Schutzes der Gesetze) darstelle. Zu dieser Zeit lag Gore in Florida nur um ein paar hundert Stimmen zurück und gewann bei jeder begonnenen Neuzählung immer mehr an Boden. Indem sie eine vollständige Kontrollauszählung stoppten, schenken die Obersten Richter Bush Floridas Wahlmänner und somit die Präsidentschaft – eine gestohlene Wahl. Obwohl der Republikaner bundesweit 500.000 Stimmen hinter Gore lag, gewann er durch Florida die entscheidende Mehrzahl der Wahlmännerstimmen. Ähnliche Verstöße und Fehlbehandlungen von Wählern gab es auch in anderen Teilen des Landes. Eine Studie von Computer- und Sozialwissenschaftlern ergab, dass geschätzt vier bis sechs Millionen Stimmen in der 2000er Wahl nicht gezählt wurden.

Der zweite Streich

Der Wahlkampf im Jahr 2004 zwischen dem demokratischen Senator John Kerry und Präsident George W. Bush endete ebenfalls mit einer gestohlenen Wahl. An einigen Orten verschwanden erhebliche Mengen an Registrierungsformularen für Demokraten sowie Briefwahlunterlagen und provisorische Stimmzettel. In einigen Fällen wurden die Briefwahldokumente erst viel zu spät oder gar nicht versandt. Die Papiere für Wähler in Übersee, die eigentlich stets zuverlässig vom State Department [Außenministerium] verschickt werden, wurden 2004 unerklärlicherweise durch das Pentagon versandt. Etwa

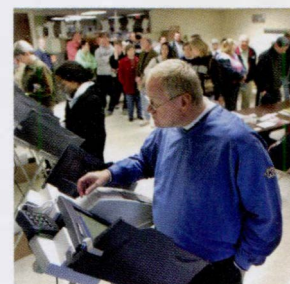
die Hälfte der sechs Millionen im Ausland lebenden amerikanischen Wähler haben daraufhin ihre Wahlscheine nie oder zu spät erhalten.

In Nevada sammelte die vom Republikanischen Nationalkomitee gegründete Gesellschaft Voter Outreach of America tausende Anmeldefomulare mit dem Versprechen ein, diese an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten, vernichtete dann aber systematisch die der demokratischen Wähler. Überall im Land wurden demokratischen Bezirken – die Rekordwahlbeteiligungen verzeichneten – Wahllokale und -maschinen in ausreichender Anzahl versagt. Zahlreiche Wahlmaschinen waren defekt. Viele Wähler gingen nach stundenlangem Warten unverrichteter Dinge nach Hause. Der bekannte politische Analyst und Autor Gregory Elich schickte mir diesen Bericht seiner Erfahrungen am Tag der Wahl:

«Ich weiß noch, wie überrascht ich war, als ich 2004 hier in Ohio vor der Arbeit wählen wollte. Normalerweise kann ich vor der Arbeit zum Wahllokal gehen, hineinlaufen und in weniger als zwei Minuten in einer Wahlkabine stehen – sogar bei Präsidentschaftswahlen. 2004 sah ich eine lange, gewundene Reihe von Menschen. Ich wartete 20 Minuten. Die Schlange bewegte sich kaum. Es stand fest, dass ich zu spät zur Arbeit kommen würde, also entschied ich, mir tagsüber eine Stunde freizunehmen. Ich dachte, mitten an einem Werktag wird die Schlange nicht so lang sein. Doch es war noch schlimmer. Es hat fast zwei Stunden gedauert.

Trio Infernale: George W. Bush, Colin Powell und Dick Cheney während des Wahlkampfes im Jahre 2000. Foto: picture-alliance / dpa

Viele Wähler gingen nach stundenlangem Warten unverrichteter Dinge nach Hause.



Wahlcomputer sorgten in den USA wiederholt für Unregelmäßigkeiten. Foto: picture-alliance / dpa

Trump warnt vor Betrug

Einen Tag nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, bei der Präsidentschaftswahl 2000 die Nachzählung in Florida zu stoppen, gestand Al Gore «im Namen unserer Einheit als Volk und der Stärke unserer Demokratie» ohne Murren seine skandalöse Niederlage ein. Vier Jahre später akzeptierte John Kerry seine angebliche Schlappe fast mit denselben Worten. Einen Tag nach der Wahl erklärte er, bereits mit Bush über die «Gefahr einer Spaltung in unserem Land und dem Bedürfnis, dem verzweifelten Bedürfnis, nach Einheit» gesprochen zu haben.

Einen solchen Kotau wird es von Donald Trump nicht geben: Einer seiner engen Vertrauten, Roger Stone, sagte im August 2016 dem Kongressnachrichtenportal *The Hill*, man bereite sich bereits auf den Widerstand gegen etwaigen Wahlbetrug vor: «Trump setzt die Menschen schon mal darüber in Kenntnis, dass er im Falle wesentlicher Hinweise – oder minder schwerer Hinweise – auf Wahlbetrug, falls die Wahl knapp ausgeht, die Ergebnisse anfechten wird.» Dies könne auf juristischem Weg oder durch den Aufruf zu «Massenprotesten» geschehen. Stone fügte hinzu: «Trump ist ein Kämpfer. Trump ist ein Raufbold. Niemand wird diese Wahl ungestraft von Trump stehlen.»

Bild oben rechts: Die in Palm Beach (Florida) eingesetzten Wahlkarten mit ihrem eigenwilligen Loch-System sorgten Anfang November 2000 für Verwirrung. Foto: Anthony, Public domain, Wikimedia Commons

Michael Parenti ist ein preisgekrönter US-amerikanischer Politikwissenschaftler, Historiker und Kulturkritiker. Er ist eine der führenden progressiven Stimmen der USA und Autor von über 20 Büchern über Politik, Imperialismus, Faschismus und Medienmacht. Der vorliegende Text ist eine gekürzte Übersetzung seines Artikels «The Stolen Presidential Elections». (michaelparenti.org)

ert, bis ich gewählt hatte. Meine Nachbarschaft ist zu 65 bis 70 Prozent afroamerikanisch.»

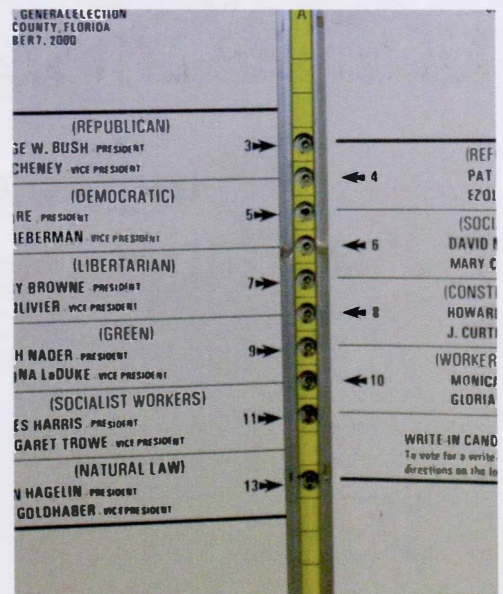
Die Wählerbefragung beim Verlassen der Lokale zeigte einen soliden Vorsprung Kerrys sowohl bei den Direktstimmen wie auch bei der Anzahl der Wahlmänner. Diese sogenannten Exit Polls sind eine besonders genaue Umfrageform, denn im Gegensatz zu anderen Befragungen richten sie sich an diejenigen, die eben erst ihre Stimme abgegeben haben. Die Republikaner behaupten, dass im Jahre 2004 die Exit Polls ungenau waren, da sie nur während der Morgenstunden erhoben worden waren, in denen Kerrys Wählerschaft besonders stark vertreten gewesen sei (offensichtlich besteht die Bush-Wählerschaft aus Langschläfern). Tatsächlich aber wurde die Befragung über den ganzen Tag verteilt vorgenommen, und auch die Ergebnisse vom Abend zeigten Kerry in Führung. Es wurde auch behauptet, dass mehrheitlich Kerry-favorisierende Frauen befragt worden oder große Teile der schweigsamen Republikaner weniger auskunftsfreudig gewesen seien als die schwatzhaften Demokraten. Für keine dieser abenteuerlichen Spekulationen wurden Beweise vorgelegt.

Auffällig ist, dass die Unterschiede zwischen den Exit Polls und den offiziellen Auszählungen fast immer zu Bushs Vorteil ausfielen. In New Hampshire kam es sogar zu einer nie zuvor gemessenen Abweichung von 9,5 Prozent. In Nevada, Ohio, New Mexico und Iowa ergaben die Exit Polls einen klaren Sieg für Kerry, doch die offizielle Auszählung endete in jedem einzelnen Fall zu Gunsten von Bush – ein rätselhaftes Ergebnis.

Technik, die begeistert!

Eine Erklärung für die merkwürdigen Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung liegt in dem weitverbreiteten Gebrauch von Wahlmaschinen mit Touchscreen. Diese Geräte produzierten Ergebnisse, die stets Bush bevorzugten und mit erschreckender Regelmäßigkeit den Exit Polls widersprachen.

Mit Einführung der Touchscreen-Wahl [der Wähler macht sein Kreuzchen durch Berühren der Bildschirmoberfläche des Wahlcomputers] hatten sich von der Norm abweichende Ergebnisse bei den Kongresswahlen gehäuft. In den Jahren 2000 und 2002 führten die Wettkämpfe um den Senat und das Repräsentantenhaus sowie die Parlamentswahlen in North Carolina, Nebraska, Alabama, Minnesota und Colorado zu verwirrenden und dramatischen Ergebnissen – stets auf Kosten der Demokraten, die in Umfragen jedes Mal weit vorn gelegen hatten. In New Mexico verlor Kerry in allen Bezirken, in denen mit Touchscreen abgestimmt wurde, unab-



hängig von Einkommen, Ethnie oder dem bisherigen Wahlverhalten der dortigen Bevölkerung. Die einzige Gemeinsamkeit, die stets mit Verlusten in diesen Bezirken verbunden war: die Verwendung der Touchscreen-Maschinen.

In Georgia wurden 2002 ausschließlich Maschinen des Herstellers Diebold verwendet. Der Gouverneur und der Senator von Georgia, beides Demokraten und beide in den Umfragen direkt vor den Wahlen ganz weit vorn, verloren erstaunlicherweise mit zweistelligem Rückstand. In einigen Bezirken von Texas, Virginia und Ohio drückten Wähler zwar den Namen des demokratischen Kandidaten auf dem Bildschirm, stimmten dabei aber tatsächlich für den Republikaner. Umgekehrt ist dies niemals passiert. Im Bezirk Cormack in Texas gewann jeder der drei republikanischen Kandidaten den Touchscreen-Wettbewerb um exakt 18.181 Stimmen, was statistisch nahezu unmöglich ist.

Mit Einführung der Abstimmungscomputer häuften sich von der Norm abweichende Ergebnisse.

Firmen wie Diebold, Sequoia und ES&S, die die Touchscreen-Maschinen vertreiben, gehören militanten Unterstützern der Republikanischen Partei. All diese Firmen haben sich stets geweigert, die geheime Software ihrer Wahlmaschinen von Wahlbeamten auswerten zu lassen. Offensichtlich sind Handelsgeheimnisse wichtiger als Wählerrechte. Im Ergebnis haben Konzerne das Wahlsystem privatisiert und somit anfällig für manipulierte Ergebnisse gemacht. Caveat emptor – möge der Käufer sich in Acht nehmen. ■

Einsame Entscheidungen

— von Tino Perlick

Über 120 Mal schickten US-Präsidenten auf eigene Faust Truppen in bewaffnete Einsätze. Aufgrund erschlicher Vollmachten kann das Staatsoberhaupt selbst weitreichende Gesetze erlassen. Der entmachtete Kongress nimmt die verfassungsfeindliche Praxis hin.

Bevor er der 16. Präsident der USA wurde, schrieb Abraham Lincoln an seinen Freund William Herndon: «Könige haben stets ihr Volk in Kriege verwickelt und es somit arm gemacht. Dabei gaben sie für gewöhnlich, wenn nicht jedes Mal, das Wohl des Volkes als Gegenstand ihres Handelns an. Unsere Konvention von Philadelphia fasste dies als die schwerwiegendste aller königlichen Unterdrückung auf und hat die Verfassung derart gestaltet, dass kein Mann allein die Macht innehaben solle, diese Unterdrückung auf uns herabzubringen.»

Als die Delegierten der aus zwölf Bundesstaaten bestehenden Vereinigten Staaten von Amerika 1787 in Philadelphia die Verfassung schrieben, wiesen sie dem Präsidenten die Rolle des Oberbefehlshabers zu. In Artikel 1, Abschnitt 8, heißt es jedoch unzweideutig: «Der Kongress hat das Recht, Krieg zu erklären, Kaperbriefe auszustellen und Vorschriften über das Prisens- und Beuterecht zu Wasser und

zu Lande zu erlassen.» Seit über 200 Jahren ignorieren US-Präsidenten die Verfassung und schicken das Militär in Konflikte, ohne den Rat von Repräsentantenhaus und Senat einzuholen: Aus den zwölf Bundesstaaten ist ein Imperium geworden, dessen Geschichte ein blutiges Kapitel nach dem anderen enthält.

Auf leisen Sohlen in den Krieg

1801 entsandte Thomas Jefferson eine Flotte ins Mittelmeer, um amerikanische Handelsschiffe vor Piraten aus den Regentschaften Tripolis und Marokko zu schützen. Der Kongress autorisierte den Einsatz, aus dem ein vier Jahre währender Konflikt wurde, erst im Nachhinein. Seitdem ist es zum Normalfall geworden, dass der Präsident militärische Maßnahmen ergreift und die Abgeordneten und Senatoren erst hinterher um Erlaubnis fragt. 1810 befahl James Madison der Armee selbstherr-

«Eine kleine Gruppe in Washington führt Krieg – ohne Aufsicht der Regierung oder Einverständnis des Volkes.»

Daniel L. Davis

Der Name Kapitol leitet sich vom Kapitولينischen Hügel in Rom ab. Zu Zeiten des Imperiums wurden dort unter anderem Todesurteile vollstreckt. Foto: picture alliance / dpa



COMPACT **Edition**

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Ausgabe Nr. 2 | 8,80 EUR (D) · www.compact-online.de

Schwarzbuch Lügenpresse



**Wie uns Medien und Politiker
für dumm verkaufen**

Propaganda und Gleichschaltung – Dokumente aus der Einheitspresse
So werden wir bei Themen wie Einwanderung, Kriminalität, Russland und Euro manipuliert

Bestellung unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
shop@compact-magazin.com · shop.compact-magazin.com

Wer COMPACT jetzt abonniert, kann «Schwarzbuch Lügenpresse» als Gratis-Prämie dazubestellen.

lich, spanische Gebiete in Westflorida anzugreifen. Auch Andrew Jackson entsandte das Militär wiederholt, um amerikanische Ureinwohner von ihrem Land zu vertreiben.

Zwischen 1898 und 1903 massakrierten US-Streitkräfte fast eine Viertel Million Filipinos, darunter 200.000 Zivilisten. Der Kongress hatte den grausamen Unterdrückungskrieg William McKinleys ebenso wenig autorisiert wie Dutzende zu Beginn des 20. Jahrhunderts von immer imperialer agierenden Präsidenten befohlene Militäreinsätze zur Zerschlagung von Aufständen. Der hochdekorierte General Smedley Butler bilanzierte: «1914 half ich, Mexiko sicher für amerikanische Öl-Interessen zu machen. Ich half dabei, Haiti und Kuba aufzuräumen, damit die Jungs der National City Bank dort Umsatz machen können. Ich half beim Raubzug in einem halben Dutzend zentralamerikanischer Republiken zugunsten der Wall Street.»

«Die moderne Präsidentschaft kommt einer gewählten Diktatur gefährlich nahe.» Ron Paul

Während des Kalten Krieges wurde der Kongress noch dreister umgangen. Beim Einstieg in den Koreakrieg (1950 bis 1953) spielten die Volksvertreter überhaupt keine Rolle mehr. Senat und Repräsentantenhaus bevollmächtigten 1964 Lyndon B. Johnson zwar, Truppen nach Vietnam zu schicken. Doch die zugrunde liegende Erklärung, ein US-Zerstörer sei von einem nordvietnamesischen Patrouillenschiff beschossen worden, war eine glatte Täuschung. Nachdem der Kongress Ende der 1970er Jahre die Finanzierung und Bewaffnung rechtsgerichteter Rebellen in Nicaragua verboten hatte, leitete die skrupellose Regierung Ronald Reagans heimlich Einnahmen aus illegalen Waffenverkäufen an den Iran an die sogenannten Contras weiter (siehe auch Seite 40 bis 43).

Verrat der Volksvertreter

1973 verabschiedete der Kongress gegen den Widerstand Richard Nixons die War Powers Resolution. Ihr zufolge muss der Präsident beide Kammern innerhalb von 48 Stunden über die Entscheidung des Militärs informieren. Dauert ein Einsatz länger als 60 Tage, muss der Kongress ihn autorisieren oder offiziell Krieg erklären. Unter anderem verletzte Bill Clinton diese Resolution, als er 1999 monatelang Jugoslawien bombardieren ließ. Barack Obamas Luftangriffe auf Libyen 2011 stellten einen weiteren Verstoß dar, da auch sie die Frist über-



schritten. Der republikanische Abgeordnete Dan Burton tobte: «Der Präsident ist kein König, und er sollte sich nicht wie einer aufführen.» Demokrat Brad Sherman befand, es sei Zeit, «damit aufzuhören, die Verfassung der USA zu schreddern». Doch dies waren Einzelstimmen.

Insgesamt 58.000 US-Soldaten bezahlten das Vietnam-Abenteuer Washingtons mit dem Leben. Hier die 173. Luftbrigade 1965 bei Bien Hoa. Foto: picture alliance / AP Images

Der Großteil des Kongresses lässt sich von Spendern aus der Rüstungs- und Finanzindustrie gut dafür bezahlen, auf seine wichtigsten verfassungsrechtlichen Pflichten zu verzichten, und mischt sich in Fragen «nationaler Sicherheit» nicht länger ein. Heute ist undenkbar, dass der Kongress von seiner Kompetenz Gebrauch macht, Militäreinsätze die Finanzierung zu kappen – so geschehen 1974, als die Abgeordneten de facto Gelder für den Vietnamkrieg verweigerten.

Der pensionierte Oberstleutnant Daniel L. Davis schrieb im Mai 2016 auf dem militärpolitischen Nachrichtenportal *The National Interest*: «Die derzeitige Politik besteht darin, tödliche Militärgewalt gegen feindliche Ziele in Form von Luftangriffen und Drohnen anzuwenden, geheime Operationen durch Spezialeinheiten zu befehlen und Truppen für Training und Beratung von freundlichen Kräften im Irak und in Syrien aufmarschieren zu lassen.» Davis fuhr fort: «Eine kleine Gruppe von Menschen in Washington führt Krieg ohne Aufsicht der restlichen Regierung oder Einverständnis des Volkes, in dessen Namen sie dienen.»

Die Bombardierung Syriens 2011 rechtfertigt Obama mit dem Gesetz Authorization for the Use of Military Force (Genehmigung zum Einsatz militärischer Gewalt). Es stellt dem Präsidenten die Vollmacht aus, «notwendige und angemessene Ge-



COMPACT Spezial Nummer 6 gibt es für 9,90 Euro im COMPACT-Shop.
Foto: COMPACT

Völkermord an den Indianern



Auf dem Gebiet der heutigen USA lebten bei Landung der ersten weißen Siedler 1620 etwa 900.000 Indianer. 1901 waren die Ureinwohner auf 270.000 dezimiert. In Kalifornien gab es 1848, als der Goldrausch begann, 100.000 Ureinwohner; 1859 hatten die Eindringlinge sie auf 30.000 heruntergeschlachtet, 1895 waren noch 15.000 übrig; 1911 stolperte der letzte Ureinwohner des Landes auf einen Hof und wurde als lebendiges Museumsstück ausgestellt. Erst 2009 entschuldigte sich eine US-Regierung für den Genozid; eine zentrale Gedenkstätte gibt es bis heute nicht.

walt» gegen jeden einzusetzen, der seinem Ermessen nach die Angriffe am 11. September 2001 «geplant, autorisiert, durchgeführt oder unterstützt» oder solchen Personen oder Gruppen geholfen hat. Ein traumatisierter Kongress hatte diese Verfügung drei Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verabschiedet. Im Oktober 2002 autorisierten die Abgeordneten die Invasion in den Irak. Einer der wenigen Gegner, Senator Robert Byrd, kommentierte später: «Diese Kammer ist zum meisten Teil unheilvoll und furchtbar schweigsam. Man kann eine Stecknadel fallen hören. (...) Eine Diskussion gibt es nicht. Einen Versuch, der Nation die Vor- und Nachteile dieses speziellen Krieges darzulegen, gibt es nicht. Da ist gar nichts.»

Diktatur des Weißen Hauses

Neben den Kriegsermächtigungen haben die US-Präsidenten im Laufe der Geschichte noch ein weiteres Instrument immer exzessiver eingesetzt, um demokratische Kontrolle auszuschalten: sogenannte Exekutivbefehle, die in der Verfassung nicht erwähnt sind. Ursprünglich sollte der Präsident mittels dieser Dekrete lediglich vom Kongress verabschiedete Gesetze an die ihm direkt Unterstellten weiterleiten. Es ist jedoch längst gang und gäbe für den Oberbefehlshaber geworden, mit diesem Mittel selbst Gesetze zu machen – am Kongress vorbei.

So schuf Bill Clinton per Exekutivbefehl eine neue Bundesbehörde, die gegen den Willen des Senats Verträge der Vereinten Nationen in den USA implementiert. Johnson zauberte auf diese Art die Warren-Kommission aus dem Hut, die die Hintergründe des Attentats auf seinen Vorgänger, John F. Kennedy, verschleierte. Im Zweiten Weltkrieg veranlasste Franklin D. Roosevelt per Edikt die Internierung von Amerikanern japanischer Herkunft.

Der ehemalige Abgeordnete von Texas, Dr. Ron Paul, erklärte 2012, Exekutivbefehle «höhlen die Prinzipien von Gewaltenteilung und gegenseitiger Kontrolle eindeutig aus. Dadurch kommt die moderne Präsidentschaft einer gewählten Diktatur gefährlich nahe.» Tatsächlich sind die präsidentialen Erlasse äußerst schwierig zu kippen. Der Kongress kann dies zwar beschließen, aber der Präsident kann den Beschluss mit seinem Veto außer Kraft setzen. Dieses wiederum kann vom Kongress nur mit einer Zweidrittelmehrheit aufgehoben werden – was so gut wie ausgeschlossen ist. Der Oberste Gerichtshof kann die Ordnern ebenfalls aufheben und tut dies auch hin und wieder – in Fragen Nationaler Sicherheit hält er sich jedoch ebenso zurück wie der Kongress.

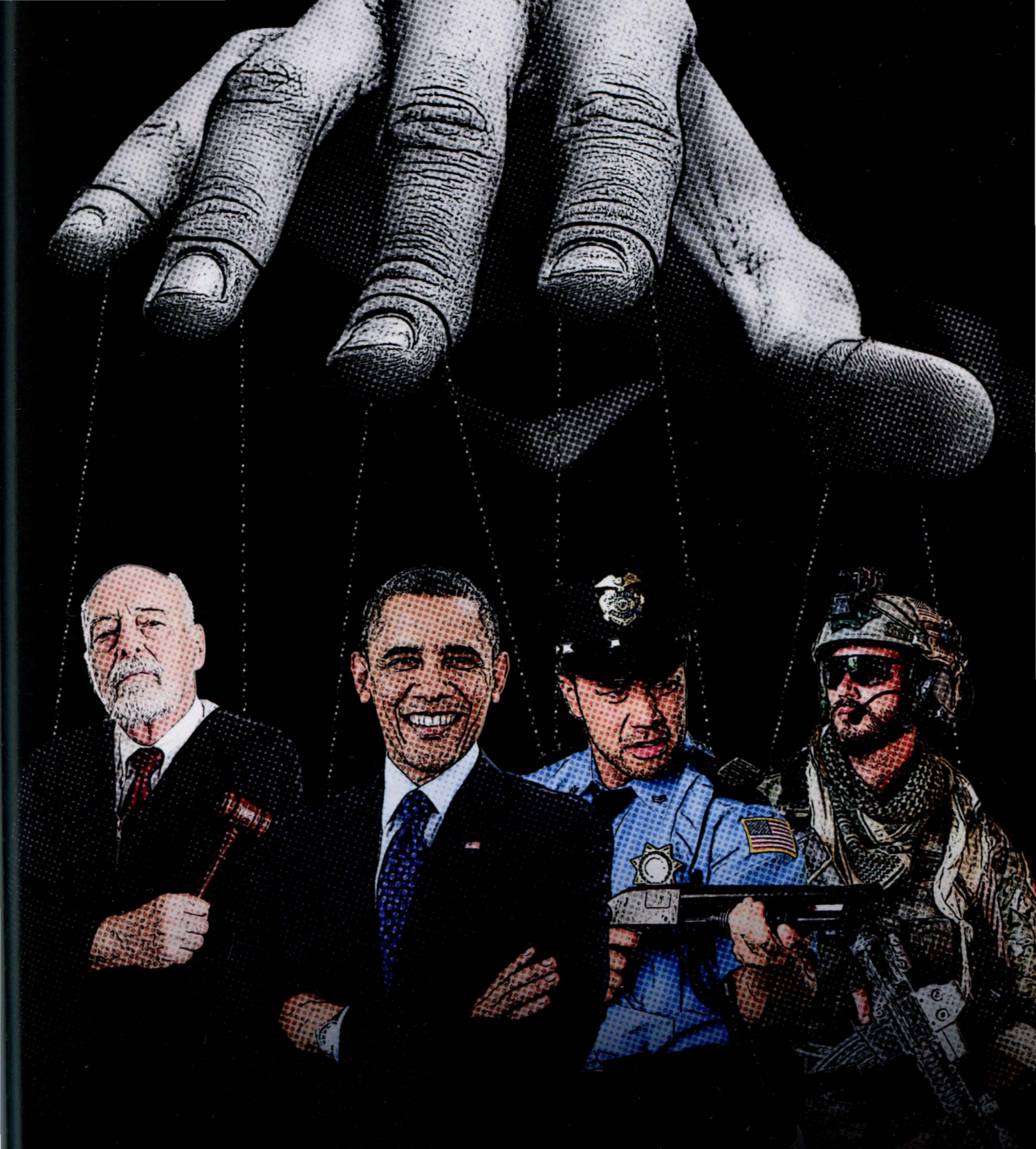
«Obama besitzt nun die potentielle Macht eines Diktators.»

Washington Post

Deswegen ist bis heute die Executive Order 13603 in Kraft, welche Obama am 16. März 2012 unterzeichnet hat. Das Wirtschaftsportal *forbes.com* beschrieb das zehnteilige Dokument als «Blaupause für die Übernahme der Wirtschaft durch die Regierung». Dem Erlass «National Defense Resources Preparedness» (Ressourcenbereitschaft zur Landesverteidigung) zufolge fallen im Zuge eines Krieges oder nationalen Notstands so gut wie alle Bereiche des öffentlichen Lebens unter die Befugnis des Präsidenten. Die *Washington Post* schrieb dazu am 22. März 2012: «Nahrungsmittel, Nutztiere, landwirtschaftliches Gerät, Produktion, Industrie, Energie, Transport, Krankenhäuser, Einrichtungen für die Gesundheitsfürsorge, Wasserressourcen, Verteidigung und Bauwesen – alles könnte unter die volle Kontrolle von Mr. Obama fallen.» Der Autor der *Post* fasst zusammen: «Kurz gesagt, stattet der Befehl Mr. Obama mit der Möglichkeit aus, Kriegsrecht auszurufen. Er besitzt nun die potentielle Macht eines Diktators.» ■

Bild oben: Freckle Face, Arapaho-Frau, 1898. Foto: Public Domain, Wikimedia; Bild unten: Wie ein Kriegsheld inszenierte sich George W. Bush am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln. Foto: Reuters





Die Schattenregierung

Ein geheimer Staat im Staate hält die Vorzeigedemokratie im Würgegriff. Die Strippenzieher kontrollieren den Dollar, die Wall Street und die Geheimdienste. Ihre Blutspur zieht sich vom Mord an John F. Kennedy bis zu 9/11. Die neue NS-Diktatur ist die NSA-Diktatur.



Anatomie des Tiefen Staates

_ von Mike Lofgren

Unser Autor arbeitete 28 Jahre im US-Kongress. Er beobachtete, wie ein unsichtbares Netzwerk die Macht an sich riss und das Land ruiniert. Diese Schattenregierung reicht von offiziellen Sicherheitsbehörden über die Wall Street bis ins Silicon Valley.

Der Staat im Staat
operiert größtenteils ganz offen.

Es gibt die sichtbare Regierung, die ihren Sitz gut erkennbar an der Promenade in Washington hat, und dann gibt es noch eine andere, schattenhafte, undefinierbare Regierung im Hintergrund, über die im Staatskundeunterricht nichts zu erfahren ist. Auch Touristen des Weißen Hauses oder des Kapitols können sie nicht wahrnehmen. Die sichtbare Regierung ist die herkömmliche Washingtoner Parteipolitik: die Spitze des Eisbergs, die Zuschauer der Nachrichtenkanäle täglich zu Gesicht bekommen und die theoretisch durch Wahlen kontrollierbar ist. Den unter der Oberfläche liegenden Teil des Eisbergs nenne ich den Tiefen Staat. Der funktioniert gemäß seines eigenen Kompasses, ohne Rücksicht darauf, wer gerade formal an der Macht ist.

Präsident Barack Obama kann seine innenpolitischen Ziele und Entscheidungen über den Staatshaushalt nicht umsetzen: Die ständigen Verzögerungstaktiken der Republikaner haben nicht nur ver-

hindert, dass er die vielen offenen Stellen in den Bundesgerichten besetzen konnte. Er war noch nicht einmal in der Lage, die harmlosesten Amtsträger durchzusetzen. Trotz dieser scheinbaren Ohnmacht kann Obama aber amerikanische Staatsbürger ohne Gerichtsprozess liquidieren, Gefangene ohne Anklage so lange festhalten, wie er will, das amerikanische Volk ohne richterliche Ermächtigung im großen Stil ausspionieren, und eine – zumindest seit der McCarthy-Ära [Anfang der 1950er Jahre] – nie dagewesene Hexenjagd auf Bundesangestellte veranlassen (mit einem Programm gegen Whistleblower). Innerhalb der Vereinigten Staaten ist diese Macht durch massive Zurschaustellung einschüchternder Gewalt mittels militarisierter Polizei gekennzeichnet, sowohl auf Bundes-, als auch auf Staats- und Kommunalebene. Im Ausland kann Obama nach Belieben Kriege anzetteln und, ohne den Kongress um Erlaubnis fragen zu müssen, praktisch alles Mögliche anzetteln, zum Beispiel die erzwungene Landung eines Flugzeugs, in dem sich ein souveränes Staatsoberhaupt befindet, auf fremdem Boden. [Anspielung auf die erzwungene Landung des bolivianischen Staatsoberhauptes Evo Morales 2013 in Wien – wegen des Verdachts, in der Maschine sei auch Edward Snowden.]

Glanz und Pomp der US-Politik täuschen: Die eigentlichen Machtzentren liegen anderswo. Foto: Phil Roeder, CC BY 2.0, flickr.com



Bomben statt Brücken

Es handelt sich hierbei nicht um vereinzelte Widersprüche; doch die Vorfälle sind so weit verbreitet, dass man sie wie Hintergrundrauschen einfach ignoriert. Als im Jahre 2011 das Erreichen der Schuldenobergrenze die Regierungsgeschäfte in Washington zu lähmen begann, gelang es der Regierung der Vereinigten Staaten dennoch irgendwie, die Mittel zusammenzukratzen, um das Gaddafi-Regime in Libyen zu stürzen. Und als das Folgechaos nach Mali überschwappte, konnte man bei der französischen Intervention offen und verdeckt Hilfe leisten. Zu einer Zeit, als angesichts der Haushaltskrise erhitzte Debatten über die Fortsetzung von Fleischinspektionen und zivilen Luftfahrtkontrollen geführt wurden, brachte es unsere Regierung irgendwie fertig, 115 Millionen Dollar für die Fortsetzung eines Bürgerkriegs in Syrien zu überweisen und für mindestens 100 Millionen Pfund an die britische Geheimdienstzentrale Einfluss und Zugang zu Geheiminformationen zu erkaufen.

Seit 2007 sind in den USA wegen mangelhafter Wartung der Infrastruktur zwei Autobahnbrücken eingestürzt. Bei einem Zusammenbruch kamen 13 Menschen ums Leben. In derselben Zeit gab die Regierung 1,7 Milliarden Dollar für den Neubau eines Gebäudes in Utah aus, das so groß ist wie 17 Fußballfelder. Dieser gigantische Bau soll der NSA ermöglichen, ein Yottabyte an Daten zu spei-

chern. Das ist so viel wie eine Trillion Seiten Text. Den Speicherplatz brauchen sie, um jede einzelne Spur Ihres elektronischen Lebens zu archivieren.

Ja, es gibt noch eine andere Regierung hinter der, die man an beiden Enden der Pennsylvania Avenue sehen kann: ein hybrides Gebilde, das aus öffentlichen und privaten Einrichtungen besteht; das bei der Steuerung des Landes einem gleichmäßigen Schema folgt, egal welche Partei gerade an der Macht ist; das mit der sichtbaren Regierung, die von uns gewählt wird, zwar verbunden ist, aber nur phasenweise von ihr kontrolliert wird. Ich will mit meiner Analyse dieses Phänomens hier nicht der Hypothese einer geheimen Verschwörung das Wort reden; der Staat im Staat operiert größtenteils ganz offen, und seine Mitarbeiter agieren im Licht der Öffentlichkeit. Es wäre auch unrichtig, diese Regierung als «Establishment» zu bezeichnen. Komplexe Gesellschaften haben immer ein Establishment, also ein soziales Netzwerk, das vornehmlich die Selbstbereicherung und die eigene Machterhaltung im Blick hat. Was das Ausmaß, die finanziellen Mittel und den globalen Einflussbereich dieses hybriden Staats betrifft, so ist dieser amerikanische Tiefe Staat jedoch eine Klasse für sich.

Das Geschäft mit der Sicherheit

Der Tiefe Staat besteht nicht aus der gesamten Regierung. Es handelt sich um ein hybrides Gebilde aus nationalen Sicherheitsagenturen und Behörden zum Gesetzesvollzug: das Verteidigungsministerium, das Außenministerium, die Heimatschutzbehörde, die CIA und das Justizministerium. Ich rechne auch das Finanzministerium dazu, weil es die Rechtsprechung über Geldtransfers und internationale Wirtschaftssanktionen regelt und in einem



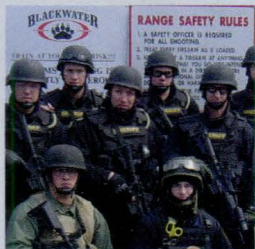
2011 erschienen – und schnell vergriffen. Foto: Kai Homilius-Verlag

Private Auftragnehmer geben jetzt den politischen und sozialen Ton in Washington an.

Sieht fast aus wie das Kabinett: Obama mit den Konzernchefs unter anderem von Twitter, Google und Apple 2013 im Weißen Haus.
Foto: picture alliance / abaca



Privatarmeen des Tiefen Staates



Im Unterschied zur Zeit des Kalten Krieges sind außerhalb von Pentagon und CIA veritable Privatarmeen entstanden. Allein Blackwater hatte im Jahr 2006 23.000 Söldner in neun Ländern im Einsatz und verfügt über eine Datenbank von weiteren 21.000 Kräften, auf die es im Bedarfsfall zurückgreifen könnte. Ein gefährlicher Präzedenzfall wurde nach der Katrina-Katastrophe in New Orleans im Jahre 2005 geschaffen, als Blackwater erstmals im Inland eingesetzt wurde – zur Sicherung von Wohnvierteln gegen Plünderer. Der Auftrag kam vom Heimatschutzministerium. Alle Einsatzkräfte waren schwer bewaffnet, zum Teil mit M4-Sturmgewehren, die 900 Schuss pro Minute abfeuern können. Und das, obwohl Polizeichef Eddie Compass erklärt hatte: «Nur Polizeibeamten ist das Tragen von Waffen erlaubt.» In der linksliberalen Zeitschrift *The Nation* schrieb Christian Parenti: «Die Rettungsbemühungen gewinnen immer mehr die Züge eines urbanen Kriegsspiels. Die Phantasien eines totalen Siegs, der sich in Bagdad nicht einstellen will, werden hier in New Orleans Wirklichkeit. Man könnte meinen, der Tigris und nicht der Mississippi habe die Stadt überflutet.»

Blackwater-Söldner.

Foto: securityassistance.org

sympiotischen Verhältnis zur Wall Street steht. Koordiniert werden all diese Behörden und Ministerien vom Exekutivbüro des Präsidenten, über den Nationalen Sicherheitsrat.

Einige Schlüsselbereiche der Justizgewalt gehören ebenfalls zum Tiefen Staat, zum Beispiel das Gericht zur Überwachung der Auslandsgeheimdienste (FISC), dessen Aktivitäten selbst den meisten Kongressmitgliedern ein Rätsel sind. Dazu gehört auch eine Handvoll wichtiger erstinstanzlicher Bundesgerichte, wie zum Beispiel der Eastern District of Virginia und der Southern District of Manhattan. Sie entscheiden über heikle Fälle in nationalen Sicherheitsangelegenheiten. Der letzte Arm, der in die Regierung eingreift, aber nicht offiziell zu ihr gehört, ist eine Art Rumpfkongress, der aus der Kongressführung und einigen (aber nicht allen) Mitgliedern der Verteidigungs- und Geheimdienstausschüsse besteht. Der übrige Teil des meist zänkischen, parteilichen Kongresses ist sich nur phasenweise der Existenz des Tiefen Staates bewusst.

Die Manager der Finanzriesen genießen sogar de facto Immunität vor dem Gesetz.

Der Tiefe Staat besteht nicht nur aus Regierungsbehörden. Was man euphemistisch «Privatwirtschaft» nennt, ist integraler Bestandteil dieser Operationen. In der Sonderserie der *Washington Post* «Top Secret America» haben Dana Priest und William K. Arkin das Ausmaß des privatisierten Tiefen Staates – und wie er sich nach dem 11. September 2001 wie ein Krebsgeschwür ausbreitete – beschrieben. Jetzt gibt es über 854.000 Vertragsarbeiter mit höchster Sicherheitsermächtigung

– das ist mehr als die Anzahl der in der Regierung Beschäftigten. Obwohl sie überall im ganzen Land und in der Welt tätig sind, ist ihre geballte Präsenz in und um die Washingtoner Vororte nicht zu übersehen: Seit 9/11 wurden 33 Einrichtungen für Top-Secret-Nachrichtendienste gebaut oder sind im Bau. Zusammengekommen belegen sie beinahe so viel Nutzfläche wie drei Pentagons – circa 1,6 Millionen Quadratmeter. Siebzig Prozent des Budgets der Geheimdienste gehen für private Auftragnehmer drauf.

Die Membran zwischen Regierung und Industrie ist extrem durchlässig: Der Nationale Geheimdienstdirektor, James R. Clapper, ist ein ehemaliger Manager von Booz Allen Hamilton, einem der größten geheimdienstlichen Auftragnehmer der Regierung. Sein Vorgänger war Admiral Mike McConnell, der jetzt Vizevorsitzender von Booz Allen ist. Die Firma ist zu 99 Prozent von Regierungsgeschäften abhängig. Diese Auftragnehmer geben jetzt den politischen und sozialen Ton in Washington an, genauso wie sie zunehmend die Richtung für das ganze Land vorgeben. Aber sie tun dies leise, ihr Tun wird in den Kongressprotokollen und Bundesregistern nicht erwähnt. Anhörungen über ihre Aktivitäten finden so gut wie nicht statt.

Big Money und Big Data

Washington ist der wichtigste Knotenpunkt des Tiefen Staates, der in Amerika die Macht übernommen hat, doch nicht der einzige. Unsichtbare Fäden aus Geld und Ehrgeiz verbinden die Stadt mit anderen Zentralen. Eine davon ist die Wall Street: Sie stellt das Bargeld bereit, das die Politmaschinerie ruhig hält und die Menschen mit Marionettentheater ablenkt. Sollten Politiker einmal ihren Text vergessen und den Status quo in Frage stellen, flutet die Wall Street die Stadt mit Bargeld und Anwälten, um die Gekauften an ihr Eigeninteresse zu erinnern.



Zu 9/11 gibt es bis heute vor allem offene Fragen.

Foto: picture alliance / dpa



Die Manager der Finanzriesen genießen sogar de facto Immunität vor dem Gesetz. Am 6. März 2013 machte Generalbundesanwalt Eric Holder folgende Aussage vor dem Rechtsausschuss des Senats: «Ich finde es besorgniserregend, dass einige Institutionen so groß werden, dass es für uns durchaus schwierig wird, sie gerichtlich zu belangen, wenn wir Anzeichen dafür sehen, dass Strafverfolgung, eine Anklage, negative Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft, vielleicht sogar auf die Weltwirtschaft haben könnte.» Es wäre nicht übertrieben, die Wall Street als ultimativen Eigentümer des Tiefen Staates und seiner Strategien zu bezeichnen – schon allein deshalb, weil sie über das Geld verfügt, Regierungsbeamte mit einer zweiten, lukrativen Karriere zu belohnen, die jenseits jeder Vorstellungskraft ist – mit Sicherheit jenseits der eines gewöhnlichen Regierungsangestellten.

Nach Edward Snowdens Enthüllungen über Ausmaß und Tiefe der Überwachung durch die NSA wurde öffentlich deutlich, dass auch Silicon Valley ein entscheidender Knotenpunkt des Tiefen Staates ist. Anders als die Militär- und Spionagedienste verkauft Silicon Valley seine Daten vornehmlich an private Kunden; aber seine Geschäfte sind der Regierung so wichtig, dass sich eine seltsame Beziehung entwickelt hat. Die Regierung könnte die High-Tech-Firmen einfach zu dem nötigen, was die NSA will. Eine freiwillige Kooperation mit einem so wichtigen Motor der nationalen Wirtschaft scheint ihr aber lieber zu sein, vielleicht mit einer impliziten Regelung, die auf Gegenleistungen basiert. Das würde zumindest erklären, weshalb die Regierung gegenüber Silicon Valley beide Augen zudrückt, wenn es um geistiges Eigentum geht. Falls ein amerikanischer Bürger sein Smartphone «knackt» (also die Einstellungen so verändert, dass er einen anderen Provider verwenden kann, als den von der Handy-Firma vorgeschriebenen), kann er mit bis zu 500.000 Dollar und einigen Jahren Gefängnis belangt werden; so viel zu den vielgepriesenen Eigentumsrechten des amerikanischen Bürgers an den von ihm erworbenen Dingen. Die von PR-Agenturen sorgfältig

inszenierte libertäre Pose der Mogule war schon immer ein Betrug. Silicon Valley hat die elektronischen Daten von Bürgern schon lange zu kommerziellen Zwecken aufgezeichnet. Wenn der Tiefe Staat dasselbe tut, nur eben für seine Zwecke, ist das nicht weiter überraschend. Ebenso wenig verblüfft es, dass er Silicon Valley aufruft, ihm dabei zu helfen.

Finale: Selbstzerstörung?

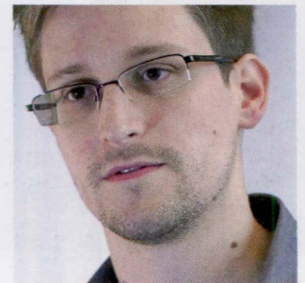
Dass über dem Verkehrschaos zwischen beiden Enden der Pennsylvania Avenue des Washingtoner Regierungsviertels ungehindert ein geheimer Tiefer Staat schwebt, der nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, ist das Paradoxon der amerikanischen Regierung im 21. Jahrhundert: auf der einen Seite Drohnenangriffe, Datensammelei, Geheimgefängnisse und Kontrolle wie in einem Panoptikum, auf der anderen, inmitten nach und nach zusammenbrechender öffentlicher Infrastruktur, herkömmliche, sichtbare, zügig auf den Status einer Bananenrepublik verfallende parlamentarische Institutionen der Selbstverwaltung. Es ist, als wäre der Hadrianswall noch immer voll bewacht und die Grenzen des Imperiums so gesichert wie nie, während Rom sich schon von innen auflöst und zerfällt – seine lebenserhaltenden Aquädukte, die die Stadt von den Bergen her mit Wasser versorgen, inklusive.

Wir stehen vor zwei unangenehmen Schlussfolgerungen: Erstens, dass der Tiefe Staat mit dem System so eng verwachsen und durch Überwachung, Feuerkraft, Geld und seine Fähigkeit, Widerstand zu vereinnahmen, so gut geschützt ist, dass beinahe jede Änderung an ihm abprallt. Zweitens, dass wie bei so vielen Imperien der Vergangenheit der Tiefe Staat von Leuten geführt wird, deren instinktive Reaktion auf das Scheitern ihrer Politik darin besteht, dieselbe Politik in Zukunft mit doppelter Härte durchzudrücken. ... Der Krieg im Irak war ein Fehlschlag, der für kurze Zeit vom Propagandaerfolg der sogenannten Surge (Truppenverstärkung) verdeckt wurde. Dieser Schwindel erlaubte die «Surge» in Afghanistan, die ebenfalls zu nichts führte. Unbeirrt stürzte sich der Tiefe Staat weiter ins nächste Abenteuer, in Libyen; die qualmenden Trümmer des Konsulats in Bengasi brachten ihn von seiner Strategie nicht ab, sondern verstärkten offenbar nur das Verlangen, gleich in Syrien weiterzumachen.

Wird sich der Tiefe Staat auf dem Rücken des amerikanischen Volkes weiter von einem Misserfolg zum nächsten hangeln, bis sich das Land trotz seiner enormen menschlichen und materiellen Ressourcen völlig verausgabt hat? Die staubigen Straßen des Imperiums sind gestreut mit den Knochen ehemaliger Großmächte, die sich nach gleicher Manier verausgabt haben. ■

In der Google-Zentrale wird entschieden, was die Welt im Internet findet. Foto: turtix/shutterstock

Es wäre nicht übertrieben, die Wall Street als ultimativen Eigentümer des Tiefen Staates zu bezeichnen.



Edward Snowden.

Foto: Laura Poitras / Praxis Films, CC BY 3.0, Wikimedia Commons

Mike Lofgren arbeitete 28 Jahre im US-Kongress. Die letzten 16 war er leitender Analyst für die Haushaltsausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Senats, von wo aus er Entscheidungen wie die Finanzierung des Irakkriegs aus nächster Nähe mitbekam. Er lebt in Fort Hub, Virginia. Nebstehender Text ist die stark gekürzte Fassung eines Essays, der ursprünglich im Jahr 2014 auf der Seite «BillMoyers.com» veröffentlicht wurde. Mike Lofgrens Buch «The Deep State: The Fall of the Constitution and the Rise of the Shadow Government» (Der Tiefe Staat: Der Sturz der Verfassung und der Aufstieg der Schattenregierung) ist die erweiterte Fassung jenes Aufsatzes.

Das Netz der Dulles-Brüder

_ von Karel Meissner

Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler – bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.



John Foster Dulles (rechts) 1956 bei Präsident Eisenhower. Foto: Public Domain, Wikimedia Commons

«Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen.»

US-Botschafter Dodd

Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001. Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J.P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen. 1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, dass US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger – eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averil Harriman sowie die Investmentbanken J.P. Morgan und Goldman Sachs. Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. «In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. (...) Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen», fasst Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual – oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines «unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich». Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe,

seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, dass John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als «Kriegstreiber» beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboss Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten – auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.

Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an – von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der *New York Times*: «Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten.»

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer «Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen», waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongress-Ausschuss für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, dass einflussreiche Kreise mittels einer faschisti-

schen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten. Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und – auch vom Präsidenten – unter den Teppich gekehrt. Roosevelt musste sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der prodeutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits musste den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen. ■

In der Anfang 2015 erstmals ausgestrahlten TV-Serie *The Man in the High Castle* von Regisseur Ridley Scott, hat die Weltgeschichte eine andere Wendung genommen: Nazis beherrschen Amerika. Foto: Pressebild Amazon

Verdeckte Geschäfte

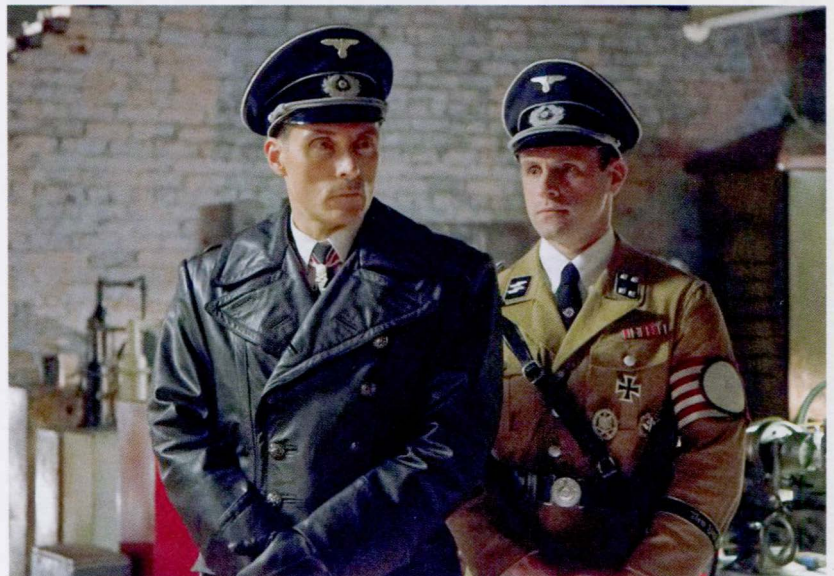
1935 plädierte Allen Dulles dafür, die Berliner Niederlassung von Sullivan & Cromwell – die Spinne im Netz der deutsch-amerikanischen Beziehungen – zu schließen, und konnte sich damit gegen seinen Bruder durchsetzen. Doch beide pflegten über Umwege weiter Geschäftsbeziehungen mit dem Dritten Reich: John Foster nutzte dafür das deutsche Partnerbüro von Sullivan & Cromwell, die Kanzlei Albert & Westrick. Und Allen ging 1937 in den Aufsichtsrat der J. Henry Schroeder Bank, die das *Time Magazin* zwei Jahre später als den «ökonomischen Verstärker der Achse Rom–Berlin» bezeichnete.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

_ Karel Meissner ist COMPACT-Korrespondent in Birmingham.



Allen Dulles. Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Mister X packt aus

von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.



Der 35. US-Präsident John F. Kennedy auf dem Cover des Life-Magazins am 4. August 1961. Foto: Life

JFKs Geburtstagsparty, Mai 1962: Das einzige Foto, dass John F. Kennedy (rechts) und seinen Bruder Robert F. (links) gemeinsam mit der Schauspielerin Marilyn Monroe zeigt – alle anderen Aufnahmen wurden vom Secret Service beschlagnahmt. Foto: picture alliance / dpa

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Thinktank Council on Foreign Relations (CFR). 1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine «Policy of Boldness» – so der Titel eines seiner Essays –, eine Politik zur «Befreiung» der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen «Eindämmung» der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromissbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Korea-Krieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen. In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Mister X ist Kinogängern aus dem Film «JFK» bekannt.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges. Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Airforce zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe «zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA» (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of





Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider – und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berühmtesten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: «Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) (...). Um sie ist ein

innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. (...) Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind.»

Operation Northwoods

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

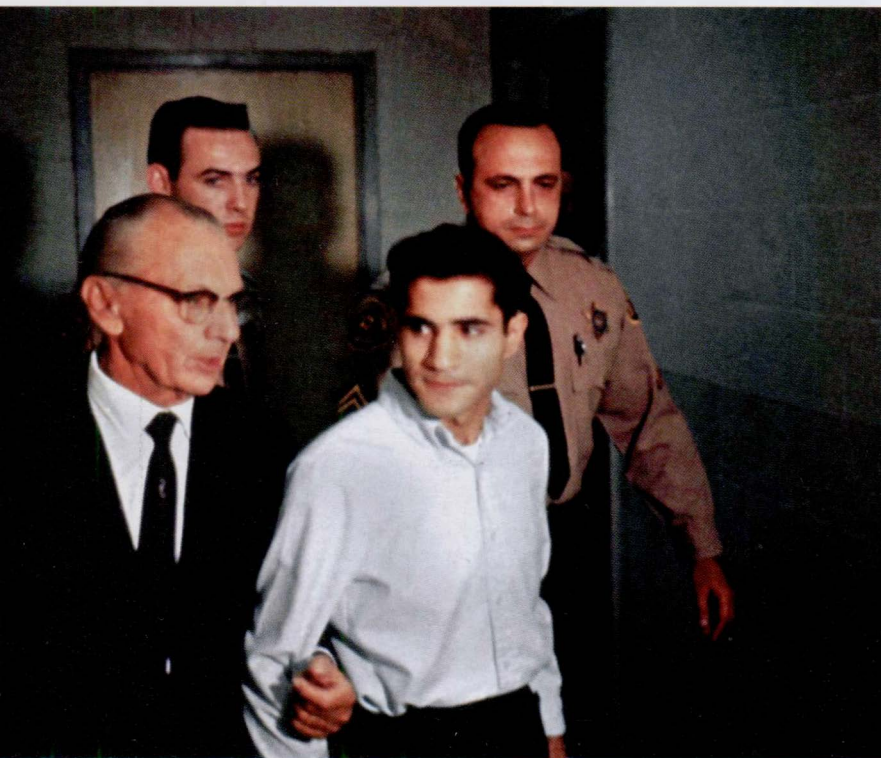
Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen – dazu gleich mehr – weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen – und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Hinter dem Mord an John F. Kennedy 1963 wurde immer wieder die CIA vermutet. Foto: picture alliance



Der Krimi-Autor James Grady ist zurück: Mit seinem aktuellen Buch knüpft er an den Erfolg des ersten Teils von 1974 an, der unter dem Titel Die drei Tage des Condor (1975) zum Filmklassiker wurde. Foto: Suhrkamp

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.



Nach der Ermordung JFK's 1963 wurde auch sein Bruder Robert Kennedy am 5. Juni 1968 bei einem Attentat getötet. Den Palästinenser Sirhan Bishara Sirhan (weißes Hemd) führte man als Täter vor. Vor Gericht behauptete er, unter Hypnose gestanden zu haben. Sirhan entging der Todesstrafe nur knapp. Foto: picture-alliance / dpa

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. «Geheimen und lange unter Verschluss gehaltenen Dokumenten zufolge (...) machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind. Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten», resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, dass an dieser Stelle darauf verwiesen werden muss, dass alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information

Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, dass man «ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte», daraufhin solle «die Verhaftung kubanischer Agenten» erfolgen und «vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urhebererschaft untermauern». Begleitend könnte man «versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen (...) als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen».

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschuss über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es: «Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, dass ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen. Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday"-Hilferuf absetzen und darüber informieren, dass sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird.»

Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mon-goose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy übergab den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiss, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.

Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.

Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, dass Geheim-

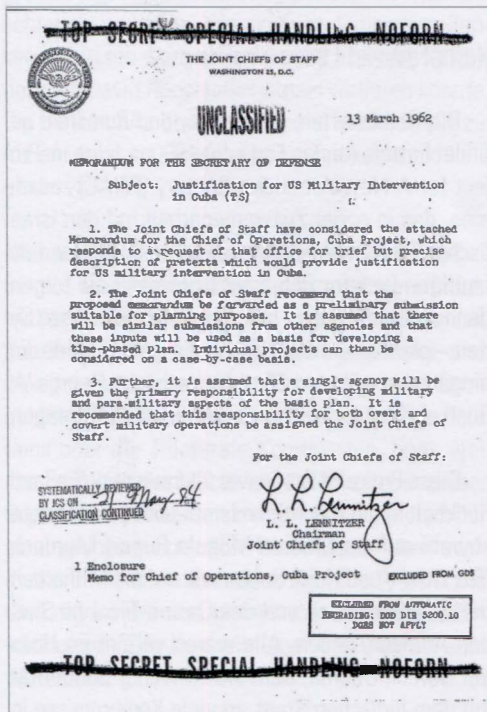


Bild oben: Nach dreißig Jahren kommt der Geheimplan der USA ans Licht: Die Operation Northwoods vom 13. März 1962 sah Anschläge unter falscher Flagge vor, um einen Vorwand zur Invasion Kubas zu schaffen. Der Plan scheiterte am Veto des Präsidenten Kennedy. Foto: Public domain, Wikimedia Commons; Bild: darunter: Noch dem Tod John F. Kennedys wird sein Vize Lyndon B. Johnson noch im Flugzeug als Präsident vereidigt. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

dienstkreise in die Bluttat verwickelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles' alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte – doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als «Tricky Dick» geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil – bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker – gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen – die Gründerväter der Neokonservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity – eine Art Förderprogramm für sozial Schwache – berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, dass Rumsfeld viel vom «nixonianischen» Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging. ■

Neocons und Zionisten



Der jüdische Einfluss bei den Neocons war seit ihren Anfängen Ende der 1960er Jahre nicht zu übersehen. In seinem Buch *The Neoconservative Revolution* vertritt Murray Friedman die These, der Neokonservatismus sei ein «amerikanisch-jüdischer Konservatismus». Freilich gibt es eine ganze Reihe von Protagonisten der neuen Richtung, die keine Juden sind, etwa die im Artikel erwähnten Cheney und Rumsfeld. Aber von ihnen kam weniger der intellektuelle Input als das politische Know how und die Technik der Macht. Die renommierten Politologen John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt bilanzieren: «Obwohl diese Nichtjuden eine wichtige Rolle dabei gespielt haben, die neokonservativen Pläne voranzubringen, bilden Juden trotz allem den Kern der neokonservativen Bewegung. In diesem Sinne ist die neokonservative Bewegung ein Mikrokosmos der größeren proisraelischen Bewegung.»

Das Buch von Mearsheimer/Walt.
Foto: Penguin-Verlag

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Bruderkrieg der Neocons

_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1970 bis heute): Das geheime Machtzentrum, das seit Jahrzehnten die US-Politik dominiert, ist paralysiert. Selbst die mächtige Israel-Lobby ist uneins angesichts der Konfrontation zwischen Donald Trump und Hillary Clinton.

Die Israel-Lobby

Zur «erfolgreichsten Lobby Washingtons» (Bill Clinton) gehören Organisationen wie das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), das Israel Policy Forum (IPF), der American Jewish Congress (AJC) und die Anti-Defamation League (ADL). Allein AIPAC rangierte mit einem Jahresbudget von 47 Millionen Dollar, landesweit 100.000 Mitgliedern und einer Washingtoner Zentrale mit mehr als hundert Lobbyisten, Spin-Doctors, Publizisten und Strippenziehern in der Hitliste des National Journal 2005 als zweitmächtigste Lobby nach den Schusswaffenfreunden von der National Rifle Association. Seit Jahren stehen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit des jeweiligen Präsidenten, die Mehrheit der Senatoren, ein Viertel des Repräsentantenhauses und mehr als 50 Botschafter sowie Dutzende Regierungsbeamte auf der Liste. Der frühere Präsident Jimmy Carter resümierte im Februar 2007: «Für ein Mitglied des Kongresses, das wiedergewählt werden will, ist es fast politischer Selbstmord, eine Position zu vertreten, die als Gegenkurs zur konservativen israelischen Regierung ausgelegt werden kann.»



«Ich könnte Ihnen die Namen von 25 Leuten nennen, die Sie in diesem Augenblick alle im Umkreis von fünf Häuserblocks von diesem Büro [in Washington D.C.] finden – wenn man diese vor eineinhalb Jahren auf eine einsame Insel verbannt hätte, hätte es keinen Irakkrieg gegeben.» So äußerte sich Thomas L. Friedman, Kolumnist der *New York Times*, gegenüber einem Journalisten der israelischen Tageszeitung *Haaretz* im Mai 2003.

Diese 25 Leute wurden angeführt vom US-Vizepräsidenten Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und seinem Staatssekretär Paul Wolfowitz. Sie hetzten in der Regierung von George W. Bush zum Krieg gegen Afghanistan, zum Krieg gegen Irak – und wurden beim Angriff auf den Iran, der 2008 kurz bevorstand, erst im letzten Augenblick von der pragmatischen US-Generalität gestoppt.

Cheney und Rumsfeld waren Zöglinge der Nixon-Administration, und sie waren die realpolitisch wichtigsten Köpfe der sogenannten Neokonservativen. Im Unterschied zu den Altkonservativen vereinigte diese Anfang der 1970er Jahre in Chicago entstandene Schule zwei vorher ziemlich konträre Richtungen: einerseits antikommunistische Rechte in der Tradition von Dulles und Nixon, andererseits antifaschistische Linke in der Tradition von Trotzki. Nachdem dieser auf Befehl von Stalin ermordet worden war, hatten seine Jünger einen Hass auf die Sowjetunion entwickelt, der jenem der republikanischen Falken in nichts nachstand. Rechte wie linke Hardliner trafen sich in der Ablehnung der Entspannungspolitik, die nach dem Sturz Nixons unter sei-

nen Nachfolgern Gerald Ford und Jimmy Carter kurzzeitig die US-Außenpolitik dominierte, und forderten eine Rückkehr zum Kriegspoker. Doch begründet wurde dieses Power Play, anders als unter Dulles und Nixon, nicht mehr antikommunistisch, sondern antifaschistisch: Unter Präsident George H. W. Bush (1988 bis 1992), als Cheney Verteidigungsminister war, wurde mit Saddam Hussein erstmals ein Feind als ein neuer Hitler porträtiert – und nicht mehr, wie in ähnlichen Fällen früher, als Wiedergänger Stalins.

Kampf zweier Linien

Die Seilschaften, die Cheney und Rumsfeld gebildet hatten, fanden Ende der 1990er Jahre im Project for A New American Century (PNAC) zusammen, das in enger Zusammenarbeit mit den israelischen Rechtsextremen vom Likud-Block unter dem heutigen Premier Benjamin Netanjahu die folgenden Feldzüge – gegen Irak, gegen Libyen, gegen Syrien – plante. Alle diese Personen, grosso modo die eingangs erwähnten 25, erhielten unter George W. Bush einflussreiche Posten, vor allem im Pentagon.

Diese Pressure Group war übermächtig: Sie fand Rückhalt in der mächtigen Israel-Lobby und konnte sowohl auf die Medien-Mogule Rupert Murdoch (*Fox News*) und Haim Saban wie auf die Milliarden der Gebrüder Koch und des Casino-Tycoons Sheldon Adelson zählen. Alle waren vereint im Hass auf Barack Obama, dem sie zu wenig Solidarität mit dem jüdischen Staat, zu viele Kompromisse in der Außenpolitik generell vorwarfen. Doch in den vergangenen drei Jahren musste diese erfolgsverwöhnte Lobby drei schmerzhaft Niederlagen einstecken: Sie konnte im Herbst 2013 keinen Angriff auf Syrien durchsetzen; sie musste zu Jahresanfang 2014 die Ernennung des israel-kritischen Chuck Hagel als Verteidigungsminister hinnehmen; und sie musste 2015 den Iran-Deal schlucken, der die Isolation des früheren Schurkenstaats beendete.

Die Kandidatur von Donald Trump hat das Lager der Neocons vollends gespalten: Die Frontmänner Cheney und Rumsfeld sowie *Fox News* haben sich hinter das Enfant terrible gestellt, Wolfowitz und Saban dagegen hinter Clinton. Die Koch-Brüder sind frustriert von Trump, mögen aber auch Hillary nicht, und Adelson würde gerne The Donald finanzieren – der aber verschmäht dessen Geld. Selbst aus Israel hört man nichts... Das bedeutet: Das Machtzentrum, das seit bald 100 Jahren die US-Politik dominiert, ist derzeit wie paralysiert. Diese Chance kann Trump nutzen. ■

Donald Trump hat die Neocons gespalten.

«Rockefeller kann nie verlieren»

— Interview mit Ron Paul

Wer beherrscht die USA? Der Protagonist des kleinen libertären Flügels in der Republikanischen Partei äußert sich über die Macht der privaten Finanzinstitute – und die Notenbank Federal Reserve, die von diesen kontrolliert wird.

Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: «Die Banken verlieren nie.» Stimmt das?

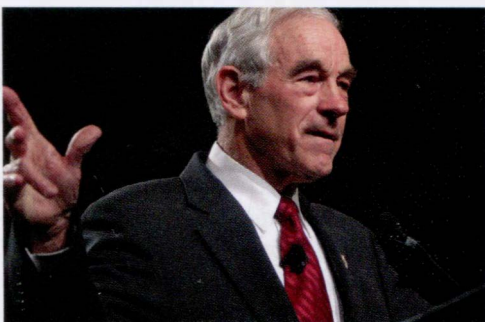
Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen Banken gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, dass ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal Reserve System. Sie sind die Insider und kennen die zukünftigen Entwicklungen. Die Kontrolle über das Geld ist sehr wesentlich. (...)

Soll das heißen, wir haben im Grunde ein Ein-Parteien-System in den USA, das nur ansatzweise zweigeteilt ist?

So ist es. Für mich als Libertären ist es fast unmöglich, eine eigene Partei zu gründen. Man muss ein Drittel seines Geldes und seiner Energie dafür aufbringen, um sich für die Abstimmungen zu bewerben. Die Amerikaner wurden darauf konditioniert, dass es toll ist, nur zwei Parteien zu haben. Wir wollen nicht wie Italien sein, wo es all die vielen unübersichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten gibt. (...)



[Präsident] Thomas Jefferson hat uns gewarnt. Er sagte: «Wenn die amerikanische Bevölkerung es zulässt, dass private Banken ihre Währung kontrollieren, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten.»

Ja, er hatte vollkommen recht. (...) Doch das heißt nicht, dass die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank Fed [Federal Reserve] gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. (...) Heute haben wir zwar immer noch eine langsame Inflation – die nichtsdestoweniger eine Menge Schaden anrichtet –, doch eines Tages wird das Land einer riesigen Katastrophe ins Auge sehen.

Drogen und Banken

Selbst die Abgeordneten verstehen nicht, dass die Federal Reserve ein privates Unternehmen ist.

Ich denke, die wenigsten verstehen, wie die Federal Reserve wirklich funktioniert. Auch wenn man sagt, sie sei privat, ist das noch sehr beschönigend. «Privat» würde bedeuten, sie wäre den Gesetzen des Markts unterworfen. Sie wurde von der Politik autorisiert, über diese gewaltige Macht zu verfügen. (...)

Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Die internationalen Bankiers sind Kumpel. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. Durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank haben sie die totale Gewalt. Sie haben sogar Treffen, an denen nicht einmal die Finanzminister der Länder teilnehmen dürfen. Ihr einziges Ziel dabei ist, noch mehr neue Kredite zu generieren. (...) ■

Für die Abschaffung der Fed



Ron Paul (*1935) ist Mitglied der Republikanischen Partei und war zwischen 1976 und 2013 (mit Unterbrechungen) Abgeordneter im Repräsentantenhaus. Zum ersten Mal bewarb er sich 1988 um die US-Präsidentschaft, damals für die Libertarian Party. Im Jahr 2008 und 2012 versuchte er sein Glück bei den Republikanern. 2012 hätte er es fast geschafft: Er war bei den Vorwahlen der zweitstärkste Kandidat und musste sich nur knapp Mitt Romney geschlagen geben. Paul fordert die Auflösung der Notenbank Federal Reserve und einen weltweiten Rückzug der US Army. Sein Sohn Rand trat in seine Fußstapfen und bewarb sich 2016 ebenfalls um die republikanische Kandidatur für das Weiße Haus, schied aber frühzeitig aus dem Rennen.

Präsident Franklin D. Roosevelt unterzeichnet 1935 den Banking Act, durch den die Fed noch unabhängiger von der Regierung wurde.
Foto: Federal Reserve

Die internationalen Bankiers sind Kumpel.

Ron Paul. Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons

Quelle: Talkshow vom August 1988; Link: www.youtube.com/watch?v=NDeg8W054dA



Die beste Demokratie, die man kaufen kann

von Marc Ossen

Die Schlacht um das Präsidentenamt ist immer auch ein Wettlauf der Superreichen. Ihr Geld spricht lauter als Millionen Wählerstimmen. Um ihren Wunschkandidaten an die Macht zu bringen, greifen sie tief in die Tasche.

«Wie die Wahl zwischen Krebs und Herzinfarkt.»

Charles Koch über Clinton und Trump

Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt, was gespielt wird. Nirgendwo trifft dieser Satz mehr zu als im amerikanischen Wahlkampf. Laut Berichten der *New York Times* sind in den USA knapp 60 Milliarden aus Industrie, Unterhaltung, Medien und Finanzsektor tonangebend. «Wir haben heute das Potential von 200 Menschen in diesem Land, die jedes Mal darüber entscheiden können, wer der nächste Präsident wird», gab sogar US-Präsident Obama vor seiner zweiten Amtszeit 2012 anlässlich seiner eigenen Spendengala zu.

Schon vor vier Jahren brach die Finanzschlacht zwischen den Kontrahenten Barack Obama und Mitt Romney alle bisherigen Rekorde: Rund 2,4 Milliarden Dollar gaben beide Parteien für den Wahlkampf aus. Ende August 2016 durchbrachen Donald Trump und Hillary Clinton bereits die 1,5 Milliarden-Marke. Zum Vergleich: Beim Bundestagswahlkampf 2013 brachten die führenden Parteien SPD und CDU jeweils rund 20 Millionen Euro auf.

Amerikas Demokratie ist alles andere als unbestechlich, wie der Fall Scott Walker zeigt. 2011 zum Gouverneur von Wisconsin gewählt, verdankte er seinen Sieg vor allem den Industriellen Charles und David Koch. Die hatten seine Kampagne maßgeblich finanziert. Foto: Variance Films Inc.

Betrachtet man die Top-Spender 2016, stellt man fest, dass Amerikas Finanzinstitute die Alimentierung der Republikanischen Partei nach Trumps Nominierung praktisch vollständig eingestellt haben. Weitere betuchte Unterstützer der Republikaner wechselten ins andere Lager. Soll heißen: Für die Elite der Wall Street ist Hillary Pflicht, Trump dagegen verhasst. Das zeigt auch der Blick auf die Top-Spender des Jahres:

Die Koch-Brüder

Die Großindustriellen Charles (80) und David (76) Koch – ursprünglich aus Wichita im US-Staat Kansas – zählen traditionell zu den Förderern der Republikaner und sind Steigbügelhalter neokonservativer Politik. Ihnen gehört der zweitgrößte Konzern der USA: Koch Industries – ein Konglomerat mit über 100.000 Angestellten und Betrieben in über 60 Ländern. Ölraffinerien, Chemieproduzenten, Pipeline-Netze, Rohstoff- und Baumaterialhandel haben die Familie in die Top Ten der reichsten Dynastien weltweit bugsiiert. Laut *Forbes* generiert das Unternehmen 115 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr, über 80 Milliarden beträgt summiert das Privatvermögen der beiden Geschäftsführer.

In Daniel Schulmans Buch *Sons of Wichita* (2015) schreibt der Autor über die politischen Überzeugungen der Brüder: «Aufgeklärt von seinem konservativen Vater über die Übel des Staates, zog es Charles zum Libertarismus, einer Philosophie, die maximale persönliche und unternehmerische Freiheit vorsieht (...).» Er selbst sieht sich «als klassischen Liberalen». Die großen Parteien schmiert Charles Koch nur, weil er muss. Keine der beiden unterstützt er aus Überzeugung. «Ich sehe das so: Die Demokraten fahren mit 160 Sachen über die finanzielle Klippe in eine kaputte Gesellschaft, die Republikaner fahren nur 110.»

Ursprünglich bereit, eine knappe Milliarde für den diesjährigen Wahlkampf der Republikaner in den Ring zu werfen, scheint es jetzt, als wollten die Kochs sich aus dem Spenden-Rennen zurückziehen. Dass sich Trump gegen ihre Favoriten Jeb Bush, Ted Cruz, Marco Rubio und Co. durchsetzen würde, hatten sie nicht kommen sehen. Als Charles und David einige republikanische Politiker im Sommer 2015 zu einer Audienz einluden, twitterte Trump: «Ich wünsche all den republikanischen Kandidaten, die nach Kalifornien gereist sind, um Geld von den Koch-Brüdern zu erbetteln, viel Glück. Marionetten?» Trump jedenfalls braucht deren Geld nicht. Mitte Juli 2016 erklärte Charles, dass die Präsidentschaftswahl einer Entscheidung zwischen «Krebs und Herzinfarkt» gleichkäme.

Sheldon Adelson

Ein weiterer Traditionsspenden des republikanischen Lagers ist der Immobilien- und Glücksspielmilliardär aus Las Vegas Sheldon Gary Adelson (83) – ein enger Freund des derzeitigen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Die israelische Lobbyorganisation AIPAC, bei der traditionell so ziemlich jeder bisherige Präsident seine unverbrüchliche Solidarität zur «einzigen Demokratie im Nahen Osten» erklärt hat, wird von Adelson massiv finanziell unterstützt. Laut *Forbes* hat Adelson knapp 30 Milliarden Dollar auf der hohen Kante.

Als Sohn jüdischer Einwanderer stammte er aus ärmsten Verhältnissen, arbeitete zuerst als Zeitungsausträger. Seinen ersten Zeitungskiosk kaufte er für 200 Dollar, die er sich von seinem Onkel lieh – da war er gerade zwölf Jahre alt. Heute betreibt er einige der größten Casinos und Hotels in der Sündenstadt Las Vegas sowie in Singapur und der Volksrepublik China.

Kürzlich erklärte Adelson, «eigentlich dagegen» zu sein, dass «sehr reiche Leute Wahlen beeinflussen». Andererseits betonte er: «Solange man es tun kann, tue ich es.» Die Wiederwahl George W. Bushs unterstützte er 2004 mit 250.000 Dollar. 2012 bekam der republikanische Kandidat Newt Gingrich zehn

Millionen, seine Partei sogar 100 Millionen Dollar. Gingrich war Adelson besonders deshalb sympathisch, weil er sich als fanatischer Israel-Verhörer präsentierte und die Palästinenser als ein «erfundenes Volk» bezeichnete.

«Eigentlich bin ich dagegen, dass sehr reiche Leute Wahlen beeinflussen.» Sheldon Adelson

Im Wahlkampf 2016 hält der Tycoon den Republikanern die Treue, unterstützte ursprünglich den Republikaner Marco Rubio, bevor er auf Trump umstieg. «Sheldon weiß, dass niemand loyaler gegenüber Israel sein wird als Donald Trump», freute sich der Immobilientycoon – von sich in der dritten Person sprechend – Ende letzten Jahres. Dennoch ließ er sich nicht kaufen und lehnte Adelsons Finanzmittel dankend ab. Seinen republikanischen Konkurrenten Rubio kritisierte er gar dafür, auf die Finanzspritzen des Casino-Königs zu spekulieren. Im Oktober 2015 schrieb Trump auf *Twitter*: «Sheldon Adelson plant Marco Rubio eine große Summe zu spenden, weil er denkt, er kann ihn damit zu einer kleinen Handpuppe machen.»

George Soros

George Soros (86) – laut *Forbes* aktuell rund 25 Milliarden Dollar schwer – ist auf dem internationalen Börsenparkett zu Hause. Sein Offshore-Hedgefonds-Imperium Quantum Funds macht jedes Jahr Milliardenumsätze und hat seinen Sitz auf den Niederländischen Antillen und den karibischen Jungferninseln – unantastbar für US-Steuer- und Justizbehörden. Gegenüber der britischen Zeitung *The Independent* lobte sich Soros 1993 als «eine Art Gott» und «Schöpfer aller Dinge».

Studiert und promoviert hat der in Ungarn als György Schwartz geborene Investor in den 1950er Jahren an der London School of Economics. Von sich reden macht der Mega-Spekulant immer wie-



Die größten Fische im Becken (von oben nach unten): Die Koch-Brüder Charles (rechts) und David (links), der Casinomilliardär Sheldon Adelson und Börsenspekulant George Soros. Egal, was die Demokratie kostet, sie können sie sich leisten – aus der Portokasse! Foto: Screenshot YouTube; East Coast Gambler, CC BY 2.0, flickr.com; World Economic Forum, swiss-image.ch

Eine Rarität: Die Hunderttausend-Dollar-Note war nie für den normalen Zahlungsverkehr gedacht. Sie sollte lediglich den Geldtransfer zwischen Banken vereinfachen. Abgebildet ist der 28. Präsident der USA Thomas Woodrow Wilson. Unter ihm wurde der Federal Reserve Act Realität und die USA traten in den Ersten Weltkrieg ein. Foto: US-Notenbank



Iran auslöschen

Bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei 2008 schwankte Saban zwischen Barack Obama und Hillary Clinton. Als Lackmustest fungierte folgende Frage eines Reporters:

«Sollte der Iran eine Atombombe über Israel abwerfen, was wäre Ihre Reaktion?»

Obama: «Take appropriate action.» (etwa: «angemessen reagieren».)

Clinton: «We will obliterate them.» («Wir werden sie auslöschen.»)

Saban: «Vier Worte, das ist einfach zu verstehen.»

Unnötig zu sagen: Hillary hat Sabans Test bestanden.

der mit spektakulären Börsendeals: Eine runde Milliarde Dollar brachte ihm 1992 die Spekulation gegen das englische Pfund ein.

Schlagzeilen macht Soros regelmäßig mit seiner überaus aggressiven Pro-Asyl-Rhetorik. Der Unterstützung seiner Open Society Foundation erfreuen sich rund 50 Organisationen weltweit, die sich für eine multikulturelle Gesellschaftsdurchmischung und offene Grenzen einsetzen. Laut kürzlich veröffentlichten Dokumenten hat Soros schon fünf Millionen Dollar investiert, um in den USA bis 2018 «mindestens 10 Millionen neue Wähler» zu generieren. Wie? Indem er illegalen Einwanderern das Recht zur Abstimmung verschafft. Bei den sogenannten Farbrevolutionen – zuletzt beim Arabischen Frühling und den Maidan-Protesten in der Ukraine – hat Soros ebenfalls seine Hände im Spiel gehabt.

Schon bei den US-Wahlen 2008 war er mit einem Investment von über fünf Millionen Dollar für die Demokraten einer der Top-Spender, 2012 gab er Obama immerhin eine Million. Natürlich setzt Soros 2016 seine gesamte Finanzmacht für Hillary Clinton ein – die beiden sind ideologisch und privat eng verbandelt. Laut aktuellen Zahlen sind schon etwas über sieben Millionen Dollar geflossen.

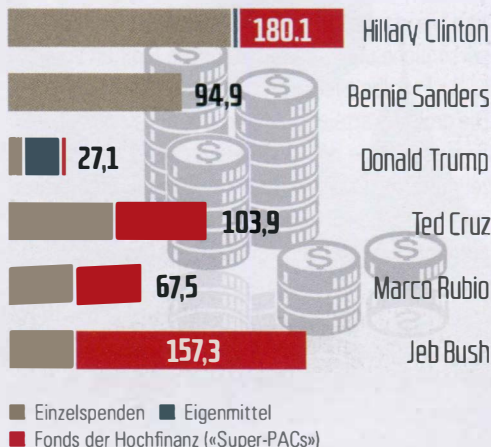
Haim Saban

Die Karriere des Medienmoguls Haim Saban (71) begann als Bassist und Manager der israelischen Rockband The Lions of Judah. Seinen Medienkonzern Saban Entertainment gründete er 1988. Unermüdlich betont er: «Ich bin ein Ein-Themen-Typ, und mein Thema ist Israel.»

Laut *Forbes* besitzt Saban, wohnhaft im sonnigen Beverly Hills in Kalifornien, «nur» dreieinhalb Milliarden Dollar. Durch das riesige Medienkonglomerat dem er vorsteht, ist sein Einfluss auf die ver-

Spenden im US-Vorwahlkampf

Eingeworbene Finanzmittel und deren Art je Kandidat in Millionen US-Dollar. (Stand 31.1.2016)



Quelle: statista

Grafik: COMPACT

öffentliche Meinung und mit seinem Kinderfernsehen auch auf die Gehirne der Jugend nicht zu unterschätzen – nicht nur in den USA. Die in seinem Besitz befindliche Univision-Gruppe ist zudem der größte Medienkonzern Amerikas in spanischer Sprache. Nebenbei betreibt er noch einen eigenen Think-Tank: Das Saban Center for Middle East Policy ist Teil des alteingesessenen Brookings Institute.

«Ich bin ein Ein-Themen-Typ, und mein Thema ist Israel.» Haim Saban

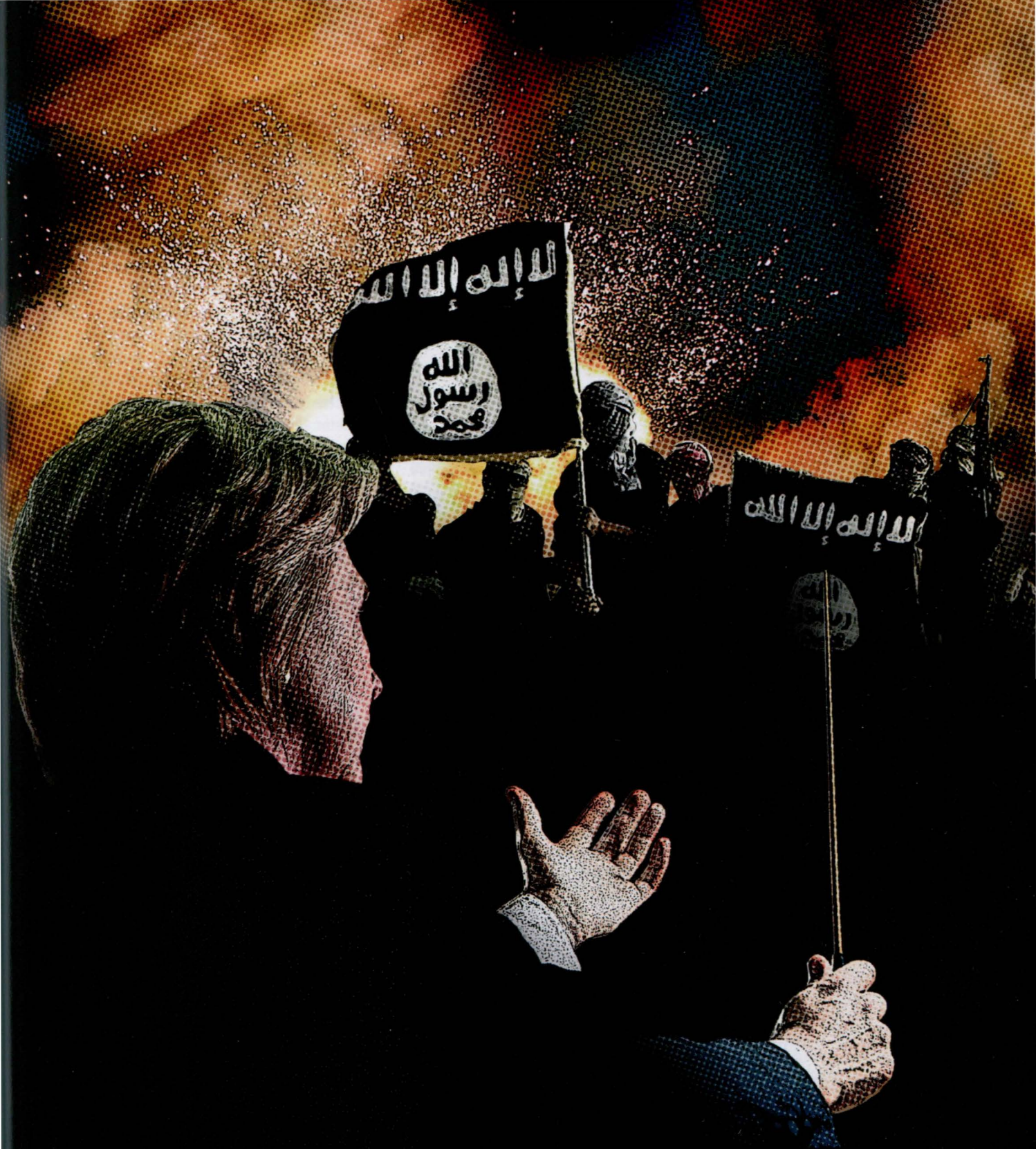
Zur Jahrtausendwende spendete er über zehn Millionen Dollar für die Demokratische Partei und wurde damit zum Mäzen des Bush-Rivalen Al Gore. Nach seiner Wahl erhielt aber auch der Texaner große Summen. Mit den Clintons verbindet der Medienmogul eine besondere Freundschaft. Die *New York Times* berichtete 2008, dass Haim Saban und seine Frau «während der zwei Amtszeiten des Präsidenten Clinton mehrere Nächte im Weißen Haus verbrachten».

Im Juli 2014 erklärte der Medienmogul im Interview mit dem TV-Sender des ebenfalls politisch aktiven Milliardärs Michael Bloomberg, dass er seiner Freundin Hillary «so viel wie nötig» spenden werde. Im April 2016 organisierte die Saban-Familie eine Spenden-Gala für ihre Freundin in Washington, bei der die Gäste pro Person mehr als 30.000 Dollar für die Karte hinblättern, dafür aber mit Hollywoodstars wie George Clooney Tischgespräche führen konnten. Bisher sind aus der Saban Capital Group über zehn Millionen Dollar in Clintons Kampagne geflossen. Nur der Investor Donald Sussman war mit elf Millionen noch großzügiger. ■

Marc Dassen ist Redakteur bei COMPACT-Magazin. Für die Ausgabe 9/2016 machte er eine Vor-Ort-Reportage zum Anschlag von München am 22. Juli 2016.

Großspender Haim Saban (2. v. r.) posiert mit US-Außenminister John Kerry (2. v. l.) beim Saban Forum 2014, das die Denkfabrik Brookings Institute am 7.12.2014 veranstaltete. Foto: Public domain, Wikimedia Commons





Die Kandidatin des Imperiums

Ihre eiskalten Augen haben das Ziel bereits fixiert – den Chefsessel im Oval Office des Weißen Hauses. Als mächtigste Frau der Welt könnte sie die Kriege losstreiten, die sie als Außenministerin bereits forderte – gegen Syrien, Iran und Russland. Hillary ist Killary.

Die gefährlichste Frau der Welt

_ von Tino Perlick

Hillary Clinton ist eine kriminelle Karrierelügnerin, die für ihre Ziele über Leichen geht. Als First Lady stachelte sie den Präsidenten an, Jugoslawien zu bombardieren. Als Außenministerin paktierte sie mit Dschihadisten. Sie kennt nur eine Sprache: Krieg mit allen Mitteln.

Außenministerin Clinton besichtigte die Grenzen des US-Imperiums, als sie am 20. Oktober 2011 vom Tod des libyschen Präsidenten Muammar al-Gaddafi erfuhr. Während der Pause eines Fernsehinterviews in Kabul reichte ihr eine Assistentin das Blackberry. Hillary beäugte das Gerät einen Moment lang ungläubig. Schließlich verdrängte höhnische Freude ihre Skepsis – die ohnehin hauchdünne staatsmännische Fassade der Bombendiplomatin Clinton wich der hässlichen Fratze der Vollblutimperialistin Hillary. «Wir kamen, wir sahen, er starb», verkündete sie in der Diktion von Julius Cäsar, aufgekratzt und mädchenhaft kichernd.

Von Hillary bewaffnete und von der NATO unterstützte Islamisten hatten Gaddafi in dessen Heimatstadt Sirte brutal gelyncht. Kurz darauf versank das Land mit dem bis dato höchsten Lebensstandard in Afrika in Anarchie. Weite Teile des Landes fielen in die Hände des Islamischen Staates, und von seinen Küsten setzen seither jeden Tag Hunderte

nach Europa über. Das afrikanische Einfallstor, das Gaddafi immer geschlossen gehalten hatte, wurde mit militärischer Gewalt aufgesprengt.

Ermöglicht hatten diese Entwicklung drei Frauen: Außenministerin Clinton, ihre Sicherheitsberaterin Samantha Power und die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan E. Rice, gehörten zu den lautesten Cheerleadern einer sogenannten humanitären Intervention. Verteidigungsminister Robert M. Gates, der Nationale Sicherheitsberater Thomas E. Donilon und Generalstabschef Mike Mullen hingegen hatten Obama Zurückhaltung angeraten, da es keine Beweise für Gaddafis Gräueltaten gegen Zivilisten gab. Der NATO-Oberkommandierende in Europa, James G. Stavridis, sagte noch im März 2011 vor dem US-Kongress aus, dass zu den libyschen Aufständischen auch Mitglieder von al-Qaida gehörten.

Eine Karrierelügnerin

Seit 1984 haben die Demokraten ausschließlich Anwälte ins Rennen um das Weiße Haus geschickt. Auch Hillary Rodham wählte den, Umfragen zufolge, meistverachteten Beruf der USA. Während ihres Aufbaustudiums der Rechtswissenschaften an der

Der Job in Libyen – hier im Oktober 2011 während eines Besuchs in Tripolis – hat Hillary sichtbar Spaß gemacht. Foto: Reuters



Eliteuniversität Yale traf sie 1971 Bill Clinton. Erst nach mehreren Anläufen gab sie dem Lebemann 1975 ihr Ja-Wort und folgte ihm ins öde Arkansas. «Ich entschied mich dafür, meinem Herzen zu folgen statt meinem Kopf», heißt es in ihren Memoiren *Gelebte Geschichte*. Der Ortswechsel könnte auch andere Gründe gehabt haben: Hillary war am Juraexamen im District of Columbia (D.C.) gescheitert. In Arkansas bestand sie die Prüfung schließlich...

Hier erlernten die Clintons sämtliche Spielregeln der Korruption. 1979 wurde Hillary Partner der Rose Law Firm. Obwohl Bill ein Jahr zuvor Gouverneur geworden war, verdiente sie fortan mehr als ihr Ehemann. Die drittälteste Anwaltskanzlei der USA gilt als juristischer Arm der Macht. Zu ihren Kunden in den 1970ern gehörten der Fleischriese Tyson Foods, der Einzelhandels gigant Walmart und der Großfinanzdienstleister Stephens Inc. Letzterer half Gouverneur Clinton finanziell mehr als einmal aus der Patsche, wie die *New York Times* 1992 enthüllte. Als Gegenleistung genehmigte der Landesvater Stephens unter anderem die Spekulation mit Staatspensionen.

Als sie 1979 schwanger mit Tochter Chelsea war, verundertachte sich der Wert einer Börseninvestition Hillarys im Rinderhandel quasi über Nacht von 1.000 auf 100.000 Dollar. «Als würde man eines Tages Schlittschuhe kaufen und am nächsten Tag an der Olympiade teilnehmen», kommentierte ein Fachmagazin Clintons vermeintliches Geschick beim Spekulieren, nachdem die Sache 1994 ans Licht gekommen war. Wahrscheinlich hatte sie einen Tipp von einem Tyson Foods nahestehenden, befreundeten Anwalt bekommen. Hillary kommentierte, sie habe einfach fleißig das *Wall Street Journal* gelesen. Ähnlich abgebrüht verkaufte sie Jahre später ihre illegale Nutzung privater Server für ihre Regierungskommunikation als Außenministerin: Sie habe nicht gewusst, wie man am PC E-Mails schreibt, sagte sie im Mai 2016 unter Eid aus.

Wegen schmutziger Immobiliengeschäfte in Arkansas ermittelte die Justizbehörde ab 1992 unter anderem auch gegen die inzwischen ins Weiße Haus vorgerückten Clintons. Als ein Sonderstaatsanwalt die Vorlage von mutmaßlich belastenden Dokumenten forderte, konnten Bill und Hillary sie angeblich nicht finden. Zwei Tage nach Ablauf der Verjährungsfrist hatte ein Mitarbeiter des Weißen Hauses plötzlich mehr Glück. Bis heute ist Hillary die einzige First Lady, die zwangsvorgeladen wurde, um vor einem Geschworenengericht auszusagen.

Was wusste der langjährige Weggefährte der Clintons, Vince Foster, über die krummen Geschäfte? Der stellvertretende Rechtsberater des Weißen Hauses wurde am 20. Juli 1993 erschossen in einem Park



nahe Washington, D.C., aufgefunden. Offiziell heißt es, er habe Selbstmord begangen. Der Chefermittler der Staatsanwaltschaft, Miguel Rodriguez, glaubt jedoch an eine Hinrichtung. Fotografien von einer zweiten Schusswunde im Nacken des Toten seien unterdrückt worden. Rodriguez reichte 1995 seinen Rücktritt ein und wandte sich vergeblich an die Medien. Die Freigabe gerichtsmedizinischer Fotos unter dem Informationsfreiheitsgesetz wurde vom Obersten Gerichtshof 2004 verhindert.

Die Scharfmacherin

Auf Anraten seiner Frau hatte Bill Clinton 1997 UNO-Botschafterin Madeleine Albright, wie Hillary Absolventin der Universität Wellesley, zur Außenministerin ernannt. Deren Credo – «Wozu haben wir eigentlich dieses tolle Militär, wenn wir es nicht einsetzen können?» – hat Hillary offenbar inspiriert. Beobachter sind sich einig, dass Mrs. Clinton eine Schlüsselrolle in der völkerrechtswidrigen Bombardierung Serbiens von 1999 spielte. In Gail Sheehys Biografie *Hillarys Choice* (Hillarys Entscheidung) wird sie mit den Worten «Ich habe ihn [gemeint ist: Bill Clinton] unter Druck gesetzt, Bomben abzuwerfen» zitiert. Die NATO-Luftangriffe wurden zum Modell «humanitärer Interventionen» à la Clinton, wie sie in Libyen wieder stattfand: rein und raus – ohne Bodentruppen und ohne Rücksicht auf die Folgen. Die US-Airforce stellte die Luftwaffe für muslimische Halsabschneider vor Ort. Im Kosovo waren es die Terroristen der albanischen UCK, in Libyen die Kombattanten von al-Qaida und dem IS.

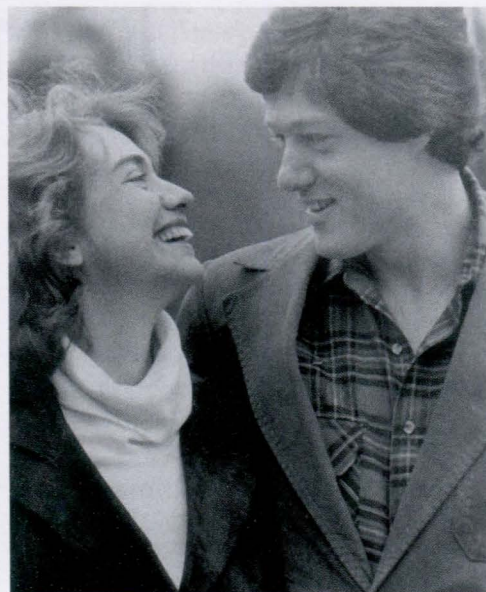
Terrorshow im Situation Room: Am 1. Mai 2011 schauen die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates angeblich zu, wie ihre Spezialkräfte den Top-Terroristen Osama bin Laden hinrichten. Tatsächlich fiel die Übertragung in den entscheidenden Minuten aus, doch das Pressebild wirkte trotzdem. Um den Tisch sitzen Obama, Brigadegeneral Marshall Webb (Vizekommandeur der US-Streitkräfte), Dennis Donough (stellvertr. Nationaler Sicherheitsberater), Außenministerin Hillary Clinton (v. l. n. r.) Foto: The White House

«Ich habe ihn unter Druck gesetzt, Bomben abzuwerfen.» Hillary Clinton



Bild links: Clinton während des Wahlkampfes 2016. Foto: picture alliance / AP Images

Bild rechts: Hillary und Bill Clinton heirateten 1975. Foto: picture alliance / Newscom



Das angeblich befreite Kosovo ist heute ein Mafiastaat der UCK-Veteranen – und beherbergt den US-Megastützpunkt Camp Bondsteel. Auf dem Bill Clinton Boulevard in der Hauptstadt Pristina ließ die Statthalterregierung 2009 eine Bronze-statue des 42. US-Präsidenten errichten. Eine Boutique namens Hillary findet man nicht allzu weit davon entfernt.

Hart, härter, Hillary

In ihrer Zeit als Senatorin von New York (2001–2009) passte kein Blatt zwischen Clinton und die neokonservativen Bush-Boys. Nach 9/11 stimmte sie sowohl für den sogenannten Patriot Act, der Bürgerrechte mit Füßen tritt, als auch für den Einsatz in Afghanistan. 2003 durfte sich Clinton zwischen einem Sitz im Senatsausschuss für Außenpolitik und Verteidigung entscheiden. Hillary wählte letzteren. «Sie stürzte sich rein wie ein Landser im Ausbildungslager», schilderte der Journalist Mark Landel 2016 im *New York Times Magazine* ihre Wahl. Wie viele Beobachter glaubt auch Landel, dass «ihre Affinität für die Streitkräfte im lebenslangen Glauben verhaftet ist, militärische Macht sei für die Verteidigung nationaler Interessen entscheidend; dass amerikanische Interventionen mehr Gutes tun als Schaden anrichten; und dass die Befugnis der USA, wie Bush es einst nannte, in "jede dunkle Ecke dieser Welt reicht"». Doch Clintons Bombenstimmung ist nicht nur ideologisch bedingt. «Während die Neocons Frauen brauchen, um Krieg gut aussehen zu lassen», schreibt die Autorin des Hillary-Buchs *Die Chaos Queen*, Diana Johnstone, «brauchen manche sehr ehrgeizige Frauen Krieg, um ihre Karrieren voranzubringen.»

Wie George W. Bush glaubt auch Clinton, von Gott berufen worden zu sein. Das linke Politmaga-zin *Mother Jones* berichtete 2007, dass sie als

First Lady und Senatorin an geschlossenen Treffen der erzkonservativen Bibelgruppe The Fellowship (Die Gefolgschaft) in Washingtons Regierungsviertel teilnahm. Dort glaubt man, die Elite erhalte ihre Macht von Gott, da dieser sie für seine Zwecke lenke. Dem Pastor ihrer Methodistenkirche in Arkansas zufolge ist Hillary überzeugt, sie sei «vom Herrn berufen, der Öffentlichkeit zu dienen, wo immer er es will».

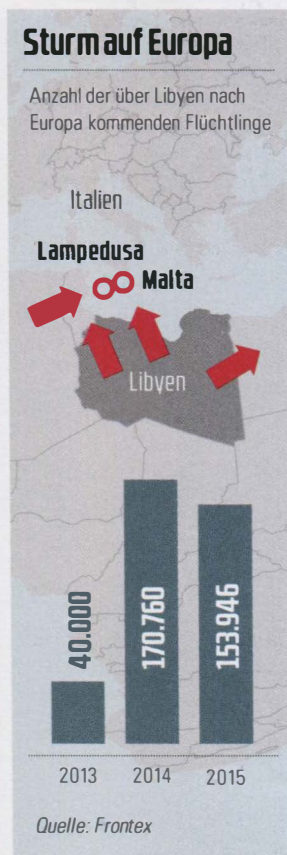
«Clinton glaubt, amerikanische Interventionen tun mehr Gutes, als sie Schaden anrichten.»

Mark Landel

Lange verteidigte Clinton ihre Zustimmung für den Irakkrieg im Jahr 2003. Erst im Vorwahlkampf um die Präsidentschaft 2008 lavierte sie herum und behauptete frech, sie habe geglaubt, nur für die Rückkehr der UN-Waffeninspektoren nach Bagdad gestimmt zu haben. Genutzt hatte es ihr nichts: Clinton verlor die Kandidatenkür gegen den noch unbefleckten Senator von Illinois, Barack Obama.

Am 31. Januar 2009 wurde Clinton zur 67. Außenministerin der USA ernannt. Im Obama-Kabinett soll sie sich mit Verteidigungsminister Robert Gates, einem Überbleibsel aus der Regierung Bush, am besten verstanden haben. Ex-Geheimdienstana-lyst Bruce Riedel erinnert sich: «Gates und das Militär erwarteten eine Regierung, die weit links von der Mitte war, und stellten fest, dass sie eine Außenministerin haben, die in manchen Fragen sogar rechts von ihnen steht.» Konkret bezog Riedel sich auf Clintons Forderung vom Juli 2010, den Flugzeug-

Grafik: COMPACT



träger George Washington in chinesische Hoheitsgewässer zu manövrieren – trotz ausdrücklicher Warnungen Pekings. Die Provokation entsprach den Zielen der Secretary of State: In der Strategiezeitschrift *Foreign Affairs* rief Clinton im Oktober 2011 «Amerikas pazifisches Jahrhundert» aus.

Krieg mit allen Mitteln

In dem Buch *Entscheidungen*, Clintons beschönigender Bilanz ihrer vierjährigen Amtszeit an der Spitze des Außenministeriums, führt sie ihre politische Philosophie auf das Konzept der Smart Power zurück. Es bedeutet, «in einer bestimmten Situation die Wahl zu haben zwischen diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, politischen, gesetzlichen und kulturellen Instrumenten – oder diese miteinander zu kombinieren». Soll heißen: Wo (noch) keine Bomben fallen, findet der Krieg mit anderen Mitteln statt. Wenig diplomatisch schwieg sie 2009 zum Militärputsch gegen den progressiven honduranischen Präsidenten Manuel Zelaya. Voll militärisch unterstützte sie im selben Jahr eine maximale Truppenaufstockung in Afghanistan. Die Begriffsverwischung machte sie komplett, als sie die US-Intervention in Libyen im Oktober 2015 rückblickend als «Smart Power vom Feinsten» bezeichnete – very smart indeed, mit schätzungsweise 30.000 Toten...

Zur Smart Power gehört bei Frau Clinton auch die Funktionalisierung von Menschenrechten. Mit Victoria Nuland holte Hillary die spätere Chefstrategie des Ukraineputsches von 2014 ins Außenministerium. Mit Suzanne Nossel engagierte sie eine «humanitäre» Nervensäge, um vor dem UN-Menschenrechtsrat eine kontroverse Resolution zum Schutz sexueller Minderheiten durchzuboxen. Tra-

ditionellen Gesellschaften wie Russland verpasste sie damit umgehend ein blaues Auge. Nossel wechselte 2012 zu Amnesty International, von wo aus sie die westliche Empörungskampagne gegen die Verhaftung der linkspornographischen, US-gesponserten Kreischband Pussy Riot ankurbelte. Millionen Leser erfuhren von ihr via Mass-Mails, dass sie jetzt «die Lautstärke aufzudrehen» hätten, weil in Putins Russland die «Freiheit im Würgegriff» steckte. 2011 gründete Clinton unter dem Dach des State Departments mit dem sogenannten Strategischen Dialog mit der Zivilgesellschaft ein neues Werkzeug, um die Untergrabung anderer Nationen zu intensivieren. Weltweit forderte sie US-Botschafter auf, «die Zivilgesellschaft als Eckpfeiler unserer Diplomatie in die Pflicht zu nehmen».

Hillary setzte die Bombardierung Libyens durch – gegen den Rat der US-Generäle.

Mit ihrer Behauptung, Putins durchschlagendes Eingreifen in Syrien würde «die Situation ziemlich verschlechtern», lehnt Clinton selbst die halberzigen Versuche Obamas ab, mit den Russen zu einem abgestimmten Vorgehen in der Levante zu kommen. Ihr oberstes Ziel ist der Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad. Würde sie im Januar 2017 Oberbefehlshaberin der US-Streitkräfte werden, dürfte sie die US-Präsenz in Syrien nach dem Vorbild des Vietnamkrieges schrittweise eskalieren – so die Prognose des Ron-Paul-Instituts. Dann droht die direkte Konfrontation mit Russland, wenn nicht der Dritte Weltkrieg. ■

Killarys Weg

26. Oktober 1947: Geburt von Hillary Diane Rodham.

1964: Unterstützerin des Präsidentschaftswahlkampfes des ultrakonservativen Republikaners Barry Goldwater.

1979: Erste Frau in der Chefetage der elitären Wirtschaftskanzlei Rose Law Firm.

1993: First Lady an der Seite ihres Mannes Bill, des neuen Präsidenten.

1998: Affäre Monica Lewinsky.

1999: Bringt ihren Mann dazu, Bomben auf Jugoslawien zu werfen.

2001: Senatorin von New York (bis 2008). Stimmt nach dem 11.9.2001 für Krieg in Afghanistan und Irak.

2009: Außenministerin (bis Ende 2012).

2011: Lässt Islamisten in Libyen bewaffnen.



Time Magazin im November 2009.

Foto: Time



Die italienische Marine im Einsatz Ende Juni 2014: Über 600 Migranten haben sich auf das Schleuserboot gequetscht, in der Hoffnung, irgendwie nach Europa zu gelangen. 30 sind bereits tot. Das Hilfsmittelkommando endet an der Küste Siziliens. Foto: picture alliance / AP Photo

Fahrplan ins Chaos

von Tino Perlick

Was für eine Welt würde eine Präsidentin Clinton zurücklassen? Ihre Pläne weisen sie als Verfechterin der Neuen Weltordnung aus: Militarismus, demokratiefeindliche Handelsabkommen, offene Grenzen, Masseneinwanderung, Minderheitenkult und politische Korrektheit sind ihr Programm.

«Wir glauben an Clintons Vision von Amerika als gerechtem und starkem Führer.»

General John Allen

Am dritten Tag des Parteikonzvents der Demokraten erklärte der Vier-Sterne-General a. D. John R. Allen den freien Nationen dieser Erde den Krieg. Mit harter Miene und ernster Stimme schilderte Allen eine verfeindete Welt, die nur Hillary Clinton vor dem Untergang bewahren könne: «Wir vertrauen ihrem Urteil», erklärte der einstige Vertreter des Präsidenten bei der internationalen Anti-IS-Koalition in strammem Kadavergehorsam. «Wir glauben an ihre Vision von einem Amerika als gerechtem und starkem Führer gegen die Mächte des Hasses, des Chaos und der Dunkelheit.» Mit Clinton als Heerführerin werde «Amerika weiterhin diese gefährdete Welt führen. Wir werden uns der Tyrannei entgegenstellen und widersetzen, und wir werden das Böse besiegen.»

Morddrohungen an die Feinde Amerikas

An gefügige «Freunde und Partner» schickte Allen die Botschaft: «Wir sind bei Euch, Amerika wird Euch nicht im Stich lassen.» Für alle anderen hatte er folgende Warnung parat: «Jenen, die gegen Frieden und Zivilisation in der Weltordnung handeln, sagen wir: Wir werden uns Euch widersetzen. Und unseren Feinden, unseren Feinden sagen wir: Wir werden Euch verfolgen, wie nur Amerika

Vor Hillary knien sie nicht.

Foto: Scott J. Ferrell/Congressional Quarterly/Getty Images



das tun kann. Ihr werdet uns fürchten.» Was das heißen könnte, erläuterte der ehemalige CIA-Direktor und Clinton-Unterstützer Mike Morell Anfang August: «Ich will Assad einschüchtern. (...) Ich will sein Büro mitten in der Nacht bombardieren.»

Die Welt steht am Scheideweg. General Allens plumpes Freund-Feind-Schema ist dem Handbuch der sogenannten Neuen Weltordnung entnommen, das unter anderen der einstige Berater von George W. Bushs Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der berühmte Geostratege Thomas P. M. Barnett, vorgelegt hat.

«Nachdem wir das wirtschaftliche Modell unseres amerikanischen Systems erfolgreich in der großen Mehrheit der Weltbevölkerung nachgebildet haben», erläutert Barnett in seinem 2009 erschienenen Buch *Great Powers*, «schauen wir nun der langfristigen Herausforderung ins Gesicht, seine politischen Gebilde – seine Gesetze, Institutionen, Kultur und damit verbundene Religions- und Meinungsfreiheit sowie die freie Wahl der Anführer – nicht nur innerhalb der Nationen, sondern durch die internationalen Systeme als Ganzes – nachzubilden.» Statt vieler nach dem Vorbild der USA geformter Einzelstaaten soll also künftig ein amerikanisierter Weltstaat entstehen. Gegner seiner Vision ließ Barnett wissen: «Und für den Fall, dass nichtrationale Akteure gegen die globale Ordnung Gewalt androhen, sage ich: Tötet sie!» Mit Clinton als Geschäftsführerin des US-Imperiums steht der Verwirklichung dieser Schreckensvision nichts mehr im Weg.



Clinton steht stramm hinter dem Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP sowie dem transpazifischen Pendant TPP. Der republikanische Senator Alabamas Jeff Sessions hat die nicht-öffentlichen TPP-Dokumente gesichtet: Er warnt, das Vertragswerk gebe die gesetzgebende Macht des Kongresses an eine internationale Kommission nach dem «Vorbild der Europäischen Union» ab. Diese Abkommen sind ein entscheidender Schritt in Richtung eines «globalen Regelsatzes», wie ihn Globalisten schon lange fordern. Einen Ausblick auf das Niveau der weltweiten Standards von morgen lieferte Barack Obama, als er zum Schrecken von Menschenrechtlern Malaysia von der Liste der schlimmsten Menschenhandelsnationen strich, damit es an der transpazifischen Partnerschaft teilhaben kann. 2012 nannte Clinton TPP den «Goldstandard der Handelsverträge». Offenbar wahlkampfstrategisch motiviert, ging sie zuletzt auf Distanz. In der 2015 erschienenen Taschenausgabe ihres Buches *Entscheidungen* wurden sämtliche diesbezügliche Passagen gestrichen.

Für Barnett ist Globalisierung Amerikas «historisches Geschenk an die Welt». Diana Johnstone, Autorin des Hillary-Buchs *Die Chaos-Königin*, beschreibt Clinton ihrerseits als «Personifizierung dieses überheblichen Glaubens an die Einzigartigkeit der USA». Clinton sei unfähig, «auch nur daran zu zweifeln, dass die USA die letzte Hoffnung der Menschheit sind». Um den Mittleren Osten in den US-Orbit zu ziehen, paktierte sie mit Islamisten gegen souveräne Regierungen in Libyen und Syrien.

Ihr versprochener Neustart mit Russland endete in einem neuen Kalten Krieg, nachdem Clintons «Mädchen» (und potentielle Außenministerin) Victoria Nuland den Putsch in der Ukraine eingefädelt hatte. Das vielleicht lauteste Alarmsignal: Kriegsverbrecher und Geostratege Henry Kissinger rühmt Killary: «Sie führte das Außenministerium effektiver, als ich es je gesehen hatte.» Die Kissingers und die Clintons verbringen die Winterferien regelmäßig gemeinsam in der Dominikanischen Republik.

Grenzen sind Vergangenheit

In einer «integrierten» Welt, glaubt Hardcore-Multikulturalist Barnett, würden die Menschen «die Vorteile einer Welt ohne Mauern ernten, ohne Nicht-Vernetzung und ohne Krieg». Ergo fordert er: «Wir, das Volk, muss zu Wir, der Planet, werden.» Auch in dieser Hinsicht will Clinton Folge leisten.

Gegen die Mehrheit eines tobenden Kongresses hat Obama mit Ausnahmeverordnungen bereits Millionen illegal Eingewanderten Zugang zu Arbeits-erlaubnis und staatlichen Leistungen gewährt. Bis zum 16. Lebensjahr illegal eingereiste Menschen unter 32 Jahren, die straffrei geblieben sind, hat Obama per Dekret quasi eingebürgert. Als Präsidentin will Clinton diese Maßnahmen erweitern. Im Mai 2016 berichtete NBC: «Im Falle ihrer Wahl hat die ehemalige Außenministerin versprochen, an Präsident Obamas Exekutivbefehle anzuknüpfen und in ihren ersten 100 Tagen im Amt eine umfassende Einwanderungsreform vorzustellen.»

Beratung über den Atomschlag:
Foto aus dem Film *Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben*.
Foto: Pressebild Neue Visionen
Filmverleih GmbH

«Clinton will in ihren ersten 100 Tagen im Amt eine umfassende Einwanderungsreform vorstellen». NBC

Sex mit Monica



Wer Bill Clintons Memoiren (Mein Leben) liest, erhält einen guten Eindruck über die unheilvolle Verquickung von Politik und Privatleben. Im Sommer 1998 trieb die Krise um die Intimitäten des Präsidenten mit seiner Praktikantin Monica Lewinsky einem Höhepunkt zu, es drohte ein Amtsenthebungsverfahren. Auch der Haussegen hing schief: Gattin Hillary verjagte den Fremdgänger aus dem Ehebett, er musste wochenlang auf dem Sofa übernachten. Bill flüchtete sich in militärischen Aktivismus und bombardierte al-Qaida – oder was er dafür hielt.

Die Chronologie sieht so aus: Am 6. August 1998 wurden zwei US-Botschaften in Ostafrika von mutmaßlichen al-Qaida-Kommandos gesprengt. Am 15. August musste sich Clinton wegen der Lewinsky-Affäre einem vierstündigen Videoverhör durch Sonderermittler Kenneth Starr unterziehen. Am Abend desselben Tages entschuldigte er sich in einer Fernsehansprache an die Nation für den Fehltritt. «Die folgenden Tage verbrachte ich abwechselnd damit, [Hillary] um Verzeihung zu bitten und den Angriff auf al-Qaida zu planen», schreibt Clinton in seinen Memoiren. Am 20. August erfolgte der Cruise-Missile-Angriff auf eine Arzneimittelfabrik im Sudan, die Clinton voreilig als Waffenlabor der Terrorgruppe ausgegeben hatte. Seine Umfragewerte stiegen dann wieder...

Lewinsky lebt heute in London.
Foto: Time

Bild oben rechts: Minderheiten sind eine bevorzugte Zielgruppe für Clinton. Foto: Jim Bourg/Reuters

Überdies will Hillary auch dem Trojanischen Pferd des islamischen Terrors Tür und Tor öffnen: 500 Prozent mehr Syrer als unter Obama sollen unter ihr Asyl bekommen dürfen. Wie das Nachrichtenportal *Breitbart News* vorrechnet, könnten 730.000 muslimische Migranten während ihrer ersten Amtszeit eine neue Heimat in den USA finden. «Ich werde darauf hinarbeiten sicherzustellen, dass jeder einzelne Flüchtling, der in den Vereinigten Staaten Asyl sucht, eine Chance hat, seine oder ihre Geschichte zu erzählen», gab Clinton im Dezember 2015 zu verstehen. «Das ist das Mindeste, das wir Menschen, die vor Verfolgung und Zerstörung auf der Flucht sind, bieten können.» Ungeheuerliche Worte aus dem Mund der Frau, zu deren Markenzeichen permanenter Krieg und Destabilisierung gehören.

Auf zur bunten Meinungsdictatur

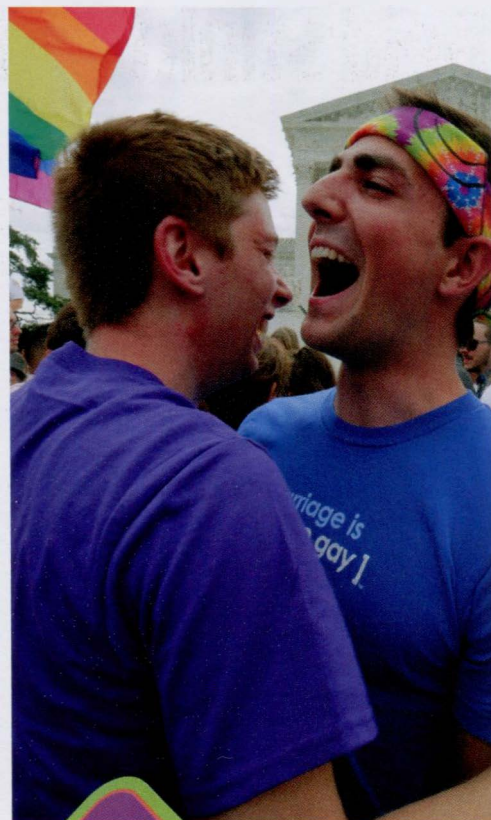
In seiner Rede machte General Allen klar: «Wir müssen die Kraft sein für Einheit in Amerika, für eine Vision, die alle einschließt, jeden Mann und jede Frau, jede Rasse, Ethnie, Religion und jedes Glaubensbekenntnis, einschließlich der Amerikaner, die geachtete Muslime sind, jedes Geschlecht und jede geschlechtliche Orientierung.»

Das Fetischisieren von Minderheiten ist eine weitere Waffe im Kampf gegen störrische Regierungen. «Wenn Saudi-Arabien Homosexuelle hinrichtet, bleibt der Protest zahnlos und ist nicht von Boykott- oder Sanktionsdrohungen begleitet», schreibt Johnstone. «Das steht in starkem Kontrast zu dem Wutgeheul über die nicht vorhandenen Probleme für Schwule in Sotschi [Russland].» Erst mit Hillary im State Department spielten sich die USA als Vorreiter für Schwulen- und Lesbenrechte auf und traten dem UN-Menschenrechtsrat bei. «Schwulenrechte sind Menschenrechte», psalmodierte sie dort 2011.

«Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun.»

Clinton

Während die Obama-Administration der Marine geschlechtsneutrale Uniformen verpasste und bundesweit staatliche Schulen dazu verdonnerte, transsexuellen Schülern freizustellen, welche Toilette sie benutzen, schlagen Sicherheitsbehörden Alarm: «Nach Beendigung meiner 15-jährigen Karriere bei der Heimatschutzbehörde kann ich über den gefährlichen Zustand, in dem Amerikas Anti-



Terrorstrategie sich befindet, nicht länger Schweigen bewahren», gestand Islamexperte Philip Haney im Februar 2016 auf dem US-Kongressnachrichtenportal *The Hill*. «Ich schweige nicht länger über die Bereitschaft unserer Anführer, die Sicherheit der Bürger der ideologischen Starrheit politischer Korrektheit zu opfern.»

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 twitterte Hillary den Standardsatz: «Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun.» Unter ihr würde dies endgültig zur verbindlichen Richtlinie: Die von Clinton ernannte erste US-Sonderbeauftragte für muslimische Gemeinschaften, Farah Pandith, schreibt schon jetzt Berichte zur «Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus», in denen Ermittlern nahegelegt wird, zur Schonung der armen Muslime auf sensible Worte wie «Dschihad» und «Scharia» gänzlich zu verzichten. Auf Andersdenkende wartet die Gesetzesvorlage 569. Bereits 144 demokratische Abgeordnete unterstützen das Maulkorbgesetz zur «Verurteilung von Gewalt, Bigotterie und Hassrhetorik gegen Muslime in den Vereinigten Staaten».

Der Dank für all die Mühen: Seddique Mir Mateen, Vater des Mörders von 49 Besuchern eines Nachtclubs für Homosexuelle in Orlando, Florida, ist Hillary-Fan. Als der bekennende Unterstützer der Taliban im August von Kamerateams bei einer Wahlkampfveranstaltung von Clinton gesichtet wurde, sagte er in gebrochenem Englisch: «Sie ist gut für die Vereinigten Staaten, gegen Donald Trump.» ■

Geld stinkt nicht

– von Max Z. Kowalsky

Für ihre Interessenspolitik können die Clintons auch Millionen an Vortragshonoraren einsetzen. Ihre Familienstiftung ist ein Netzwerk der Korruption. Die Spender, auch ausländische Regierungen, können auf Hillarys Politik Einfluss nehmen.

Am 22. März 2012 hielt Außenministerin Clinton im Ballsaal des historischen Washingtoner Mayflower Hotels eine Ansprache vor einer globalen Anti-Korruptionsorganisation. Eine besonders fröhliche Hillary erklärte: «Schon bevor Regierungsbeamte laut und offen über diese Probleme gesprochen haben, zerrte Transparency International Korruption aus den Schatten.» Sie fügte hinzu: «Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel.» Im Fall der Clintons müsste es heißen: Im hellen Tageslicht versteckt es sich am besten.

Zwischen ihrem Auszug aus dem Weißen Haus Ende 1999 und Hillarys Wahlkampfbeginn im Mai 2015 strichen Bill und Hillary 153 Millionen Dollar Redehonorare von Banken und Industrietitanen ein. Insgesamt hielten sie 729 Reden für durchschnittlich je 210.795 Dollar. Mit 39 Vorträgen vor Großbanken wie Goldman Sachs verdienten die Clintons allein 7,7 Millionen. In den ersten drei Jahren nach ihrer Zeit im Außenministerium kassierte Hillary mit nur zwölf Vorträgen vor Finanzinstituten 2,9 Millionen Dollar – also so viel, wie ein durchschnittlicher Collegeabsolvent im ganzen Leben verdient. Gefragt, ob er auch so weitermachen wolle, wenn seine Frau im Weißen Haus säße, antwortete Bill einer Journalistin: «Oh ja, ich muss ja unsere Rechnungen bezahlen.»

Geschmierte Geschäfte

Im März 2015 war ans Licht gekommen, dass Hillary Regierungsgeschäfte über ungesicherte E-Mail-server abgewickelt hatte – unter anderem mit ihrem privaten Blackberry. Wie Peter Schweizer im Buch *Clinton Cash* nachweist, ist Politik für die Clintons eine Angelegenheit unter gutbetuchten Freunden. Beispiel Haiti: Während Hillary nach dem verheerenden Erdbeben von 2010 die offiziellen US-Hilfeleistungen managte, fungierte Bill als Co-Vorsitzender der Vorläufigen Kommission für den Wiederaufbau. Gemeinsam schleusten sie Milliarden Hilfgelder an die Unternehmer, die sich als großzügige Spender ihrer Stiftung, der Clinton Foundation, verdient gemacht hatten. Aus den Ruinen entstanden Luxushotels und Fabriken – Desaster-Kapitalismus vom Feinsten. Die Clinton Foundation ist ein 1997 gegründetes Meganetzwerk. Nach Recherchen der *Washington Post* haben Bill und Hillary

seit 1974 insgesamt drei Milliarden Dollar von Sponsoren eingetrieben. Zwei Milliarden flossen in die angebliche Stiftung. Bevor Hillary als Außenministerin bestätigt wurde, veröffentlichte die sogenannte Non-Profit-Organisation eine rund 200.000 Namen umfassende Liste mit Spendern. Darunter befanden sich etliche autokratische Ölstaaten. Im Februar 2015 wurde bekannt, dass der Geldfluss aus dem Persischen Golf auch während Clintons Amtszeit im State Department nicht versiegt war. Terror-Sponsor Saudi-Arabien allein überwies über die Jahre zwischen zehn und 25 Millionen Dollar an die Clintons. Einstellige Millionenbeträge kamen aus Qatar, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und dem Oman. Quid pro quo: Als führende Diplomatin der USA hatte Hillary konkurrierende Energieproduzenten wie Libyen und Syrien ins Chaos gestürzt und aufsteigende Ölregionen wie Nigeria geschwächt. Die dort wütende Terrormiliz Boko Haram zum Beispiel wurde von ihr nie auf die offizielle Terrorliste gesetzt.

Der Sicherheitsanalytiker Patrick Poole empörte sich im Nachrichtenportal *The Daily Caller*: «Diese Regime kaufen Zugang. Sie haben die Saudis. Sie haben die Kuwaitis, Oman, Qatar und die VAE. Es gibt enorme Interessenskonflikte. Das ist jenseits allen Fassungsvermögens.» Die *Washington Post* kommentierte: «Kein Präsidentschaftskandidat kann einen Interessenskonflikt dieser Größenordnung rechtfertigen; Hier gibt es nicht nur den Anschein eines Interessenskonflikts, sondern einen faktischen Interessenskonflikt.» ■

Hillarys Finanzminister

Welcher Wall-Street-Kandidat wird unter Hillary das Finanzministerium führen? Die besten Chancen hat wohl Larry Fink, Hauptgeschäftsführer des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock. Die Firma kontrolliert 4,6 Billionen Dollar in Kapitalanlagen – etwa eine Billion mehr als der Jahreshaushalt der USA und fünfmal mehr als das Kapital von Goldman Sachs. Fink war bereits in der engeren Auswahl für die Nachfolge von Obamas erstem Finanzminister, Timothy Geithner. Clintons Stabschefin im US-Außenministerium und Vorstandsmitglied der Clinton Foundation, Cheryl Mills, sitzt bereits seit 2013 im Vorstand von BlackRock – auf Einladung Finks. Beobachter bewerteten dies als Schritt, sich bei Hillary beliebt zu machen.

**Saudi-Arabien
überwies zwischen
zehn und 25 Millionen
Dollar an die
Clinton Foundation.**

Alle Klarheiten beseitigt: Hillary Rodham Clinton vor dem Bengasi-Untersuchungsausschuss Ende Oktober 2015. Foto: picture alliance / dpa





Die Patin des Dschihad

— von Norman Hanert

Hillary Clinton sieht sich mit einem schweren Verdacht konfrontiert: Während ihrer Zeit als Außenministerin soll sie die Verschiffung von Waffen, auch Giftgas, vom libyschen Bengasi an Terroristen in Syrien zugelassen haben – ebenso wie die Ermordung des US-Botschafters, eines Mitwissers der Operation.

*In den Straßen von Bengasi...
Die US-Regierung bezeichnete den
Libyer Ahmed Abu Khatallah als
Drahtzieher des Terrorangriffs vom
11.9.2012. Foto: Esam Al-Fetori /
Reuters*

Hat Hillary Clinton die Beseitigung hochrangiger Diplomaten ihres eigenen Landes ermöglicht? Was in den USA seit fast zwei Jahren unter dem Stichwort Bengasi-Gate die politisch interessierte Öffentlichkeit bewegt, ist tatsächlich ungeheuerlich: Bei einem Terrorangriff auf das US-Konsulat im libyschen Bengasi am 11. September 2012 wurden der Botschafter John Christopher Stevens und drei weitere US-Bürger getötet – und die damalige Außenministerin hat dies, zumindest durch Fahrlässigkeit, verschuldet: Nachgewiesen ist unter anderem, dass im Vorfeld des Überfalls im State Department mehrfach alarmierende Meldungen über die prekäre Sicherheitslage in der Küstenstadt eingegangen waren, ohne dass dies Konsequenzen hatte. Clintons Behörde lehnte Vorschläge zum Einsatz spezieller Sicherungsmannschaften ab. So hatte das US-Verteidigungsministerium unter anderem angeboten, eine Antiterrorereinheit der Marine (U.S. Marine Corps Fleet Antiterrorism Security Team) nach Bengasi zu entsenden. Belegt ist außerdem, dass das Außenministerium wenige Monate

vor dem Angriff auf das Konsulat sogar ein Security Support Team abgezogen hatte. Anvertraut war der Schutz des Konsulats stattdessen ausgerechnet der islamistischen Miliz-Brigade Märtyrer des 17. Februar. Damit hatte sich Clintons Ministerium eine Truppe zum Partner gemacht, die al-Qaida nahesteht und zudem beschuldigt wird, während des Umsturzes in Libyen Gräueltaten verübt zu haben.

Die Neocon-Connection

Inzwischen wurde penibel rekonstruiert, wie dieser Skandal zunächst vertuscht wurde: Unmittelbar nach dem Blutbad behauptete die US-Regierung, es habe sich um spontane Gewaltakte im Zuge von Protesten gegen ein Mohammed-Schmähvideo gehandelt. Dokumente, deren Offenlegung die Organisation Judicial Watch erwirkt hat, zeigen jedoch, dass man im Außenministerium relativ schnell wusste, dass in Bengasi ein organisierter terroristischer Angriff abgelaufen war. Sprecherin des Außenministeriums war damals Victoria Nuland, die später zur Europa-Beauftragten des State Department aufstieg: Sie sorgte mit der verbalen Entgleisung «Fuck the EU» – gerichtet gegen europäische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Konflikt – im Frühjahr 2014 für Schlagzeilen. Die Personalie verweist auf die brisante Allianz, die sich um Clinton gebildet hat: Nuland gilt nämlich als außenpolitische

Clinton ließ das
US-Konsulat durch
eine al-Qaida-nahe
Miliz schützen.

Hardlinerin, die den in der Bush-Ära tonangebenden Neokonservativen viel näher steht als dem demokratischen Präsidenten Barack Obama. Sie ist mit Robert Kagan verheiratet, der zu den einflussreichsten Beratern und Propagandisten des Weißen Hauses während der Kriegszüge nach 9/11 gehörte.

Operation unter falscher Flagge

Doch mittlerweile wird Clinton nicht nur Versagen beim Schutz des US-Konsulats vorgeworfen. Es geht um viel Brisanteres, nämlich um Waffenlieferungen aus Libyen an die syrischen Terroristen. Im Bengasi-Untersuchungsausschuss des US-Kongresses wurde «Killary» direkt darauf angesprochen, ob sie Kenntnis davon gehabt habe, dass über die Hafenstadt Kriegsgerät der geschlagenen Gaddafi-Truppen via Türkei in die Levante verschifft wurde. Clinton bestritt dies und verwies auf die CIA. Tatsächlich ist inzwischen erwiesen, dass es in Bengasi, räumlich getrennt vom US-Konsulat, eine CIA-Filiale gegeben hat.

Aber konnte die CIA ohne Zustimmung des Außenministeriums tätig werden? Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh jedenfalls macht Clinton für den geheimdienstlich organisierten Schmuggel aus Bengasi mitverantwortlich. Mit aktiver Unterstützung der CIA sollen syrische Rebellen neben tragbaren Flugabwehrraketen sogar Sarin aus den Depots der besiegten libyschen Armee erhalten haben. Dieses Giftgas soll am 21. August 2013 in Ghuta, einem Vorort von Damaskus, gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz gekommen sein. Mit mindestens 281 Toten – andere Schätzungen gehen von über 1.700 aus – war dies die bis dahin schlimmste Gräueltat seit Beginn des Bürgerkrieges 2011. Innerhalb weniger Tage beschloss die US-Regie-

rung damals einen Vergeltungsangriff auf Syrien – aber nicht gegen die islamistische Opposition, sondern gegen die legitime Regierung von Baschar al-Assad. Die 6. Flotte ging im Mittelmeer in Stellung. Zur Begründung sagte Obama Anfang September 2013: «Wie ich schon letzte Woche gesagt habe, (...) haben wir sehr große Sicherheit, dass Syrien chemische Waffen für wahllose Morde an tausenden Menschen einsetzte, darunter mehr als 400 Kinder, und den internationalen Vertrag gegen chemische Waffen verletzte. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region dar. Als Konsequenz müssen Assad und Syrien zur Rechenschaft gezogen werden.»

Die Terroristen sollen mithilfe der CIA Giftgas aus Libyen erhalten haben.

Doch im letzten Augenblick wurde der vom Weißen Haus bereits angekündigte Krieg abge sagt. Ausschlaggebend waren letzten Endes offenbar nicht Bedenken des Pentagon vor einem Flächenbrand im Nahen Osten, sondern ein drohendes Scheitern Obamas im US-Kongress: Hersh zufolge musste Obama fürchten, dass die Abgeordneten einen Einsatz in Syrien nicht einfach durchwinken würden. Nicht auszuschließen ist vor diesem Hintergrund, dass auch der konkrete Anlass für einen Krieg, der Giftgaseinsatz von Ghuta, genauer untersucht worden wäre – die Rolle von Obamas Parteifreundin Hillary beim Sarin-Schmuggel via Bengasi wäre dann kaum noch zu verheimlichen gewesen. ■

Geld von den Saudis

«Saudi-Arabien hat mehr als 20 Prozent der Kosten von Hillary Clintons Wahlkampagne bezahlt, wie die Nachrichtenagentur *Jordanian Petra News Agency* unter Berufung auf den saudi-arabischen Vize-Kronprinzen Mohammed bin Salman berichtete.

Die Meldung wurde dem Nachrichtenportal *Middle East Eye* zufolge später entfernt. Das Institute for Gulf Affairs mit Sitz in Washington veröffentlichte den Screenshot des originalen Beitrags auf Arabisch jedoch später noch einmal: "Saudi-Arabien hat immer sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei gesponsert. Das Königreich deckt auch jetzt mit Feuer und Flamme 20 Prozent der Kosten von Hillary Clintons Wahlkampagne bei den US-Präsidentschaftswahlen. Und dies trotz der Tatsache, dass einige einflussreiche Kräfte im Land der Unterstützung dieser Kandidatin negativ gegenüberstehen, da sie eine Frau ist.", zitierte *Jordanian Petra News Agency* den Vize-Kronprinzen.» (*Sputniknews*, 14.6.2016)

_ Nonnan Hanert schrieb in COMPACT 4/2016 über das drohende Bargeldverbot.

Rund 40 Schiffe der 6. US-Flotte sind im Mittelmeer stationiert. Foto: U.S. Navy Photo/Mass



Sturm über Teheran

_ von Max Z. Kowalsky

Wenn Hillary Clinton Präsidentin wird, herrscht im Iran zu Recht Alarmstufe Rot. Ein Angriff auf den Gottesstaat würde sowohl Israel wie auch den Saudis nützen. Auf dem Papier hat Clintons mögliche Verteidigungsministerin den Krieg bereits erklärt.

Noch mehr Sex

Hillary Clinton scheint prädestiniert dafür zu sein, eine Allianz zwischen Zionisten und Wahhabiten anzuführen. Clintons engste Assistentin Huma Abedin stammt aus einer muslimischen Akademikerfamilie, die für die Regierung Saudi-Arabiens gearbeitet hat. Verheiratet ist Abedin mit dem jüdisch-zionistischen Ex-Kongressabgeordneten von New York, Anthony Weiner. Für Diana Johnstone, Autorin des Hillary-Buchs *Die Chaos-Königin*, verkörpert «ihre überraschende interkonfessionelle Ehe ein Kernmerkmal der clintonschen Außenpolitik: eine faktische Allianz zwischen Saudi-Arabien und Israel. Dieses Bündnis mag, ebenso wie die Abedin-Weiner-Ehe, seltsam und gewagt erscheinen, ist aber inzwischen ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik. In beiden Allianzen gibt es sicher vieles, von dem die Öffentlichkeit nichts weiß.» Als getwitterte Selfies publik wurden, die Weiner in Unterhose mit sichtlich erigiertem Penis zeigen, gab er 2011 sein Amt auf. Nach erneuten Sex-Skandalen kündigte Abedin, der eine steile politische Karriere vorhergesagt wird, im Sommer 2016 die Trennung an.

Im Mai 2016 hat die parteiübergreifende Denkfabrik Center for a New American Security (CNAS) ein außenpolitisches Strategiepapier für die nächste US-Administration vorgelegt. «Extending American Power» (Amerikanische Macht ausbauen) wurde von neokonservativen Bush-Boys wie Robert Kagan und liberalen Falken wie Michèle Flournoy, die unter Clinton wahrscheinlich das Pentagon leiten würde, erarbeitet. Bei CNAS glaubt man, US-Verbündete und Partner in Ostasien, Europa und dem Mittleren Osten würden «mehr Engagement der Vereinigten Staaten begehren, nicht weniger».

Die Autoren fordern mehr Präsenz von US-Truppen – praktisch überall. China könne man durch verstärkte Abschreckung im Zaum halten. Europa solle durch TTIP noch enger an die USA gebunden werden und seine Energie langfristig aus Amerika beziehen statt aus Russland. Für den Mittleren Osten findet man den bekannten Fahrplan nach Damaskus via die angebliche Bekämpfung des Islamischen Staats. Das Ende des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad sei nicht verhandelbar. Schließlich widmen sich die Verfasser dem nächsten Opfer: Iran.

Zionisten und Wahhabiten

Die Aufzählung der Beschwerden ist lang: Teheran unterstützt Assad in Syrien und die Huthi-Rebellen gegen die saudische Invasion im Jemen. Das schlimmste Vergehen jedoch stellen angebliche Großmachtvisionen dar. Also müssten die Vereinigten Staaten «die Grundsatzpolitik festsetzen, Irans Entschlossenheit niederzuschlagen, den Großraum Mittlerer Osten zu dominieren».

Clinton steckt ihrerseits tief in den Taschen der Israel-Lobby. Schon im Juli 2014 hatte der zionistische Medienmogul Haim Saban erklärt, für ihre Wahl «so viel wie nötig» spenden zu wollen. Zum anderen haben die Saudis der Clinton-Stiftung Millionenbeträge überwiesen. Im Jemen liefert sich das sunnitische Königshaus seit über eineinhalb Jahren einen Stellvertreterkrieg mit den schiitischen Mullahs. Seit der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den Schulterchluss mit Moskau und Teheran sucht, haben die Scheichs einen weite-

ren Grund, den ewigen Rivalen auszuschalten. Die Pläne liegen auf dem Tisch. Wie Israels Tageszeitung *Haaretz* im November 2013 berichtete, wollen die Saudis Tel Aviv im Falle eines Angriffs die Nutzung ihres Luftraums genehmigen und mit Drohnen, Rettungshubschraubern und Tankflugzeugen unterstützen. Am 22. Juli 2016 traf eine Delegation aus Riad in Tel Aviv zu erneuten Gesprächen ein. Offiziell ging es bei den Gesprächen um die israelisch-arabischen Beziehungen. Inoffiziell, glauben Beobachter, ging es um Hillary Clinton.

Beide Staaten fühlen sich von Barack Obama im Stich gelassen. Clinton könnte sie versöhnen. 2008 hatte Killary verkündet, den Iran im Falle eines Nuklearangriffs auf Israel «komplett auslöschen» zu wollen. Nur Tage vor Unterzeichnung des historischen Atomabkommens hatte sie am 3. Juli 2015 vor ausgewählten Zuhörern am Elitecollege Dartmouth erklärt, der Iran bleibe für Israel eine «existentielle Bedrohung». Auch die CNAS warnt Teheran, das von Obama mitverhandelte Vertragswerk nicht als Zeichen der Entspannung zu deuten. Tatsächlich wird ein Gelingen des Abkommens bereits nach Kräften sabotiert. Seit seinem Abschluss haben die USA auf Anordnung des Obersten Gerichtshofs iranische Vermögenswerte im Wert von zwei Milliarden Dollar eingefroren – als Strafe für die angebliche Beteiligung an Terroranschlägen in Beirut 1983. Irans Präsident Hassan Rohani nannte die Entscheidung «blanken Diebstahl». Hat man das Abkommen bombardiert, steht erneuter Kriegspropaganda und echten Geschossen nicht mehr viel im Weg. ■

Clinton drohte 2008, den Iran «komplett auslöschen» zu können.





«Europa sollte sich vor Amerika retten»

Interview mit Diana Johnstone

Kaum ein Journalist weiß besser über Hillary Bescheid als Diana Johnstone. Die in Frankreich lebende US-Amerikanerin ist Autorin des 2015 erschienenen Buchs «Die Chaos-Königin: Hillary Clinton und die Außenpolitik der selbsternannten Weltmacht».

Es gibt Stimmen in Deutschland, die behaupten, Hillary Clinton könne das Zeitalter männlicher Gewalt beenden.

Vielleicht wird sie es durch ein Zeitalter weiblicher Gewalt ablösen. Anscheinend will sie das Pentagon von einer Frau leiten lassen, Michèle Flournoy. Wie Hillary fordert diese Luftangriffe auf Syrien, um den angeblich guten Rebellen zu helfen, Präsident Assad zu stürzen. Das Risiko eines militärischen Zusammenpralls mit Russland scheint keine der beiden zu stören. Victoria Nuland, die gegen Merksels Wahl des nächsten ukrainischen Premierministers mit den Worten «Fuck the EU» Einspruch erhoben hatte, könnte ihre Außenministerin werden. Diese drei Frauen haben mit ihren erfolgreichen Ambitionen die sogenannte gläserne Decke durchbrochen und es in Top-Positionen geschafft. Sie sind bereit, noch sehr viel mehr kaputt zu machen.

Geld von den Saudis

Als Außenministerin tätigte Clinton Regierungsgeschäfte auf privaten E-Mail-Servern. Warum wurde sie dafür nicht angeklagt?

Diejenigen, die Teil des Machtsystems sind, werden das erkorene Aushängeschild dieses Systems

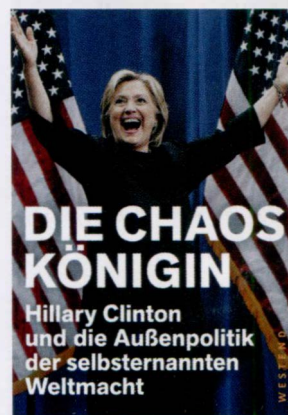
eben nicht anklagen. Die Clintons sind, milde ausgedrückt, gut vernetzt. Die US-Justizministerin, die die Klage hätte einreichen müssen, Loretta Lynch, verdankt ihre Karriere Bill Clinton. Davon abgesehen hat das FBI durch seinen Fokus auf die Sicherheitsverstöße den mutmaßlich kriminellen Inhalt dieser E-Mails überhaupt nicht beachtet.

Die Clinton-Stiftung erhielt ja rund 100 Millionen Dollar von Ölstaaten wie Saudi-Arabien. Was gab es zurück?

Ich glaube nicht, dass das eine Frage des simplen Quidproquo ist. Die Clintons sind in vielerlei Hinsicht mit Saudi-Arabien befreundet. Hillarys engste Assistentin, Huma Abedin, stammt aus einer aktivistischen muslimischen Familie in Saudi-Arabien. Clinton begünstigte Rüstungsdeals zwischen den USA und den Saudis, aber das ist ja Tagesgeschäft. Was sie auszeichnet, ist ihre Hingabe an die strategischen Interessen Saudi-Arabiens im Mittleren Osten, insbesondere ihre Feindseligkeit gegenüber Iran und Syrien.

Wem ist Clinton am meisten verpflichtet? Den Saudis? Israel? Der Wall Street oder dem Militärisch-Industriellen Komplex?

US-Truppen 2014 auf dem Weg nach Litauen. Foto: U.S. Air Force photo/Staff Sgt. Sara Keller



Erschienen im Westend Verlag.
Foto: Westend Verlag

«Die Clintons sind in vielerlei Hinsicht mit Saudi-Arabien befreundet.»



Flüchtlingschaos 2015. Foto: Screenshot YouTube



Diana Johnstone. Foto: privat

«Das Ziel der USA ist nicht Islamisierung, sondern Multikulturalismus.

Die arbeiten alle zusammen. Die Wall Street braucht den Militärisch-Industriellen Komplex, um sich dicke Regierungsaufträge mit risikolosen Profiten zu sichern. Der Komplex braucht die Saudis, weil diese teure Waffensysteme kaufen. Er braucht außerdem die Israel-Lobby, um ideologische Vorwände zu haben, im Mittleren Osten in den Krieg zu ziehen. Kurz gesagt, sind diese Sponsoren alle durch geteilte Interessen miteinander verbunden. Diene einem, und Du dienst allen.

Der Minderheiten-Kult

Vordergründig feiert Clinton die Schwulen- und Lesbenszene. Gleichzeitig weigert sie sich, die Worte «radikaler Islam» auszusprechen, obwohl die Islamisten Homosexuelle hassen.

Das ist eindeutig Teil der US-Vorherrschaftspolitik, mit Hilfe des radikalen Islams den Neuen Mittleren Osten zu erschaffen. Zum einen sollen so israel-feindliche arabische Nationalisten liquidiert werden. Zum anderen will man Russland schwächen, indem in seinen muslimischen Völkern Unruhe gestiftet wird. Bezeichnenderweise wird die Förderung sexueller Minderheiten mehr gegen Putin als gegen Saudi-Arabien verwendet.

Neben Homosexuellen und Moslems biedert sich Clinton auch den Afroamerikanern an. Warum der Minderheitenkult?

Die gehen wählen. Und sich um Minderheiten zu sorgen, ist die neoliberale Taktik, um die Mehrheit ignorieren zu können – besonders die Mehrheit, die gegen die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der Globalisierung kämpft. Linke Parteien, die früher soziale Gleichstellung vertraten, stehen heute

für individuelle Chancengleichheit. Die theoretische Mehrheit, also weiße Männer, wird zu einer Minderheit, der man immerzu Populismus unterstellt.

Sie schreiben ausführlich über Clintons Missbrauch der Zivilgesellschaft. Können Sie das für uns skizzieren?

Clinton mag die Zivilgesellschaft als Alternative zu Regierungsinstitutionen, die Neoliberale ja schwächen wollen. Die USA unterstützen auch viele konkrete Gruppen finanziell. Manche sind in Wahrheit subversive Verbände, die von George Soros und der Stiftung National Endowment for Democracy mitfinanziert werden. Diese ermutigen Minderheiten darin, Regierungswechsel voranzutreiben. Im September 2009 ernannte Clinton Farah Pandith, eine Freundin von Huma Abedin, zur ersten US-Sondergesandten für muslimische Gemeinschaften, insbesondere in Europa. Im darauffolgenden Januar erließ der US-Botschafter in Paris, Charles Rivkin, vertrauliche Instruktionen zur, so wörtlich, Verbesserung von Frankreichs traditioneller Politik in Fragen der Gleichheit. Diese solle man neu, als soziale und institutionelle Förderung von Minderheiten insbesondere von Moslems, definieren, wie von WikiLeaks veröffentlicht wurde. Das läuft auf eine eindeutige Kampagne hinaus, ethnische und religiöse Minderheiten für die Amerikanisierung Frankreichs zu missbrauchen.

Sie meinen, die Islamisierung soll nationale Merkmale ausradieren, damit der Weg frei für die US-Globalisierung wird?

Das Ziel der USA ist nicht Islamisierung, sondern Multikulturalismus nach amerikanischem Modell. In Frankreich beabsichtigt diese Botschaftsricht-

linie unter anderem, die Karrierechancen von Minderheiten, also hauptsächlich Moslems, zu verbessern und durch die Begünstigung von interreligiösen Gemeinschaften, die als Heilige Kühe belächelt werden, französische Werte zu untergraben, zum Beispiel den Säkularismus. Sie beabsichtigt auch, den Schullehrplan im Sinne von Minderheiten zu reformieren und angeblich fremdenfeindliche politische Parteien zu schwächen. Kein Zweifel: US-Strategen wollen die traditionellen nationalen Identitäten Europas angreifen, um die Globalisierung voranzutreiben.

China als Gegner

2011 verkündete Clinton in einem Artikel für «Foreign Affairs», die Zukunft der Politik werde in Asien entschieden. Geht es um die Konfrontation mit China?

Das ist wohl die Idee. Das US-Establishment ist entschlossen, seine Vormachtstellung in der Welt um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Europa ist bereits gründlich erobert und gefügig. Der Mittlere Osten wird auf hoffnungsloses Chaos reduziert. Dessen Flüchtlinge und Terroristen sind hilfreich dabei, Europa im US-Orbit zu halten, da es ja angeblich den Schutz der NATO braucht. Der nächste Schritt wäre ein Regierungswechsel in Russland, damit man die Kontrolle über das russische Nukleararsenal bekommt, das multiethnische Land nach dem Vorbild Jugoslawiens auseinanderbrechen kann und man unbegrenzten Zugriff auf dessen Ressourcen erhält. Das würde China isolieren und den USA vermutlich erlauben, ähnliche Methoden anzuwenden, um die Kontrolle über ganz Asien zu erhalten. Diese Ambitionen sind verrückt, aber sie sind die einzige Erklärung für die jetzigen Handlungen der USA.

«Das US-Establishment ist entschlossen, seine Vormachtstellung in der Welt um jeden Preis aufrechtzuerhalten.»

Werden Sie Trump wählen oder eine Drittpartei?

Ich nehme an US-Wahlen nicht teil. Wenn ich dies täte, würde ich gegen Hillary stimmen, doch wie? Die einzige Hoffnung, in Amerika einen Fetzen Demokratie wiederherzustellen, wäre ein Riss in der Partei der Demokraten, um eine neue Formierung zu erschaffen, die die Forderungen von Bernie Sanders berücksichtigt. Durch unterschiedliche Gesetze ist es Drittparteien in vielen Bundesstaaten unmöglich, auf die Stimmzettel zu kommen. Ohne Medien –

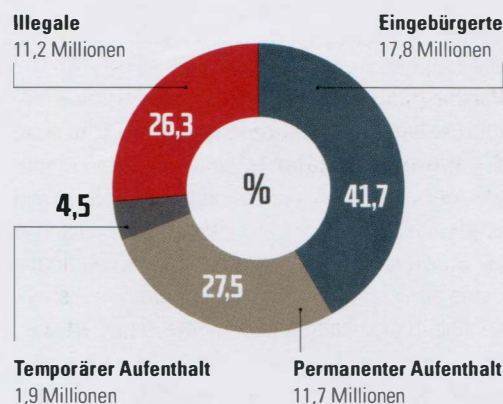
keine Chance. Trump wird von seiner eigenen Partei im Stich gelassen. Die haben ihn von Anfang an nicht gewollt. Die Kraft des gesamten Landes wird gegen ihn mobilisiert: der Militärisch-Industrielle Komplex, Wall Street, die Massenmedien, die Unterhaltungsindustrie, selbst ausländische Marionetten wie Francois Hollande erklären ihn für inakzeptabel. Meine Stimme wäre ohnehin wertlos. Alles, was ich tun kann, ist zu hoffen, dass Hillarys Kriegspläne auf ernsthaften Widerstand stoßen, falls sie Präsidentin wird, zu Hause und in Europa.

Kaufen Sie Trump sein anti-globalistisches Programm nicht ab?

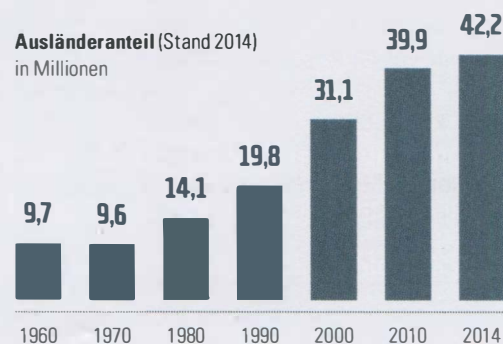
Trump hat keine eindeutige Agenda. Er hat ein paar gute Impulse, insbesondere sein Anstoß, keinen Krieg mit Russland zu beginnen. Trump bringt seine außenpolitische Agenda schlecht rüber, tendiert aber in die richtige Richtung. Die Demokraten haben beschlossen, seine plump ausgedrückten guten Absichten zu parodieren, indem sie ihn als Putins Handlanger darstellen. Seit Jahrzehnten haben Europäer die USA als Vorbild betrachtet. Sollte dieses groteske Wahlspektakel die Menschen nicht eines Besseren belehren? Es ist schwierig zu erkennen, wie man Amerika vor sich selbst retten kann. Doch die Europäer sollten daran denken, sich selbst und die Welt vor Amerika zu retten. ■

Multikulti-Schmelztiegel

Einwanderer und ihr Status in den USA (Stand 2012)



Ausländeranteil (Stand 2014)
in Millionen



Quelle: COMPACT-Recherche

Grafik: COMPACT

Die Kriegsministerin



Hillarys designierte Verteidigungsministerin Michèle Flournoy (56) kam Mitte der 1990er Jahre unter Präsident Bill Clinton ins Pentagon. In ihren Zuständigkeitsbereich fielen die Ukraine, Russland und Eurasien. Zwischen 2009 und 2012 war sie sogar Staatssekretärin – das höchste Amt, das je eine Frau im Pentagon bekleidet hat. Sie ist Mitbegründerin der Denkfabrik Center for a New American Security, die für eine aggressive Außenpolitik wirbt (siehe Seite 60). Über Hillary Clinton erzählte die Harvard-Absolventin dem britischen *Guardian* im Mai 2016: «Ich denke, dass ihre politischen Vorstellungen, wie sie in einer Reihe von Reden und in ihrer Bilanz als Außenministerin zum Ausdruck gebracht werden, nahelegen, dass sie die Bedeutung amerikanischer Führung in der Welt versteht.»

Hillarys willige Helferin: Michèle Flournoy freut sich schon auf den Posten der Pentagon-Chefin.
Foto: DoD/Cherie Cullen

– Diana Johnstone wurde 1934 in den USA geboren und lebt seit vielen Jahren in Frankreich. Seit dem Vietnamkrieg ist sie als Kriegsgegnerin aktiv. Als Journalistin schreibt sie für eine Vielzahl von internationalen Medien. Johnstone beschäftigt sich mit amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik. 2015 erschien ihr Buch «Die Chaos-Königin – Hillary Clinton und die Außenpolitik der selbsternannten Weltmacht» (256 Seiten, Westend Verlag). – Das Interview führte Tino Perlick.

O-Ton: «Angela brachte Leben in die Bude»

_ von Hillary Clinton

Das Schlimmste von Killary: Saddam Hussein hatte angeblich Massenvernichtungswaffen, die USA müssen überall den nächsten Holocaust verhindern, Putin ist Hitler und die deutsche Bundeskanzlerin eine wunderbare Politikerin.

Politisch korrekt



«Weiße Amerikaner müssen sich mehr anstrengen zuzuhören, wenn Afroamerikaner über die sichtbaren und unsichtbaren Barrieren sprechen, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind.» (Nach der Tötung zweier Schwarzer durch Polizisten, Twitter, 9.7.2016)

«Ein Mann mit einer langen Laufbahn rassistischer Diskriminierung, der in dunklen Verschwörungstheorien zu Hause ist, die er aus Supermarktheften und den Abgründen des Internets bezieht, sollte niemals unsere Regierung leiten oder unser Militär befehligen.» (Über Trump, Rede in Reno, 25.8.2016)

«Ich fände es gut, wenn wir Menschen, die vor furchtbarer Gewalt auf der Flucht sind, mehr Unterstützung entgegen brächten. (...) Ich würde [Abschiebungen] von Menschen ohne Papiere in unserem Land stoppen. Ich möchte nicht, dass sie deportiert werden. Ich möchte, dass sie auf den Weg zur Staatsbürgerschaft gelangen. Das genau werde ich tun.» (Vorwahldebatte, 9.3.2016)

Hillary im Jahre 1950.

Foto: picture alliance / Newscom

«Verpiss Dich! Schlimm genug, dass ich Euch Kuhbauern jeden Tag sehen muss! Mit Dir rede ich nicht auch noch! Mach einfach Deine Arbeit und halt die Klappe.» (Zu einem Bodyguard in Arkansas, zitiert von Christopher Anderson, American Evita, 2001)

«Wo ist der elende Schwanzlutscher?» (Angeblich über Bill Clinton zu einem Secret-Service-Officer, zitiert von Edward Klein, The Truth about Hillary, 2005)

«Es war herzerfrischend zu beobachten, wie Angela Leben in die Bude brachte. (...) Während meiner Zeit als Außenministerin wuchs meine Bewunderung für diese entschlossene, kluge und ehrliche Frau, die mir gegenüber nie verhehlte, was sie dachte.» (Über Angela Merkel, Entscheidungen, 2014)

«Im Buch sage ich, dass ich denke, [Merkel] ist die großartigste Führungsperson in Europa. Ich denke, dass sie global eine großartige Anführerin ist. Ich denke, sie trug Europa auf ihren Schultern, und das war nicht einfach.» (Huffington Post, 6.7.2014)

«Ich glaube, die meisten Leute wären schockiert, wenn die USA aufhören würden, diese Informationen aufzuzeichnen, und wenn wir einfach sagen würden: OK, jeder ist ab jetzt auf sich allein gestellt.» (Über die NSA-Spionage, The Guardian, 4.7.2014)

«Wir haben auf die harte Tour gelernt, dass es Folgen hat, wenn Amerika, besonders in instabilen Regionen, nicht einschreitet.» (Aussage vor dem Bengasi-Kongressausschuss, 22.10.2015)

«Das war ihr Angebot.» (Warum sie für drei Reden von Goldman Sachs 675.000 Dollar angenommen hat, CNN, 4.2.2016)

«Wir kamen, wir sahen, er starb.» (Über den Tod Muammar al-Gaddafis, 25.10.2011)

«Ich denke, dass Präsident Obama damals die richtige Entscheidung getroffen hat.» (Über den Beschluss, das Gaddafi-Regime zu stürzen, CNN-Vorwahldebatte, 13.10.2016)

«Es gibt keinen Grund, weswegen Sie sich daran erinnern sollten, doch als wir aus dem Weißen Haus auszogen, da waren wir nicht nur komplett pleite, sondern verschuldet.» (Auf ihre sechsstelligen Redehonorare angesprochen, Diane Sawyer, ABC, 9.6.2014)

«Senator Sanders ist der Einzige, der mich, eine Frau, die die erste Präsidentin werden will, als Verkörperung des Establishments charakterisiert. Das amüsiert mich ganz schön.» (Vorwahlkampfdebatte, MSNBC, 4.2.2016)

«In den vier Jahren, seit die Inspektoren weg sind, zeigen Geheimdienstberichte, dass Saddam Hussein sein Chemie- und Biowaffenarsenal, seine Raketenreichweite und sein Nuklearprogramm wieder aufgebaut hat.» (Rede vor dem Irakkrieg, Politifact, 10.10.2002)

«Ich habe unterstützt, Präsident Bush zu autorisieren, falls nötig, Gewalt gegen Saddam Hussein anzuwenden. Ich glaube, dass das die richtige Wahl war. Ich habe mit der Regierung viele Dispute und Meinungsverschiedenheiten darüber gehabt, wie diese Autorität genutzt wurde, doch ich stehe hinter der Entscheidung (...).» (Rede vor dem Council on Foreign Relations, 15.12.2005)

«Ich fühlte mich sehr geehrt, als Henry Kissinger sagte, dass ich das State Department seit langem besser geleitet hätte als irgendein anderer.» (The Nation, 5.2.2016)

«Wem das bekannt vorkommt: Es ist das, was Hitler damals in den 30er Jahren tat.» (Über Putins angebliche Annexion der Krim, Long Beach Press Telegram, 4.3.2014)

«Ich hoffe, dass es keinen weiteren Kalten Krieg geben wird. Das will natürlich niemand. Ich denke, es hängt in erster Linie von Putin ab.» (Politico, 18.3.2014)

«Die Vereinigten Staaten müssen einschreiten, bevor das Holz gestapelt oder das Streichholz angezündet ist, denn wenn das Feuer lichterloh brennt, sind unsere Handlungsoptionen in beträchtlichem Ausmaß kostspieliger und schwieriger.» (Über Interventionspolitik, Rede im Holocaust Museum von Washington, D.C., 24.6.2012) ■



Der Patriot

Die verelendete weiße Mittelschicht jubelt ihm zu: Donald Trump will Amerika wieder groß machen – durch Patriotismus statt Globalismus. Einreisesperre für Muslime, Mauerbau gegen illegale Zuwanderung, Rückzug von den weltweiten Fronten, Verständnis für Putin.

Schlacht der Milliardäre

_ von Tino Perlick

Mit seiner Wahlkampfmaxime «Amerika zuerst» hat der Immobilien-tycoon die Globalisierungslobby in Panik versetzt, Linksliberale halten ihn sogar für den neuen Hitler. Doch die gedemütigte Mittelschicht setzt alle Hoffnungen auf ihn.

«Muslime zerstören Europa. In den Vereinigten Staaten lasse ich das nicht zu.» Trump



Da hatte Trump nicht den besten Stilberater. Fotos: Time

«Money, Money, Money» tönt es bassunterlegt aus den Lautsprechern, als 85.000 Zuschauer im gigantischen Ford-Field-Hallenstadion augenblicklich außer Rand und Band geraten. Die Musik gehört zu ihrem Idol, einem New Yorker Multimilliardär und Reality-TV-Star mit schönen Frauen und gewöhnungsbedürftiger Frisur: Donald John Trump ist ihr Mann, ihre Marke.

Vordergründig drehte sich Trumps neun Jahre zurückliegender Auftritt bei Wrestlemania 23, der wichtigsten Veranstaltung im Wrestling-Showgeschäft, tatsächlich um seine ikonenhaften, blonden Haare. Würde sein Kämpfer, ein afroamerikanisches Muskelpaket, im Match gegen das samoanische Monster Umaga unterliegen, dann dürfte Trumps erbitterter Rivale, der Boss des Wrestling-Imperiums WWE, Vince McMahon, noch hier im Ring Trumps Schädel kahlrasieren. So waren die Regeln des als «Schlacht der Milliardäre» angekündigten Megaspektakels. Am Ende konnten die Fans des Immobilientycoons aufatmen. Trumps Mann siegte – und es war McMahon, der sich die Haare scheren lassen musste. Unter tosendem Applaus hatte The Donald den ungeliebten Wrestlingboss bereits Minuten vorher zu Boden geworfen und mit mehreren Fake-Schlägen auf den Kopf attackiert. Doch auch McMahon hatte gut lachen. Die 23. Wrestlemania war die bis dato kommerziell erfolgreichste aller Zeiten.

Es passt, dass Trumps Auftritt in der ehemaligen Autostadt Detroit stattfand. In von der Globalisierung verödeten Orten wie diesem stößt sein Wahlkampf motto «Amerika zuerst» heute auf massenhafte Zusprüche. Trumps Basis und Wrestlingfans sind sich ohnehin ähnlich: Es sind Weiße jeden Alters, die höchstens einen High-School-Abschluss haben und zur unteren Einkommensschicht zählen. Auch im politischen Showgeschäft kauft diese Gruppe Trump die Rolle des «guten» Milliardärs zu 100 Prozent ab. Zu Tausenden bejubeln sie ihn, wenn er in die Turnhallen der Groß- und Kleinstädte kommt. Heute tönen dabei aus den Lautsprechern Rocksongs wie «We're not gonna take it anymore» (Wir lassen uns das nicht länger gefallen) oder die Rocky-Hymne «Eye of the Tiger» – gegen alle Widerstände durchboxen musste sich Trump ja irgendwie auch.



Amerikanismus gegen Globalismus

Der rasante Aufstieg des Immobilienmilliardärs – Trump gewann mehr Stimmen in einer Vorwahl als je ein Republikaner zuvor – hat einen Grund. Wie üblich hatte es auch 2015 keinen Establishment-Kandidaten gegeben, der sich an der heute wichtigsten politischen Bruchlinie überhaupt, Nationalismus oder Globalismus, auf die Seite des Volkes stellte. Seit Jahren dröhnt den Amerikanern das Mantra vom Heil der One World in den Ohren. Doch vor ihren Augen zeichnet sich ein anderes Bild ab: Einstige Vorzeigorte wie Camden in New Jersey oder Detroit in Michigan haben sich, nachdem die Konzerne Standorte und Arbeitsplätze ins Ausland verlegt hatten, in industrielle Geisterstädte verwandelt. Neue Branchenriesen wie Apple lassen von Anfang an in China schrauben. Doch es geht um mehr als Arbeitsplätze.

Wie der US-Journalist und Buchautor Robert W. Merry im Mai auf *The National Interest* schrieb, «hat sich so ziemlich jedes große Thema, das der superreiche politische Anfänger den Eliten entgegengeschleudert hat, als anti-globalistisch und pro-nationalistisch herausgestellt».

Einwanderung: Globalisierer halten den Nationalstaat für hinfällig und wollen Grenzen gänzlich abschaffen. Nationalisten hingegen bestehen auf ein klar definiertes und kontrolliertes Staatsgebiet



und wollen ihr kulturelles Erbe vor wildfremden Einwanderern schützen. Muslime «zerstören Europa», sagt Trump. «In den Vereinigten Staaten lasse ich das nicht zu.»

Außenpolitik: Globalisierer wollen die Welt im Namen der Humanität dominieren, indem sie die Interessen ferner Regionen mit ihren eigenen vermischen. Nationalisten wie Trump haben die Verteidigung und die unmittelbaren Belange ihres Landes im Blick. «Das Schicksal anderer Menschen, denen es rund um den Globus mehr oder weniger schlecht geht», schreibt Merry, «so herzerreißend es auch sein mag, spielt in der nationalistischen Betrachtungsweise für gewöhnlich keine große Rolle. Das Schicksal Amerikas ist entscheidend.»

Handelspolitik: Während Globalisierer freien Handel über alle Grenzen hinweg verfechten, verweisen US-Nationalisten darauf, dass diese Politik Amerikas Kernindustrien ausgehöhlt hat. «Handelspolitisch bedeutet "Amerika zuerst", dass der Arbeitsplatz des amerikanischen Arbeiters vor unfairer ausländischer Konkurrenz geschützt werden wird», sagt Trump. «Wenn es kein tolles Abkommen für unser Land und unsere Gemeinschaften ist, werden wir es nicht unterzeichnen.»

Politische Korrektheit: Nationalisten wie Trump scheren sich keinen Deut darum, da diese ohnehin nur dem Standpunkt der Globalisierungs-

lobby dient. In seiner Rede auf dem Nominierungsparteitag erklärte er: «Wir können uns nicht länger leisten, so politisch korrekt zu sein. Also, wenn Sie die verdrehte Meinungsmache der Großunternehmen, die behutsam angefertigten Lügen und die Medienmythen hören wollen – die Demokraten haben ihren Konvent nächste Woche.»

Kultur- und Volkserbe: Globalisierer haben nationalen Traditionen und Werten den Krieg erklärt. Diesbezüglich hat Trump alles Nötige gesagt, als er erklärte: «Wir werden wieder "Frohe Weihnachten" sagen, Leute.»

Hoffen auf Trump

Viele Durchschnittsamerikaner haben das Spiel durchschaut. «Wir Amerikaner sollen nur noch eine Minderheit sein», zitiert die FAZ in einer Reportage vom 13. August 2016 einen einheimischen Gebrauchtwagenhändler aus der ehemaligen Industriestadt Hazleton, Pennsylvania. Noch vor etwa 15 Jahren waren 19 von 20 Einwohnern hier Weiße. Heute ist jeder Dritte ein Latino. Die Wirtschaft liegt am Boden. Der Megakonzern Amazon hat neben einem Logistikzentrum auch Dritte-Welt-Lohnniveaus mitgebracht und tausende Mexikaner und Dominikaner angelockt. Im Interesse der Konzerne kündigt Clinton an, illegale Einwanderer einbürgern und Zuwanderung generell vereinfachen zu wollen. Trumps Plan, eine Mauer an der Grenze zu Mexi-

Bei Wrestlemania 23 tritt am 1. April 2007 auch Donald Trump als Stargast auf. Der Hühne links neben ihm (Bobby Lashley) hat gerade für Trump gewonnen. Foto: Bill Pugliano/Getty Images

«Der Lohn bei McDonald's reicht nicht aus.»

Trump-Wähler



Während einer Rede zur Migrationspolitik im Phoenix Convention Center am 31. August 2016 umarmt Kandidat Trump eine Mutter, deren Kind von einem illegalen Einwanderer ermordet wurde. Foto: picture alliance / AP Photo



Wirklich? Die britische Wochenzeitschrift The Economist kann nicht glauben, dass viele Amerikaner Trump unterstützen. Foto: The Economist

ko zu bauen, ist das genaue Gegenteil davon. Er schwört: «Ich werde niemals unsere Grenze geöffnet lassen, um es Großfinanziers und Sonderinteressen Recht zu machen.»

«Wenn ich meine zweijährige Tochter sehe, dann frage ich mich: Wie wird unser Land in zwanzig Jahren sein, wenn weiter alle Leute einfach über unsere Grenze im Süden gehen können und sofort Geld vom Staat kriegen?» Das fragt sich ein Trump-Fan in Pennsylvanias Hauptstadt Harrisburg, den die *Süddeutsche Zeitung* am 1. Juli 2016 online zitierte. «Als das NAFTA-Freihandelsabkommen kam, sagten sie uns: Alles wird gut», klagt ein ehemaliger Wähler der Demokraten. «Ich habe damals vergebens in der Gewerkschaft gekämpft. Heute sind die Industriejobs weg, und es gibt nur noch Dienstleistungen. Aber der Lohn bei McDonald's reicht nicht aus.» Ein weiterer Trump-Anhänger sagt: «Auch als alle Trump attackiert haben, ist er bei seiner Meinung geblieben. Es ist nicht alles perfekt, was er vorschlägt. Aber als ich gesehen habe, dass er dem Druck standhält, hat er mein Vertrauen gewonnen.»

Nach seinem überragenden Vorwahlsieg in Kalifornien am 7. Juni sagte Trump mit ernster Miene: «Ich hätte das hier nicht tun müssen. Einfach ist es nicht, glauben Sie mir. Aber ich hatte das Gefühl, unserem wundervollen Land, das so gut zu mir und meiner Familie gewesen ist, etwas zurückgeben zu wollen.» Der Gebrauchtwagenhändler aus Hazleton denkt pragmatisch: «Stell' Dir vor, ich will ein Auto verkaufen, und es gibt zwei Interessenten für

einen Ratenvertrag. Mit dem einen habe ich schon Geschäfte gemacht, und nie hat er pünktlich bezahlt. Den anderen kenne ich nicht, aber er wirkt solide. Da gebe ich das Auto doch nicht dem Typen, von dem ich weiß, dass er mich aufs Kreuz legt.»

Panik im Establishment

Seit Jahren alpträumt Amerikas Linke vom Aufstieg eines Demagogen, der den zunehmend an den Rand gedrängten Weißen eine Stimme geben und ihren Frust auf Minderheiten lenken würde. Ein parteiübergreifender Aufstand der Selbstgerechten will in Trump diesen Verführer erkannt haben. Man erlebe einen «Weimar Moment», mischte sich *Zeit*-Redakteur Jochen Bittner Ende Mai in der *New York Times* in die Debatte ein. Antifa-Krawalle gibt es immer öfter bei Trumps Auftritten. In Albuquerque, New Mexico, bewarfen Ende Mai hunderte «Fuck Trump» rufende Jugendliche die Polizei mit Flaschen und Steinen. Dabei muss selbst der Autor des erwähnten SZ-Artikels zugeben: «Wer nur die Ausschnitte von Trump-Auftritten sieht, bei denen er andere beleidigt, bekommt einen falschen Eindruck. Bei den acht Events, die ich besucht habe, war die Stimmung nie wirklich aggressiv, und oft lachen auch Journalisten.»

«Wir können dieses System nicht reparieren, indem wir uns auf die Leute verlassen, die es manipuliert haben.»

Trump

Die kleinen und großen Hetzer machen sich mit den krieglerischsten Globalisten gemein. 121 Republikaner aus dem nationalen Sicherheitsapparat unterzeichneten Anfang März einen offenen Anti-Trump-Brief, darunter viele Neokonservative wie Robert Kagan, einer der Rädelsführer des Irakkriegs 2003. Die Konzernmedien haben den imperialistischen Marsch von Irak bis Syrien stets mitgeblasen. Nachdem sie sich im Vorwahlkampf mit dem Quotendauerbrenner eine goldene Nase verdient hatten, haben sie Trump mittlerweile den totalen Krieg erklärt. Von Kreml-Spionage bis Atomkriegsgelüsten dichten sie ihm die irrsten Absichten an. Clinton hingegen lassen die Konzernmedien alles durchgehen.

«Stellen Sie sich nur vor, die Medien würden genauso viel Zeit damit verbringen, die Armut und Arbeitslosigkeit in unseren Innenstädten zu recherchieren», kommentierte Trump die Hetzjagd auf seine Person in Charleston (North Carolina) am 18.

August 2016. «Denken Sie nur darüber nach, wie die Dinge laufen würden, wenn die Medien in diesem Land ihre Kameras an unsere Grenzen oder in unsere toten Fabriken oder in unsere versagenden Schulen schicken würden. Oder wenn die Medien sich auf die dunklen Geheimnisse konzentrieren würden, die in den 33.000 Mails versteckt sein müssen, die Hillary Clinton gelöscht hat.»

Der Totalitarismus der Eliten

Wer durch Trump die westliche Demokratie bedroht sieht, hat vieles nicht verstanden. «Bevor die Nazis an die Macht kamen, waren die Straßen in Weimar von totalitär orientierten Banden dominiert und die Demokratie auf die Regierung beschränkt», schrieb der 1922 geborene US-amerikanische Politikwissenschaftler Sheldon Wolin. «In den Vereinigten Staaten wiederum ist die Demokratie auf den Straßen am lebendigsten, während die wahre Gefahr in einer zunehmend unkontrollierten Regierung liegt.» Wolin zufolge herrscht in den USA ein «invertierter», also umgedrehter Totalitarismus: Nicht ein charismatischer Demagoge ist dabei tonangebend, sondern es sind unsichtbare, transnationale Konzern- und Finanzinteressen, die von Politikdarstellern und Konzernmedien Deckung erhalten (siehe auch Seite 18 bis 20). Als Präsidentschaftskandidat begrüßte George W. Bush gutbetuchte Besucher einer Spendenveranstaltung einmal mit den Worten: «Manche Menschen nennen Sie die Elite. Ich nenne Sie meine Basis.»

Trump, der offen zugibt, in der Vergangenheit Nutznießer politischer Korruption gewesen zu sein, sagt heute: «Wir können dieses manipulierte System nicht reparieren – und ich meine das so, so inständig –, indem wir uns auf die gleichen Leute verlassen, die es manipuliert haben.» Frühere Kontrahenten haben sich seinem Kampf inzwischen vordergründig angeschlossen: die Senatoren von Flo-

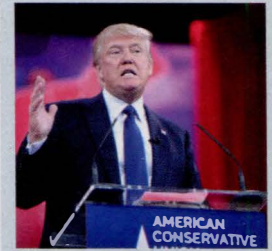
rida und Kentucky, Marco Rubio und Rand Paul, oder der Sprecher des Repräsentantenhauses Paul Ryan, um nur einige zu nennen.

Trump Faschismus vorzuwerfen, ist absurd. Ganz ohne ihn gilt schon heute: Die Politik gehorcht dem Geld. Die Bürger werden totalüberwacht. Wer Regierungsverbrechen aufdeckt, bekommt lebenslanglich oder flieht nach Russland. Unzählige «Antiterror»-Gesetze könnten jederzeit zur Anwendung kommen und den US-Polizeistaat gänzlich entfesseln. Die Frage für die übrige Welt lautet: Wollen wir, dass im Falle globaler Zuspitzung der zum Rückzug entschlossene («isolationistische») Donald im Weißen Haus sitzt – oder die zur Aggression bereite («imperialistische») Hillary? Völlig verrückt: Der legendäre Noam Chomsky, seit über 50 Jahren entschiedener Kritiker der US-Kriege, will für Clinton stimmen – wohlwissend, dass diese ihre Sturmtruppen jederzeit über den Erdball schicken könnte.

Trump Faschismus vorzuwerfen, ist absurd.

Zum Glück sind nicht alle Linksliberalen so unversöhnlich. Der Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader wurde von diversen Drittparteien viermal ins Rennen um das Weiße Haus geschickt. Er kann sich heute mit Trump arrangieren. 2009 schrieb Nader den utopischen Roman *Only the Super-Rich Can Save Us* (Nur die Superreichen können uns retten). Darin beschreibt er eine altruistische Gruppe wohlhabender Persönlichkeiten, die die Regierung erneuern wollen. Es ist ein Kampf der «rebellischen Reichen gegen die herrschenden Reichen». Eine Schlacht der Milliardäre also, wie sie Trump beim Wrestling schon einmal gewonnen hat – und die er auch im aktuellen Wahlkampf nicht scheut. ■

Trumps langer Weg zur Kandidatur



«Ich würde diesem Land mein Leben widmen, doch ich glaube, dass das ein sehr gemeines Leben wäre. Außerdem glaube ich, dass jemand mit sehr starken Ansichten, die unpopulär, aber vielleicht zutreffend wären, nicht unbedingt eine Chance hätte, gewählt zu werden (...).» (Interview, 1980)

«Ich würde es [eine Präsidentschaftskandidatur] wahrscheinlich nicht tun. Aber ich habe es schon satt zu sehen, was aus diesem Land wird. Wenn es zu schlimm wird... Also komplett ausschließen würde ich es niemals.» (Interview, 1987)

«Die Leute, mit denen ich am besten klarkomme, sind Taxifahrer. Wissen Sie, die Reichen mögen mich nicht, weil ich ständig mit ihnen konkurriere und gerne gewinne. (...) Ich weiß nicht, warum ich Republikaner bin. Ich glaube einfach an gewisse Prinzipien der Partei.» (Interview, 1988)

«Dieses Land braucht dringend eine OP. (...) Ich möchte nicht derjenige sein, der sie ausführt.» (Interview, 1989)

«Ich verhandle ständig mit ausländischen Staatsmännern. Ich kenne viele von ihnen wahrscheinlich besser als die sogenannten Kandidaten, die für die Republikaner und Demokraten im Rennen sind. Ich glaube, wir hätten viel weniger Stillstand in Washington, falls ich mich entscheiden würde, das zu tun [zu kandidieren] und gewinnen.» (Interview, 1999)

Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons



Ein Obdachloser auf den Straßen von Manhattan am 5. Januar 2016. «Familie verloren, Zuhause verloren, alles verloren», steht auf der Papppe. So wie ihm geht es rund einer halben Million Amerikaner. Foto: picture alliance / AP Photo



Donald, der Gewinnertyp

von Marc Dassen

**Millionärsspross, Immobilienmagnat, Entertainer – Präsident?
Donald J. Trump steht für ein Amerika, das die meisten nur von der
Kinoleinwand kennen. Seine schillernde Biografie spiegelt den
amerikanischen Traum – aber auch seine Schattenseiten.**

Erfolg macht sexy – und die Frisur hält! Donald Trump und eine Delegation Wrestling-Bunnys treffen am 22.6.2009 in Green Bay ein. Foto: Mark A. Wallenfang/Getty Images

Nicht kleckern,
klotzen!

Trump-Ratgeber

Denke wie ein Champion! Gib niemals auf! Nicht kleckern, klotzen! So klingt es, wenn der Multimilliardär Donald Trump (70) über sein Leben räsoniert. Seit Jahrzehnten produziert sich der Immobilien-Tycoon unter dem Motto: Sei erfolgreich und rede darüber. 16 Bücher hat Trump bisher verfasst, sie alle zielt seingut frisiertes Konterfei. Über eine Million Mal verkaufte sich sein autobiografischer Ratgeber *The Art of the Deal* (1987), er hielt sich ganze 51 Wochen auf der *New-York-Times*-Bestsellerliste. Die Zeitung kommentierte damals: «Für einen Moment lässt uns Trump wieder an den amerikanischen Traum glauben.» Sein Erfolgsgeheimnis: «Ich versuche, aus der Vergangenheit zu lernen, doch ich plane für die Zukunft, indem ich mich allein auf die Gegenwart konzentriere.» Eine Haltung, die auch der US-Politik nur guttäte. Das Geschäftemachen sei seine «Kunstform», eine Frage des «Instinkts», so der Milliardär.

Für viele Amerikaner ist der Mann mit der blonden Föhnfrisur ein Idol. Wer sich im kapitalistischen Konkurrenzkampf durchsetzt, «groß denkt» und mu-

tig handelt, kann ganz nach oben kommen – das ist sein Versprechen. Zumindest sein Erfolg gibt ihm Recht. Die fünf goldenen Buchstaben seines Namens leuchten über der Skyline von Manhattan, sind zum Synonym für Erfolg, Ruhm und Reichtum geworden. Wer jedoch glaubt, dass «The Donald» seinen Aufstieg lediglich dem Vermögen verdankt, das ihm sein Vater Frederick Trump Jr. (1905–1999) in die Wiege legte, der irrt. Dem Sohn eines Immobilienunternehmers fehlte es zwar weder am Geld noch an guten Beziehungen, durchgebissen hat er sich im Land der unbegrenzten Möglichkeiten aber ganz alleine – mit Geschick, Fleiß, Verschlagenheit, den richtigen Freunden in den richtigen Positionen und einer gehörigen Portion Größenwahn.

Business as usual

Was viele nicht wissen: Trump hat deutsche Wurzeln. Die Großeltern väterlicherseits – damals unter dem Namen Drumpf bekannt – waren aus dem pfälzischen Kallstadt (ehemals Teil des Königreichs Bayern) 1885 in die Neue Welt aufgebrochen. Donalds Großvater Friedrich arbeitete anfangs als Friseur, machte jedoch schon bald gute Geschäfte im Hotelgewerbe. Den beginnenden Goldrausch am Klondike Ende des 19. Jahrhunderts wussten er und seine Gemahlin Elisabeth Christ zu nutzen, bauten Restaurants und Pensionen inklusive «Damenzimmern» für

die herbeiströmenden Goldschürfer. Der Geschäftssinn des Paares verband sich unter den rauen Gesellen der damaligen Zeit mit Fleiß, Zähigkeit und zu packenden Wildwest-Methoden.

Großvater Friedrich hinterließ ein damals beachtliches Vermögen von rund 30.000 Dollar. Sohn Fred Trump Jr. expandierte damit in der New Yorker Immobilienbranche und wurde durch lukrative Deals im staatlich geförderten Wohnungsbau sowie durch die Errichtung von Mietskasernen steinreich. Als Donald den Konzern 1974 – im Alter von 28 Jahren – übernahm, war er bereits zu einem Multi-Millionen-Dollar-Imperium geworden. Über seinen Vater sagte er später ehrfürchtig: «Er war ein sehr schwieriger Mann, aber er war mir ein großer Lehrer.»

Seinen ausgeprägten Geschäftssinn bewies er schon zu Studienzeiten. Heruntergekommene Häuser in guter Lage kaufte er auf, um sie nach abgeschlossener Sanierung zu Spitzenpreisen feilzubieten. Von «Bierbesäufnissen» und politischem Aktivismus hielt der Jungunternehmer in seinen Uni-Tagen laut dem Biografen Michael D'Antonio nicht viel. 1968, nach seinem Abschluss an der renommierten Wharton School of Finance der Pennsylvania State University, stieg er ohne Umwege ins Familiengeschäft ein. D'Antonios kürzlich veröffentlichte, 500-seitige Trump-Biografie ist wenig schmeichelfhaft. Von einem «streitsüchtigen, tyrannischen und körperlich aggressiven kleinen Jungen» wird da berichtet. Drill-Sergeants an der New Yorker Militärakademie prügeln dem Teenager im wahrsten Sinne ein, dass es im Leben «ausschließlich auf Wettbewerb und Ehrgeiz ankommt». 1964 absolvierte Trump dort seinen Highschool-Abschluss.

Eine Kobra unter Kreuzottern

Nach dem Studium ging es steil bergauf. Die Finanzexperten von *Forbes* schätzen Trumps Vermögen heute auf knapp fünf Milliarden Dollar, er selbst spricht von zehn. Trotz spektakulärer Deals gab es auch schmerzhaftes Rückschläge: Eine bankrotte Fluglinie, eine kaum rentable Wodka-Marke, mehrere eingestampfte Zeitschriften und halbseidene Universitäten blieben am Wegesrand zurück, und auch sein unternehmerischer Ausflug in die Casino-Welt wurde ein herbes Verlustgeschäft. Zwischen 1990 und 2014 stand er in der Glücksspielbranche nach Medieninformationen viermal kurz vor der Pleite. Zu riesigen Strafzahlungen wegen Geldwäsche und Schadensersatzforderungen geprellter Investoren kamen bald schon tiefer Umsatzzahlen. Schilder mit seinem Namen mussten von bankrotten Prunkbauten in Atlantic City abgeschraubt werden – er wollte nicht mit einem Misserfolg in Verbindung gebracht werden.

Trump's Beziehung zu Roy Cohn – einem zwielichtigen Anwalt der New Yorker Unterwelt, der in den 1950er Jahren zuerst als Jurist für Senator Joseph McCarthy auf Kommunistenjagd ging und später alle großen Mafiabosse vertrat – ist der wohl dunkelste Fleck in Trumps Biografie. Beide lernten sich im Le Club – dem Treffpunkt der elitären New Yorker Schickeria – kennen. Cohn war Trumps Mann fürs Grobe, seine Kontakte waren unbezahlbar, heißt es. Düstere Verbindungen zur New Yorker Mafia, zu Anthony «Fat Tony» Salerno, dem Oberhaupt der Genovese-Familie, und «Big Paul» Castellano, dem Kopf des Gambino-Clans, wurden Trump unter anderem durch den US-Journalisten David Cay Johnston nachgesagt.

Als Baulöwe soll der heutige Präsidentschaftskandidat mit Firmen zusammengearbeitet haben, die den Gangsterbossen von Manhattan gehörten. Mitte Juli 2015 veröffentlichte Johnston einen Fragenkatalog, in dem er ihm unlauteren Wettbewerb, Steuerbetrug und Inkompetenz vorwirft. In dem jahrzehntelang unter Verschluss gehaltenen und pünktlich zum Wahlkampf veröffentlichten Dokumentarfilm *Trump: What's the Deal?* erscheint der Milliardär als Hochstapler und herzloser Raffke.

Trotz schmerzhafter Rückschläge und schlechter Presse schaffte Trump immer wieder spektakuläre Comebacks. Sein Programm «Make America Great Again» (Machen wir Amerika wieder groß) ist typisch für ihn. Seine politischen Ideen leiten sich offensichtlich direkt aus seinen Erfahrungen in der Geschäftswelt ab: Wer hart verhandelt, den Wettbewerb nicht scheut und offen und ehrlich seine Machtoptionen für den besten Deal ausspielt, gewinnt und wird respektiert. Diese Ehrlichkeit ist erfrischend. Wenn Bush Jr. oder Obama von Menschen-

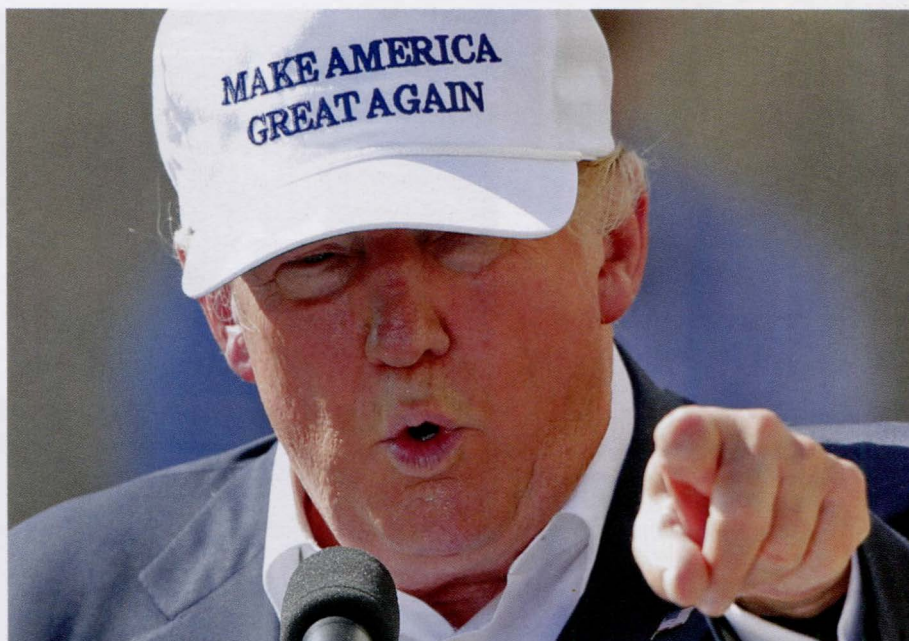


Trump mit seinem Vater.
Foto: picture alliance / AP Photo

«Für einen Moment lässt uns Trump wieder an den amerikanischen Traum glauben.»

«New York Times»

Donald Trump motiviert die Abgehängten, weckt die Schlafenden und ärgert die Eliten. Sein Motto – «Amerika wieder groß machen» – kommt bei vielen gut an. Foto: picture alliance / AP Photo



Trump über sein Leben

«Ich mache es nicht fürs Geld. Ich habe genug, viel mehr als ich jemals brauchen werde. Ich tue es, um es zu tun. Geschäfte sind meine Kunstform.»

«Seit ich denken kann, sagte mein Vater zu mir: "Das allerwichtigste im Leben ist, dass du liebst was du tust, denn das ist der einzige Weg, wie du jemals wirklich gut darin sein wirst."»

«Schon in der Grundschule war ich ein sehr selbstbewusstes, aggressives Kind. In der zweiten Klasse habe ich einem Lehrer tatsächlich ein blaues Auge verpasst (...) und wurde dafür fast der Schule verwiesen.»

Bild rechts: Der Trump Tower in New York ragt insgesamt 202 Meter in den Himmel. Foto: Kowloonese, CC-BY-SA-3.0, Wikimedia

Als Bauunternehmer soll Trump Geschäfte mit der Mafia gemacht haben.

rechten sprachen, waren stets Schürfrechte gemeint. Trump würde US-Interessen zwar offensiv vertreten, dabei aber wohl auf das Verlustgeschäft Krieg verzichten und sich vor allem schöne Worte sparen.

Amerikas neuer Geschäftsführer

Als Kandidat für das Amt des Präsidenten ist er für seinen Schmä-Biografen D'Antonio dennoch ungeeignet: Der Milliardär kenne «keine Ideale», besitze kein «solides Fundament aus Mitgefühl und Ethos» und mache sich «rassistischen Hass zu nutze». Solche Pauschalvorwürfe werden im Wahlkampf besonders von denjenigen gegen Trump vorgebracht, die glauben, dass Hillary Clinton über solide menschliche Werte verfüge – ein fataler Irrtum, wie Sie auf den Seiten 49 bis 64 nachlesen können.

Was «The Donald» vielleicht mehr als alles andere von seiner Kontrahentin unterscheidet: Er ist keiner dieser herzlosen Karrieristen, die es besonders in der Washingtoner Politikerkaste zuhauf gibt. Eine Schwäche für extravagante Frauen wird dem Organisator von Schönheitswettbewerben zu Recht nachgesagt. Seine dritte und aktuelle Ehefrau Melania, ein ehemaliges Model, stammt aus Slowenien und ist 28 Jahre jünger als er. Seine Söhne Donald Jr. und Eric sowie seine Tochter Ivanka hat er in leitenden Positionen in sein Unternehmen einbezogen. Bis dato zählt Donald acht Enkelkinder. Allein schon aus diesem Grund darf man annehmen, dass er an einer guten Zukunft für seine Familie, seine Kinder und sein Land interessiert ist.

Hinzu kommt, dass ihn gerade sein persönlicher Reichtum weitgehend unabhängig vom Einfluss finanzstarker Kreise macht. Sogar traditionelle Großspender der Republikaner wie die Koch-Brüder ha-



ben Trump die Gefolgschaft versagt, weil er sich keinen Direktiven unterordnet (siehe Seite 46 bis 48). Seinen Wahlkampf finanzierte er weitgehend aus eigener Tasche. «Größtenteils getrieben von ihrem Ego, manche getrieben von Gier, die meisten getrieben von beidem» – so äußerte sich der Präsidentschaftskandidat einmal über die Motive heutiger Politiker. Ob er es besser macht, bleibt abzuwarten. Aber egal, was man über ihn denken mag: Trump ist ein stolzer Amerikaner – ein Mann, der sein Land liebt, weil es ihm viele Möglichkeiten eröffnet hat. Er hat Ecken und Kanten und ist, mit allen Leidenenschaften und Abgründen, ein Mensch aus Fleisch und Blut – ganz im Unterschied zu der seelen- und geschlechtslosen Charaktermaske der Hochfinanz, die im letzten Gefecht gegen ihn antritt. ■



Donald Trump mit seinen Kindern (v. l. n. r.) Donald Jr., Eric und Ivanka am 16. April 2012 in Toronto, Kanada. Gefeierte wird die offizielle Eröffnung des Trump International Hotels und Towers. Foto: picture alliance / Newscom

Die Trump-Revolution

_von Tino Perlick

Vom Establishment unterschätzt, hat der politische Neueinsteiger Trump die Bush-Dynastie gedemütigt und die Republikanische Partei auf den Kopf gestellt. Versuche der alten Elite, ihn zu stoppen, scheiterten an der begeisterten Basis.

Am 6. August 2015 um 21 Uhr betreten die zehn aussichtsreichsten Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner die Bühne der ersten Fernsehdebatte des Vorwahlkampfes in der Quicken Loans Arena in Cleveland. Nur zwei der Hoffnungsvollen sind keine Karrierepolitiker: der Neurochirurg Ben Carson und Donald Trump. Die Regeln des gastgebenden *Fox News Networks* besagen, dass der in Umfragen vorne liegende Immobilienmogul das begehrte Rednerpult in der Bühnenmitte einnimmt. Der Zweitplatzierte, der ehemalige Gouverneur von Florida Jeb Bush, setzt sich neben Trump.

Die Kandidaten sollen die erste Frage per Handzeichen beantworten: «Welcher der hier Anwesenden ist nicht bereit, den endgültigen Sieger der Vorwahlen uneingeschränkt zu unterstützen?» Alle Bewerber erweisen sich als vorbildliche Parteisolodaten – außer einem. Unbeeindruckt hebt Trump die rechte Hand und signalisiert damit, dass er auch als unabhängiger Kandidat, also ohne Votum der Partei, antreten würde. Während eine Hälfte des Publikums in Jubel ausbricht, buht die andere ihn gnadenlos aus.

Der politische Quereinsteiger zuckt mit den Schultern: «Ich kann nicht sagen, dass ich die Person, die gewinnt, respektieren muss», erklärt er mit Lausbubencharme. «Ich kann Ihnen mit Sicherheit nur versprechen, nicht als Unabhängiger anzutreten, wenn ich die Nominierung erhalte.»

K.O. in der ersten Runde

Als mit Jeb Bush am 20. Februar 2016 der letzte Spross der Bush-Dynastie angesichts demütigender Umfragewerte sein Handtuch werfen musste, wurde dem Letzten klar, dass die Amerikaner den Status quo endgültig satt hatten. Über drei Jahrzehnte hatte die schwerreiche Familie aus Texas die Partei dominiert: Ihre Söhne waren CIA-Direktoren und UNO-Botschafter und bekleideten Ämter in Senat und Abgeordnetenhaus. Jeweils acht Jahre hatten George W. und Jeb als Gouverneure in Texas beziehungsweise Florida regiert – und drei Amtszeiten lang (1988 bis 1992 und 2000 bis 2008) hieß der Präsident der USA Bush. Trump gewann die Nominierung, indem er die Politik des Texaner-Clans als bis in den Kern verrotten bloßstellte.



«Ich glaube, dass die große Mehrheit der Menschen, die illegal hierherkommen, keine anderen Optionen haben», schwafelte Jeb im bereits erwähnten Fernsehduell zum Einwanderungsthema. «Sie möchten für ihre Familien sorgen.» Wie erlösend klangen dagegen Trumps Forderungen nach einem «System der Einwanderung, das funktioniert, aber für das amerikanische Volk». Weil beide Präsidenten Bush es versäumt hätten, die Grenzen zu schützen, wettete er, befänden sich mittlerweile zwölf Millionen illegale Einwanderer im Land. Und da beide Präsidenten Bush sich nicht gegen verheerende Handelsabkommen gestellt hätten, sei heute China, nicht die USA, erster Produktionsstandort der Welt. Während Trumps Mitbewerber George W. Bush dafür lobten, die USA nach dem 11. September 2001 angeblich vor weiteren Anschlägen bewahrt zu haben, erinnerte Trump daran, dass dessen Administration vorangegangene Geheimdienstwar-

Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung im August 2016 in North Carolina. Foto: picture alliance / AP Photo

Trump ist drauf und dran, die Partei der Bonzen in eine Volkspartei zu verwandeln.

COMPACT Spezial

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 9 | 8,80 EUR (D) - compact-online.de

Zensur in der BRD

Die schwarze Liste
der verbotenen
Autoren

9,90 Euro (A), 13 sFr (CH)

Das Lügenkartell gegen Eva Herman, Akif Pirinçci, Matthias Matussek, Nicolaus Fest, Gerhard Wisnewski, Elmar Hörig, Frieder Wagner, Michael Vogt, Jürgen Elsässer, Ken Jebsen, Jan van Helsing.

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
abo@compact-magazin.com · shop.compact-magazin.com

Wer COMPACT-Magazin jetzt abonniert, kann COMPACT-Spezial «Zensur in der BRD» als Gratis-Prämie dazubestellen.

nungen sträflich ignoriert hatte und US-Truppen in den Irak-Sumpf einmarschieren ließ, obwohl nicht Saddam Hussein und sein Regime, sondern die Saudi-Prinzen bei 9/11 Dreck am Stecken hatten.

«Bushs Republikanismus und Neokonservatismus haben nicht nur eine entschiedene Niederlage erlitten», fasste der Ex-Republikaner Pat Buchanan den Siegeszug von Trump zusammen, «man hat sie mit einem Schwert durchstoßen. Sie sind so tot wie die Kaiserverehrung in Japan.»

Hoffnungsträger Trump

Was war passiert? Als extrovertiertes Geschöpf der Cocktailpartys von Manhattans liberaler Upper East Side war Trump dem konservativen Establishment von Anfang an ein Dorn im Auge. Doch man hatte ihn als Medienwitzfigur belächelt und die Wirkung seiner Aussagen hochmütig unterschätzt – ebenso wie seine finanzielle Unabhängigkeit, die ihn unbestechlich macht. Bei der eingangs geschilderten TV-Debatte polterte er: «Ich werd' Ihnen sagen, dass unser System kaputt ist. Ich habe vielen Leuten etwas gegeben. (...) Und wissen Sie was? Wenn ich zwei, drei Jahre später was von denen brauche, rufe ich die an. Die sind für mich da.»

Unter Trump fordern die Republikaner den Bau einer Mauer an der mexikanischen Grenze.

Mit seinem Plan, Muslimen die Einreise zu verbieten, bis die Gefahr des islamischen Terrorismus gebändigt sei, hofften seine Gegner, würde sich das enfant terrible selbst aus dem Rennen werfen. Doch in New Hampshire, wo im Februar 2016 die zweite Vorwahl stattfand, teilten 66 Prozent aller republikanischen Wähler Trumps Ansicht und bescherten ihm einen Erdrutschsieg. In der Folge versuchte das republikanische Establishment, den Querkopf doch noch auszubremsen. Laut *Politico* begannen «konservative Spender» im selben Monat durchzuspielen, ob ein unabhängiger Kandidat Chancen auf das Weiße Haus hätte, falls Trump von den Republikanern nominiert würde. Anfang März erklärte der 2012 gescheiterte Mitt Romney in einer weitverbreiteten Rede den Sturz des Umfragenspitzenreiters – des Zugpferdes seiner eigenen Partei! – zur patriotischen Pflicht. Im August, als Donald Trump die Nominierung bereits offiziell in der Tasche hatte, forderten 70 Republikaner das Parteikomitee auf,

für Trump vorgesehene Wahlkampfspenden an diejenigen Kandidaten umzuleiten, deren Sitz im Kongress auf Messers Schneide stehe. Nur so könne man «die Partei davor bewahren, mit einem Anker um den Hals, der die Aufschrift Trump trägt, abzusaufen».

Zum Schrecken seiner Gegner ist das schwarze Parteischaf drauf und dran, die traditionelle Partei der Bonzen in eine Volkspartei zu verwandeln. In Themen wie Migrations- und Handelspolitik hat die Grand Old Party sich seinen Forderungen bereits gebeugt – zumindest offiziell, wie ein Blick in das im Juli veröffentlichte Parteiprogramm verrät. Noch vor vier Jahren kritisierte sie die Obama-Administration dafür, nicht genügend Handelsabkommen unterzeichnet zu haben, und warb für die Transpazifische Partnerschaft (TPP). Im 2016er Programm ist davon nichts mehr übrig. Stattdessen stehen nun der Mauerbau an der mexikanischen Grenze ebenso auf der Agenda wie «besondere Kontrollen» für Einreisende aus «terrorfinanzierenden Ländern und Regionen, die mit islamischen Terrorismus assoziiert sind». Völlig irre: Plötzlich unterstützen die Republikaner sogar «die Rückkehr zum Glass-Steagall-Gesetz von 1933, das Geschäftsbanken hochriskante Investitionen verbietet». Wall-Street-Präsident Bill Clinton hatte das Gesetz 1999 aufgehoben und so den Kurs zur weltweiten Finanzkrise von 2008 programmiert.

«Ich habe die politische Arena betreten», sagte Trump auf dem Nominierungsparteitag, «damit die Mächtigen nicht länger auf die Menschen einprügeln, die sich nicht wehren können». Er ermutigte seine Zuhörer: «All die Menschen, die Ihnen erzählen, Sie könnten das Land, das Sie gerne hätten, nicht bekommen, sind dieselben, die Ihnen sagten, dass ich hier heute nicht stehen würde.» ■

Haltet den Dieb!



Die Stunde der Heuchler: Als hätte es Waterboarding und andere unmenschliche Behandlungsmethoden von Gefangenen unter George W. Bush und die Strafbefreiung der dafür Verantwortlichen durch Barack Obama nie gegeben, verurteilten 117 hochrangige Republikaner Trump Anfang März 2016 in einem offenen Brief unter anderem wegen seiner «Bereitschaft zu umfangreicher Folter». Unter den Unterzeichnern sind viele Neokonservative wie Robert Kagan, die die blutige US-Kriegspolitik immer vorangetrieben und Zustände wie in Guantanamo oder Abu Ghraib gerechtfertigt oder verharmlost haben. Offensichtlich empört sie nicht die (auch!) von Trump vorgeschlagene Folter von Terrorverdächtigen, sondern dessen Entspannungsrhetorik an die Adresse Russlands: Seine Wertschätzung für Wladimir Putin bezeichnen die Kritiker als «inakzeptabel für den Anführer der größten Demokratie der Welt».

Die Schließung von Guantanamo hatte schon Barack Obama in seinem Wahlkampf 2008 versprochen.
Foto: DoD, Public Domain





O-Ton: «Wir streben Freundschaft mit Russland an»

— von Donald Trump

Donald Trump führt einige Kernelemente der US-Außenpolitik fort, wie etwa die Treue zu Israel und das Festhalten an atomarer Überlegenheit. Aber er setzt neue Akzente, die einen bedeutenden Umschwung einleiten könnten: Amerika soll nicht länger der Welt-polizist sein, die NATO-Bündniszusagen lockern und den Menschen-rechts-Imperialismus durch die Stützung stabiler Regime ersetzen. Hauptfeind ist für ihn der radikale Islam.

Dieses Graffiti in der Altstadt von Wilna in Litauen erinnert an das berühmte «Bruderkuss»-Gemälde, das Leonid Breschnew und Erich Honecker in derselben Pose zeigte.
Foto: picture alliance / AP Photo

Falls Obamas Ziel gewesen wäre, Amerika zu schwächen, hätte er es nicht besser hinkriegen können.

Heute würde ich gerne darüber sprechen, wie man eine neue Außenpolitik für unser Land entwickeln kann – eine Politik, die Beliebigkeit durch Zweckmäßigkeit ersetzt, Ideologie durch Strategie und Chaos durch Frieden. Unsere Außenpolitik ist ein komplettes und totales Desaster – keine Vision, keine Zielsetzung, keine Führung, keine Strategie. Heute möchte ich fünf Hauptschwächen unserer Außenpolitik skizzieren.

Die Bestandsaufnahme

Erstens: Präsident Obama hat unser Militär geschwächt, indem er unsere Wirtschaft geschwächt hat. Er hat uns mit verschwenderischen Ausgaben, massiven Schulden, niedrigem Wachstum, einem riesigen Handelsdefizit und offenen Grenzen gelähmt. Das Außenhandelsdefizit unseres produzie-

renden Gewerbes nähert sich jetzt einer Billion Dollar pro Jahr. Wir bauen andere Länder auf, während wir unseres schwächen. Durch Beendigung des Diebstahls amerikanischer Arbeitsplätze werden wir die nötigen Ressourcen erhalten, um unser Militär wieder aufzubauen und unsere finanzielle Unabhängigkeit wiederzuerlangen. Ich bin die einzige Person, die sich um die Präsidentschaft bewirbt, die dieses Problem versteht und weiß, wie man es löst.

Zweitens: Unsere Verbündeten müssen zu den finanziellen, politischen und menschlichen Kosten unserer gewaltigen Sicherheitslast beitragen. Doch viele von ihnen tun das einfach nicht. Sie nehmen die USA als schwach und nachsichtig wahr und fühlen sich nicht verpflichtet, ihre Verträge mit uns zu erfüllen. In der NATO geben neben Amerika zum Beispiel nur vier von 28 Mitgliedstaaten die vorgeschriebene Mindestsumme von zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aus. Wir haben im Laufe der Zeit Billionen Dollar für den Aufbau unseres Militärs ausgegeben – Flugzeuge, Schiffe, Ausrüstung –, um Europa und Asien eine starke Verteidigung bieten zu können. Die Länder, die wir verteidigen, müssen für die Kosten dieser Verteidigung aufkommen – und falls nicht, müssen die USA vorbereitet sein, diese Länder sich selbst verteidigen zu lassen.

Drittens: Wir haben einen Präsidenten gehabt, der unsere Freunde nicht mag und sich vor unseren Feinden verbeugt. Er hat ein katastrophales Abkommen mit dem Iran ausgehandelt, und dann sahen wir zu, wie sie die Bedingungen ignorierten, noch bevor die Tinte trocken war. Dem Iran kann nicht erlaubt werden, eine Atomwaffe zu haben, und unter einer Trump-Administration wird ihm niemals erlaubt werden, eine zu haben. Präsident Obama hat den Iran mit zärtlicher Liebe und Sorge behandelt und zu einer Großmacht im Mittleren Osten werden lassen – alles auf Kosten Israels, unserer anderen Verbündeten in der Region und, was entscheidend ist, der Vereinigten Staaten. Wir haben mit unseren ältesten Freunden Streit angefangen, und nun fangen sie an, sich woanders nach Hilfe umzusehen.

Viertens: Unsere Gegner respektieren uns nicht mehr. Tatsache ist, dass sie genauso verwirrt sind wie unsere Verbündeten. Ein noch größeres Problem ist aber, dass sie uns nicht mehr ernst nehmen. Als Präsident Obama mit der Air Force One in Kuba landete, war da kein Anführer, der ihn abholte – ein vielleicht beispielloser Vorgang in der langen und prestigeträchtigen Geschichte der Air Force One. Erstaunlicherweise geschah das Gleiche in Saudi-Arabien wieder – das nennt man Respektlosigkeit.

Präsident Obama schaut hilflos mit an, wie Nordkorea seine Aggression verstärkt und seine nukleare Reichweite ausdehnt. Wir haben unsere Gegner und Herausforderer denken lassen, sie kämen mit allem Möglichen davon. Falls Präsident Obamas Ziel gewesen wäre, Amerika zu schwächen, hätte er das nicht besser hinkriegen können. Schließlich hat Amerika kein klares Verständnis mehr von den Zielen seiner Außenpolitik: Einen Tag bombardieren wir Libyen und werden einen Diktator los, um für die Bürger Demokratie aufzubauen. Am nächs-

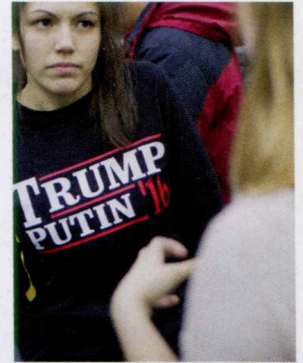
ten Tag schauen wir zu, wie dieselben Bürger leiden, während das Land auseinanderfällt. Wir sind eine humanitäre Nation. Aber das Vermächtnis der Obama-Clinton-Interventionen wird Schwäche, Verwunderung und Unordnung sein.

Hauptfeind: Islamischer Staat

Durch uns ist der Mittlere Osten instabiler und chaotischer geworden, als er es je zuvor war. Wir haben Christen erbitterter Verfolgung und sogar Völkermord ausgesetzt. Unser Handeln im Irak, in Libyen und in Syrien haben geholfen, den IS zu entfesseln. Und wir befinden uns in einem Krieg mit dem radikalen Islam. Aber Präsident Obama spricht den Namen des Feindes noch nicht einmal aus! Hillary Clinton weigert sich ebenso, die Wörter «radikaler Islam» zu sagen – selbst wenn sie auf einen massiven Zuwachs an Flüchtlingen drängt.

Erstens brauchen wir einen Langzeitplan, um die Verbreitung und Reichweite des radikalen Islams aufzuhalten. Das muss ein Hauptziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten sein. Die Ereignisse mögen den Gebrauch militärischer Mittel notwendig machen. Doch wie unser langer Kampf im Kalten Krieg ist auch das ein philosophischer Kampf. In dem werden wir eng mit unseren Verbündeten in der muslimischen Welt zusammenarbeiten. Sie alle sind durch radikale islamische Gewalt gefährdet. Wir sollten mit jeder Nation aus dieser Region zusammenarbeiten, die durch den Aufstieg des radikalen Islams bedroht ist. Aber das muss ein Geben und Nehmen sein – sie müssen auch gut zu uns sein und sich an uns und alles, was wir für sie tun, erinnern.

Der Kampf gegen den radikalen Islam findet auch in unserer Heimat statt. Es gibt zig kürzlich eingereiste Migranten innerhalb unserer Grenzen, die



Auch wenn's fast so aussieht: Trumps Running Mate ist der Russe nicht. Foto: picture alliance / AP Photo

Wir befinden uns in einem Krieg mit dem radikalen Islam.

Bild links: US-Panzer rollen in deutsche Kasernen, um Russland abzuschrecken. «Vorgelagerte Präsenz» nennt das die NATO. Foto: KIM JAE-HWAN/AFP/Getty Images

Bild rechts: IS-Kämpfer 2016 im irakischen Zawbaa. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



Die neue Globalstrategie

Im Gegensatz zu Clinton will Trump das Imperium nicht gewaltsam ausdehnen, sondern durch verbündete Regionalmächte verwalten lassen, um im Inland aufräumen zu können. Diese Rückzugsstrategie ist unter dem Begriff «Offshore Balancing» bekannt: «Die Strategie des Offshore-Balancing ist eine Großstrategie, die im Vertrauen in die Kerntraditionen der Vereinigten Staaten und in der Anerkennung ihrer anhaltenden Vorteile fußt. Sie macht sich die glückliche geografische Lage zunutze und versteht die starken Anreize anderer Staaten, allzu mächtige oder ehrgeizige Nachbarn auszubalancieren. Sie respektiert die Macht des Nationalismus, unterlässt es, fremden Gesellschaften amerikanische Werte aufzuzwingen, und konzentriert sich darauf, anderen ein nachahmenswertes Beispiel zu sein. Wie in der Vergangenheit ist Offshore Balancing nicht nur die Strategie, die US-Interessen am nächsten kommt, sie kommt auch den Vorlieben der Amerikaner am nächsten.» (John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, «The Case for Offshore Balancing: A Superior U.S. Grand Strategy», *Foreign Affairs*, Juli/August 2016).

Der vorliegende Text ist eine stark gekürzte Übersetzung von Donald Trumps Rede vor dem Center of The National Interest in Washington, D.C. vom 27. April 2016.

des Terrorismus angeklagt sind. Für jeden öffentlichen Fall gibt es Dutzende weitere. Wir müssen aufhören, Extremismus durch sinnlose Einwanderungspolitik zu importieren. Eine Atempause zur Neubewertung der Lage wird uns helfen, das nächste San Bernardino [islamistischer Anschlag im Dezember 2015] oder Schlimmeres zu vermeiden – Sie müssen sich nur das World Trade Center und den 11. September ansehen.

Dann gibt es noch den IS. Ich habe eine einfache Botschaft an die: Ihre Tage sind gezählt. Ich werde ihnen nicht sagen wo, und ich werde ihnen nicht sagen wie. Wir müssen, als Nation, unvorhersehbarer werden. Doch sie werden verschwunden sein – und zwar bald.

Zweitens müssen wir unser Militär und unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Die Russen und die Chinesen haben ihr militärisches Potenzial rapide ausgeweitet. Aber sehen Sie sich an, was uns passiert ist! Unser Nuklearwaffenarsenal – unser ultimatives Abschreckmittel – durfte verkümmern und muss unbedingt modernisiert und erneuert werden. Unser Militär ist erschöpft – und wir bitten unsere Generäle und Heerführer, sich um den Klimawandel zu sorgen. Wir werden ausgeben, was nötig ist, um unser Militär wieder aufzubauen. Das ist die billigste Investition, die wir machen können. Wir werden die beste der Menschheit bekannte Ausrüstung entwickeln, bauen und erwerben. Unsere militärische Dominanz muss unumstritten sein.

Und schließlich müssen wir eine Außenpolitik entwickeln, die auf amerikanischen Interessen basiert. Unternehmen scheitern, wenn sie ihre Kerninteressen aus den Augen verlieren, und das gilt auch für Länder. Sehen Sie sich an, was in den 1990ern passiert ist. Unsere Botschaften in Kenia und Tansania wurden angegriffen und 17 mutige

Matrosen auf der USS Cole getötet. Und was haben wir getan? Es schien, als hätten wir uns mehr angestrengt, China in die Welthandelsorganisation zu holen – was eine Katastrophe für die Vereinigten Staaten gewesen ist –, als al-Qaida aufzuhalten.

Frieden mit Russland

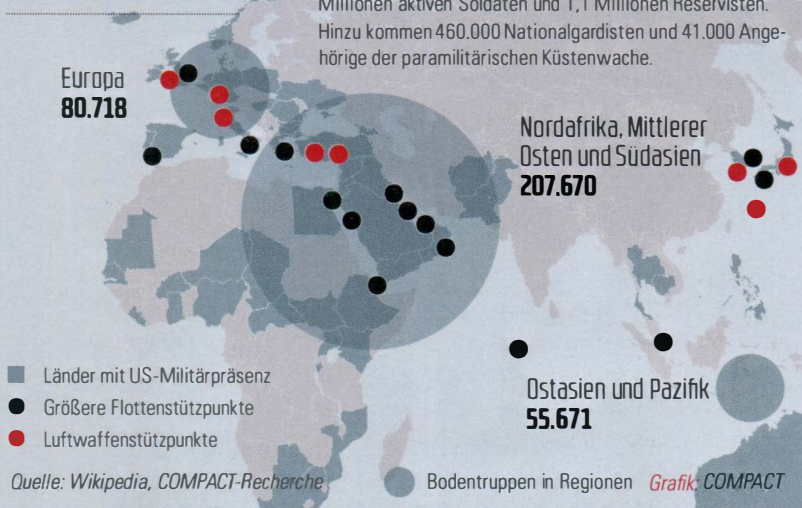
Meine Prioritäten sind folgende: Unsere Ziele im Mittleren Osten müssen der Sieg über die Terroristen und die Förderung regionaler Stabilität sein, nicht radikale Veränderung. Wir müssen klarsichtig gegenüber den Gruppen sein, die niemals etwas anderes sein werden als unsere Feinde. Wir dürfen nur zu denen großzügig sein, die beweisen, dass sie unsere Freunde sind. Wir streben an, friedlich zu leben und in Freundschaft mit Russland und China. Wir haben ernsthafte Meinungsverschiedenheiten mit diesen zwei Nationen und müssen sie mit offenen Augen betrachten. Doch sind wir nicht dazu bestimmt, Widersacher zu sein. Aufgrund gemeinsamer Interessen sollten wir einen gemeinsamen Nenner suchen. Russland zum Beispiel hat dem Horror des islamischen Terrorismus ebenfalls ins Auge gesehen.

Ich glaube, eine Lockerung der Spannungen und verbesserte Beziehungen mit Russland sind möglich.

Ich glaube, eine Lockerung der Spannungen und verbesserte Beziehungen mit Russland – aus einer Position der Stärke heraus – sind möglich. Der gesunde Menschenverstand sagt, dass dieser Zyklus von Feindseligkeiten enden muss. Manche sagen, die Russen werden nicht vernünftig sein. Ich habe vor, das herauszufinden. Falls wir für Amerika kein gutes Geschäft machen können, dann werden wir die Gespräche schnell abbrechen.

Ich werde nicht zögern, militärische Macht einzusetzen, wenn es dazu keine Alternative gibt. Aber wenn Amerika kämpft, dann muss es kämpfen, um zu gewinnen. Ich werde unsere Besten niemals unnötig in die Schlacht schicken – und ich werde dies nur tun, wenn wir eine Strategie für den Sieg haben. Unsere Ziele sind Frieden und Wohlstand, nicht Krieg und Zerstörung. Der beste Weg, diese Ziele zu erreichen, führt über eine disziplinierte, bedachte und konsistente Außenpolitik. Mit Präsident Obama und Außenministerin Clinton hatten wir das exakte Gegenteil: eine waghalsige, steuer- und ziellose Außenpolitik, die eine Schneise der Zerstörung hinterließ. ■

US-Militär weltweit





Nur Nationalismus stoppt Imperialismus

von Aidan O'Brien

Trump gegen Clinton – das Endspiel der westlichen Demokratie: Siegt der eine, könnten Millionen Migranten ausgewiesen werden. Siegt die andere, drohen neue US-Kriegszüge mit Millionen Toten. Die Linken, die sich jetzt hinter Hillary stellen, machen einen historischen Fehler, denn sie unterstützen das größere Übel.

Als Noam Chomsky [einer der bekanntesten Linksintellektuellen der USA] vor Kurzem sagte, dass er im Zweifelsfall für Hillary Clinton stimmen würde, war das für mich der Tiefpunkt. Diese Wahl ist die Hölle, ganz nach dem Geschmack von Thomas Hobbes [englischer Philosoph, fürchtete den Krieg «aller gegen alle»]: lieber Fremdenangst oder lieber Völkermord? Offensichtlich ist den Besten unter uns Linken der Völkermord lieber.

Aber was ist schlimmer: die Deportation oder die Vernichtung von ein paar Millionen? Beides ist höllisch, doch die Vernichtung von Millionen ist natürlich schlimmer. Warum sieht Chomsky das anders? Er steht nicht alleine da. Die westliche Meinungsmacht steht hinter Clinton, obwohl sie den Völkermord im Irak unterstützte, die Völkermorde in Libyen und Syrien organisierten half und die Waffen für den Völkermord in Osteuropa scharf machte: Victoria Nuland ist ihr Mädchen. [Nuland gehört zu den Einpeitschern des NATO-Putsches in der Ukraine 2014 und der aktuellen Mobilmachung an der NATO-Ostfront].

Demgegenüber ist alles, was Trump vorhat, eine Grenzmauer zu bauen und mit dem Ku-Klux-Klan anzubandeln. Und dennoch soll er die größte Bedrohung für die westliche Demokratie sein? Wenngleich Trumps Außenpolitik wahrscheinlich ein «Weiter so», also «Völkermord wie bisher» sein wird, besteht eine Chance – wie winzig auch immer –, dass er die Pläne des Westens für den Dritten Weltkrieg durchkreuzt. Wir wissen, dass Clinton zum außenpolitischen Establishment des Westens gehört. Und wir wissen, dass Trump nicht dazugehört. Warum also Trump mehr fürchten als Clinton?

Isolationismus versus Globalisierung

Für westliche Liberale und Linke ist Nationalismus das schmutzigste Wort, das es gibt. In ihren Augen bedeutet es schlicht Faschismus, Protektionismus, völkisches Gift oder einfach die gute alte Fremdenangst. Im Zeitalter der Globalisierung ist Nationalismus der Schwarze Mann. Und Trump spielt diese Rolle perfekt. Was aktuell als Globalisierung bezeichnet wird, ist allerdings ein Euphe-

Protest gegen den Irakkrieg am 31. Dezember 2006 in Santa Monica. Bis zu diesem Zeitpunkt waren im Zweistromland bereits 3.000 Amerikaner gefallen. Foto: Max Morse/Reuters

Wenn Amerika nationalistisch wäre, würde der Rest der Welt jubilieren.



Schießen statt reden: Ein 120-Millimeter-Mörser im Irakkrieg.
Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Seit Beginn des Irakkrieges 2003 fielen rund 6.800 US-Soldaten. Foto: US. Air Force / Roland Balik

Indem sich Nationen von der NATO oder der EU abspalten, können sie die Welt befreien.

mismus, im Grunde handelt es sich dabei nur um eine neue Variante des westlichen Imperialismus. Der Kontrapunkt zu Nationalismus ist also Imperialismus. Doch das Wort Imperialismus wird selten – falls überhaupt – in westlichen Medien verwendet. Die TV-Sprecher und Schreiberlinge spotten über die Vorstellung, Trump würde «Amerika wieder groß machen», aber verschweigen wissentlich, dass es Clintons Vorhaben ist, «das amerikanische Imperium wieder groß zu machen». Im Allgemeinen stellt man sich im Westen stumm, wenn es um den westlichen Imperialismus und dessen Völkermord-Bilanz geht. Dagegen schreit man auf, wenn es um westlichen Nationalismus geht. Als ob Nationalismus – und nicht Imperialismus – an allem schuld wäre.

Aber: Wenn Amerika nationalistisch wäre, würde der Rest der Welt jubilieren. Der Rest der Welt würde sich sicher fühlen. Und das ist der springende Punkt: Die Welt fühlt sich derzeit nicht sicher, weil Amerika überall ist. Es ist imperialistisch. Und wenn Amerika plötzlich heimkehren und sich auf sich selbst konzentrieren würde, müsste Amerika ausnahmsweise einmal so leben wie der Rest der Welt. Amerika müsste mit Amerika leben. Amerika müsste in Angst vor Amerika leben. Ist es das, was die Kritiker von Trump am meisten fürchten?

Trumps Nationalismus ist eine Bedrohung für westliche Liberale und Linke, weil er sie zwingen könnte, das erste Mal in ihrem Leben tatsächlich für ihr geschätztes Wertesystem zu kämpfen. Clintons Imperialismus dagegen wird ihren Schlummer

nicht stören: Clintons Killing Fields werden nämlich weit weg in fremden Ländern sein, wohingegen die von Trump im Inland sein könnten. Trump schafft die Möglichkeit eines Amerika, das mit sich selbst ringt, anstelle eines Amerika, das gegen den Rest der Welt Krieg führt. Was der Euro mit Europa getan hat, könnte Trump mit den USA gelingen: es fragmentieren. Und dies würde für die Opfer des westlichen Imperialismus eindeutig eine gute Sache sein.

Das Einzige, was Amerikas genozidale Außenpolitik stoppen kann, ist Amerika selbst. Mit anderen Worten, das Einzige, was den US-Imperialismus heute stoppen kann, ist der US-Nationalismus. Falls das Mauern und Xenophobie quer durch die USA und womöglich sogar Selbstzerstörung (à la EU) bedeutet, dann sei es so. Die USA und die EU verdienen, was sie bekommen – solange sie blind für ihre eigenen Verbrechen sind.

Die ganz andere Wiederkehr des Faschismus

Ein ähnlicher Fall wie Chomsky ist Yanis Varoufakis [Gallionsfigur der griechischen Regierungslinien Syriza]. Auch sein Schwarzer Mann ist der Nationalismus und nicht der Imperialismus. In seinem wichtigen Buch *And the Weak Suffer What They Must?* [Und die Schwachen erdulden, was sie müssen?] analysiert er die Krise der EU. Auf 300 Seiten erwähnt er jedoch die NATO kein einziges Mal. Er unterlässt es, die soziale Zerstörung von Griechenland mit der völligen Zerstörung des Irak, Libyens und Syriens in Verbindung zu bringen – obwohl die Zerstörer dieselben Leute sind: die Führer der NATO.

Tatsächlich gerät Varoufakis in die «allen Beweisen zum Trotz ist ein vereinigter Westen das Beste»-Falle. Er ist nicht nur ein engagierter Pro-Europäer: Er ist obendrein ein engagierter Atlantiker. Während er von Amerikas Keynesianern [Anhänger der US-Wirtschaftsreformen unter Präsident Franklin D. Roosevelt] schwärmt, ignoriert er vollständig Amerikas Kopffäger in der NATO. Enttäuscht von Europas geistig beschränkter Elite, ist er selbst geistig beschränkt gegenüber den Verbrechen Europas im östlichen Mittelmeerraum. Das Schicksal Griechenlands wird in den Schatten gestellt vom Schicksal Libyens und Syriens – doch das übersieht er. Oder ist Völkermord an Arabern für ihn womöglich nicht so wichtig?

Varoufakis und Chomsky denken, dass wir die Wiederkehr der 1930er Jahre erleben. Der eine fürchtet die neonazistische Goldene Morgenröte, der andere die irrationale Republikanische Partei (als sei die Demokratische Partei rational). Beide fürchten den Zusammenbruch der westlichen Zivilisation. Dieser Zug ist allerdings schon abgefahren – der Zug nach Auschwitz nämlich, mit der west-

lichen Zivilisation darin. In Wahrheit jedoch erleben wir eine Wiederkehr der 1940er Jahre. Der Westen von heute folgt dem Vorbild von Hitler und Hirohito [japanischer Kaiser] und marschiert gegen Russland und China. Und was die Parallele erschreckend real macht: Der Westen von heute hat auch schon seinen eigenen antisemitischen Völkermord ausgeführt – an den unabhängigen arabischen Nationen nämlich [Araber sind auch Semiten]. Im Zusammenhang mit dieser abscheulichen Kriegslust sind Trump und die Goldene Morgenröte harmlos. Das heißt, harmlos für die Opfer, aber nicht die Strategen des Imperialismus.

Den Westen aufspalten

Es ist jedoch noch nicht zu spät, die Hölle zu verlassen – es gibt einen Ausweg aus diesem westlichen Endspiel. Um weiterzumachen wie bisher, bedarf der westliche Imperialismus nämlich einer blinden Einheitsfront. Offene Augen sind eine Gefahr für den Marsch Richtung Weltuntergang. Unabhängige Nationen sind es auch, insbesondere unabhängige westliche Nationen. Die falsche Grundannahme ist die, dass Nationalismus Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Trump und die Goldene Morgenröte sind möglicherweise fremdenfeindlich – aber nicht der Nationalismus per se.

Westlicher Nationalismus à la Irland oder Schottland oder Katalonien oder jeder anderen westlichen Nation kann das Imperium im positiven Sinne blockieren, und zwar durch die Umkehrung der Spalte-

und-herrsche-Strategie des Westens. Indem sich Nationen von der NATO oder der EU oder Großbritannien befreien, können sie die Welt befreien – also den Westen aufspalten und dadurch den Rest der Welt befreien. Die Situation im Westen ist heute so brisant für die Welt (Völkermordgefahr!), dass selbst ein negativer Nationalismus à la Frankreich ein blockierender Schraubenschlüssel im Räderwerk des Imperialismus wäre. Ja, sogar die englische Nation kann das schaffen – durch den Brexit. Und ja, sogar die Vereinigten Staaten können es schaffen – durch Rückzug auf sich selbst und die Austreibung ihrer eigenen völkermörderischen Dämonen.

Clinton bedeutet die Wiederkehr der 1940er Jahre – Aufmarsch gegen Russland und China.

Um mit einem derartigen westlichen Rückzug beginnen zu können, werden die Liberalen und Linken des Westens jedoch mit ihrem antinationalistischen Dogma Schluss machen müssen. Um den westlichen Imperialismus zu beenden, muss der Westen aufgespalten werden – und dafür ist Nationalismus ein nützliches Werkzeug. Vergesst die künstliche politische Korrektheit! Und platziert das Wohl der Welt an erster Stelle (die Vereinten Nationen)! Damit wir uns verstehen: Es geht um Imperialismus, Idiot! ■



Die hässliche Amerikanerin



«Sprich sanft, aber bringe immer den großen Knüppel mit», umschrieb US-Präsident Theodore Roosevelt die ewige Devise der Yankee-Außenpolitik. Wer könnte sanfter sprechen als ein Vertreter einer tatsächlich jahrhundertlang unterdrückten Bevölkerungsgruppe?

Der hässliche Amerikaner – das waren früher die Cowboy-Typen, die Faschisten, die Ku-Klux-Klan-Männer. Mit dem demographischen Zerbröseln der weißen Vorherrschaft heuert das Große Geld, dessen Eigentümerfamilien seit Jahrhunderten dieselben sind, andere Frühstücksdirektoren an. Die neuen Charaktermasken des Imperialismus sind farbig, weiblich, schwul. «Zuerst schießen, dann fragen» – das war das Motto der alten Verbrecher. «Tot schießen und tot säuseln» ist die Taktik ihrer Nachfolger.

(Jürgen Elsässer, Editorial in COMPACT-Spezial Nr. 2 *Kriegslügen der USA*)

COMPACT Spezial Nummer 2 ist im COMPACT-Shop erhältlich.

Foto: COMPACT

Atombomber mit Begleitung: Jagdflugzeuge aus Polen den USA, Deutschland, aber auch dem neutralen Schweden flankieren am 9. Juni 2016 eine B-52 über der Ostsee.

Foto: U.S. Air Force, Erin Babis, Public Domain, flickr.com

_ Aidan O'Brien ist Krankenhausangestellter in Dublin. Die englische Originalversion des Artikels übersetzten und übernahmen wir – leicht gekürzt – mit freundlicher Genehmigung von counterpunch.org.

O-Ton: «Sie lügt!»

_ von Donald Trump

Merkel sei geisteskrank, Obama der Gründer des Islamischen Staates, Putin ein netter Kerl, die NATO nicht mehr so wichtig – der Kandidat lässt nichts aus, um das Establishment zu schocken.

Über Hillary



«Während ich manchmal zu ehrlich bin, ist Hillary Clinton das genaue Gegenteil: Sie sagt niemals die Wahrheit. Eine Lüge nach der anderen, und mit jedem Tag, der vergeht, wird es schlimmer.» (*donaldjtrump.com*, 18.8.2016)

«Wenn Hillary Clinton nicht mal ihren Ehemann befriedigen kann, was bringt sie dazu zu glauben, sie könne Amerika befriedigen?» (*Trump 2015 auf Twitter, zitiert nach Spiegel*, 30.1.2016)

«Das ist das Vermächtnis von Hillary Clinton: Tod, Zerstörung und Schwäche.» (*Trump in seiner Nominierungsrede*, 21.7.2016)

«Ich trete nicht gegen die krumme Hillary an, ich trete gegen die verlogenen Medien an.» (*thedailybeast.com*, 14.8.2016)

Clinton im Juli 2016. Foto: picture alliance / AP Photo

«Er ist der Gründer des IS.»

Trump über Obama

«Was Merkel getan hat, ist geisteskrank.» (*Trump über Merkels Willkommenskultur, bild.de*, 10.2.2016)

«Meine Familie kam aus Deutschland. Ich habe großartige deutsche Wurzeln.» (*Dokumentarfilm «Kings of Kallstadt», 2014*)

«Hillary Clinton will Amerikas Angela Merkel werden, und ihr wisst, was für eine Katastrophe diese massive Einwanderung für Deutschland und die Menschen Deutschlands ist.» (*Zeit Online*, 16.8.2016)

«Im Grunde haben sie sich ihr Land zurückgeholt. Das ist eine großartige Sache.» (*Trump nach dem Brexit, n-tv.de*, 24.6.2016)

«Ich habe kein Problem mit der NATO per se, doch sie muss neu aufgebaut werden, sie muss modernisiert werden. Wissen Sie, wir haben es mit der NATO aus den Tagen der Sowjetunion zu tun, die gar nicht mehr existiert.» (*washingtontimes.com*, 28.3.2016)

«Nach allem, was ich gehört habe, wollen die Menschen auf der Krim lieber zu Russland gehen, statt zu bleiben, wo sie waren. Das muss man auch sehen.» (*Politico.com*, 1.8.2016)

«Schauen Sie sich Putin an, der eine absolut gute Zeit hat. (...) Was er für Russland getan hat, ist wirklich erstaunlich, und er tat es, indem er unser Land mit jedem Schritt ausgetrickst hat. (...) Ich denke, ich würde mit Wladimir Putin sehr gut zu recht kommen.» (*freebeacon.com*, 17.8.2016)

«Amerikanismus, nicht Globalismus, wird unser neues Credo sein.» (*thehill.com*, 8.8.2016)

«Er ist der Gründer des IS.» (*Trump über Barack Obama, Welt Online*, 11.8.2016)

«Sehen Sie sich Orlando, San Bernardino, das World Trade Center an, sehen Sie sich an, was in der Welt passiert. Und wir haben es dem IS (...) ermöglicht, diese Position einzunehmen. Es war Hillary Clinton! Sie sollten ihr eine Auszeichnung als Gründerin des IS verleihen.» (*Trump bei einer Wahlkampf- rede in Daytona Beach, Florida, 3.8.2016. Der Sender ABC News brach nach diesem Satz die Live-Übertragung ab.*)

«Also, Sie erzählen mir was über Religionsfreiheit. Die Christen werden entsetzlich behandelt, weil sie niemanden haben, der sie repräsentiert. Glauben Sie mir, wenn ich antrete und gewinne, werde ich der großartigste Repräsentant der Christen seit langer Zeit sein.» (*The Brody File, CBN, 20.5.2015*)

«Hier ist schon wieder einer. (...) Geh' nach Hause zu deiner Mami. Und deine Mutter wählt Trump! (...) Es stimmt!» (*Trump zu einem Demonstranten während einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania, 12.8.2016*)

«Der Krieg im Irak war offensichtlich ein Riesenfehler, richtig? (...) Sie haben gelogen. Sie sagten, dass da Massenvernichtungswaffen waren. Dort waren keine, und sie wussten, dass dort keine waren.» (*Trump während einer Diskussion mit seinem Konkurrenten Jeb Bush, Greenville, 13.2.2016*)

«Am nächsten Abend trafen wir uns auf einen Drink. Es gab da nur ein kleines Problem. Ich trinke nicht (...). Ich erinnere mich, dass ich mich fragte, ob alle erfolgreichen Leute in Manhattan wohl solche Säufer sind. Ich fand heraus, dass das der Fall war. Das verschaffte mir einen großen Vorteil.» (*The Art of the Deal, 1987*)

«Sie machen ein Remake von *Indiana Jones* ohne Harrison Ford. Das geht nicht. Und jetzt machen sie *Ghostbusters* nur mit Frauen. Was ist bloß los?» (*jezebel.com*, 31.1.2015)

«Ich sage nicht, dass Assad ein guter Kerl ist, weil er wahrscheinlich ein böser Junge ist, doch ich habe viele Interviews mit ihm gesehen und man kann sagen, wenn man sich Libyen anschaut und guckt, was wir dort getan haben – es ist Chaos. Wenn man sich Saddam Hussein anschaut und den Irak, guckt, was wir dort angerichtet haben – es ist Chaos. Es wird genau das gleiche sein, [wenn die USA Assad stürzen].» (*nbcnews.com*, 4.10.2015)

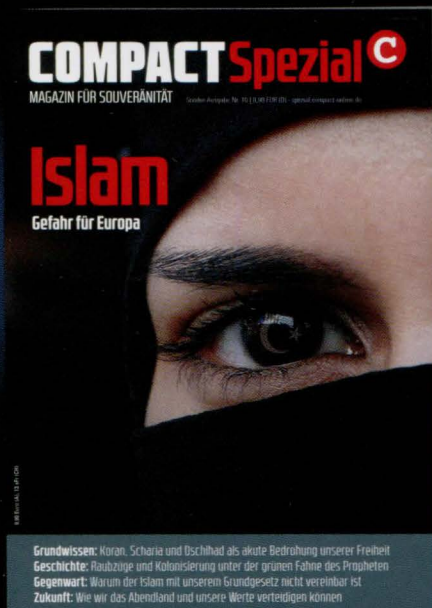
«Die USA ist zur Müllhalde geworden für die Probleme aller anderen.» (*bild.de*, 10.2.2016)

«Afroamerikanische Bürger und Latinos werden die beste Zeit ihres Lebens haben.» (*Trumps Wahlversprechen, thedailybeast.com*, 25.8.2016)

«Es ist jetzt klar, dass die Clinton Foundation das korrupteste Unternehmen in der Geschichte der Politik ist.» (*thehill.com*, 22.8.2016) ■

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige

COMPACT-Spezial füttert Sie viermal im Jahr mit Insiderinfos, die andere unter den Teppich kehren. Lesen Sie die wahren Berichte zum Weltgeschehen und abonnieren Sie COMPACT-Spezial zusätzlich zum monatlichen COMPACT-Magazin!



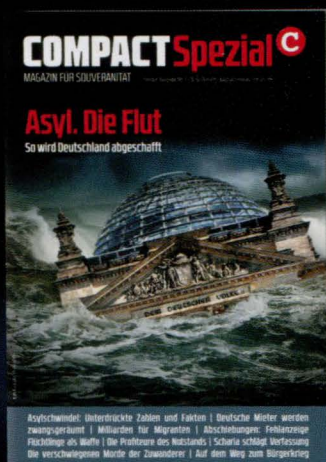
COMPACT-Spezial Nr. 10



COMPACT-Spezial Nr. 9



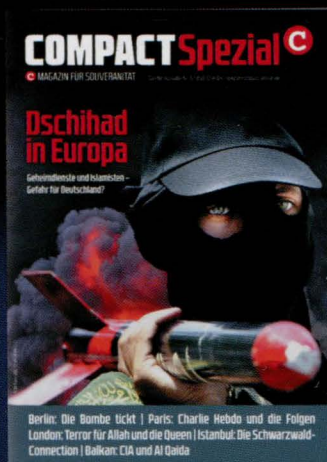
COMPACT-Spezial Nr. 8



COMPACT-Spezial Nr. 7



COMPACT-Spezial Nr. 6



COMPACT-Spezial Nr. 5



COMPACT-Spezial Nr. 4

**Für € 8,80
am guten Kiosk**

Einzelheft oder **SPEZIAL-Abo** unter
Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
abo@compact-magazin.com · abo.compact-shop.de

29.10.2016
IN KÖLN
9:00 - 18:00 Uhr

COMPACTKonferenz^C

5. Konferenz für Souveränität | 2016

Für ein Europa der Vaterländer! Gegen Islamisierung und Fremdherrschaft



Referenten: Peter Bartels (ehem. Chefredakteur «Bild»-Zeitung) | Björn Höcke (AfD) | Václav Klaus (langjähriger Staatspräsident Tschechiens, angefragt) | Prof. Karl Albrecht Schachtschneider (Staatsrechtler) | Martin Sellner (Identitäre Bewegung) | Gerhard Wisnewski (Bestsellerautor) | Jürgen Elsässer (Chefredakteur COMPACT-Magazin) | u.v.m.

COMPACT-Abonnenten erhalten bis zu € 60,- Karten-Ermäßigung!

Unser Tipp für alle, die zur wichtigsten Konferenz des Jahres wollen und noch kein COMPACT-Monatsabo haben: Erst abonnieren, dann anmelden! So bekommen Sie nicht nur Ihre Karte, sondern zusätzlich auch eine zweite mit Abonnenten-Rabatt!

**JETZT
anmelden!**
konferenz.compact-shop.de